Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses Deutsche Einheit

**zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und dem
Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 11/7171, 11/7350, 11/7351 –**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990
über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik**

A. Problem

Die friedliche Revolution in der DDR gibt uns Deutschen die historische Chance, die Einheit unseres Volkes in Freiheit gemäß dem Auftrag des Grundgesetzes zu vollenden. Diese Chance wollen wir nutzen.

Die Menschen in der DDR haben sich Freiheit und Freizügigkeit erkämpft und in freien Wahlen eine demokratische Struktur gegeben. Damit haben sie selbst die Grundlagen für die Einheit geschaffen.

Mit einem ersten bedeutsamen Schritt soll nach dem Scheitern der zentralen Planwirtschaft im sozialistischen System eine Soziale Marktwirtschaft aufgebaut werden, die den Erfordernissen des Umweltschutzes Rechnung trägt.

Die Menschen in der DDR sollen durch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaft und am Weltmarkt teilhaben; sie bringen ihrerseits gewachsene Handelsbeziehungen mit Osteuropa ein. Der wirtschaftliche Aufbau in der DDR soll für alle Bevölkerungsgruppen möglichst frei von sozialen Härten erfolgen. Dazu soll den Menschen solidarische Hilfe geleistet werden.

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Staatsvertrag wird zum 1. Juli eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion errichtet. Damit wird das Währungsgebiet der D-Mark auf die DDR und Berlin (Ost) ausgedehnt. Zugleich stützt die Bundesrepublik Deutschland — gemeinsam mit den Ländern — die DDR bei der Einführung der bewährten Strukturelemente unserer Sozialen Marktwirtschaft. Sie gibt Starthilfen für die Unternehmungen und Anschubhilfen für das Sozialversicherungssystem. Im Vertragsgesetz werden die hierzu erforderlichen Änderungen des Bundesrechts vorgenommen.

Die DDR verpflichtet sich zu einer auf die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ausgerichteten Wirtschaftspolitik, die Handel, Dienstleistungen und Gewerbe liberalisiert, zur Übernahme unserer arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Grundlagen sowie eines leistungsfreundlichen Steuersystems. Im Rahmen der Eigenverantwortlichkeit der DDR für eine geordnete Haushaltswirtschaft bleibt Raum für Übergangshilfen verschiedener Art und für die Fortführung sozialer Besonderheiten. Subventionen für Lebensmittel sind mit der Währungsumstellung, solche für Miete, Energie und Verkehr schrittweise abzubauen.

Die gleichrangige, gleichwertige und gleichzeitige Verwirklichung der Umweltunion mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wird nach Artikel 16 des Staatsvertrages gewährleistet.

Mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wird ein erster bedeutsamer Schritt in Richtung auf die Herstellung der staatlichen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes unternommen.

Die vom Ausschuß vorgeschlagenen Änderungen des Zustimmungsgesetzes betreffen:

- Die Übernahme vom Bundesrat angeregter Vertragsgesetzänderungen und -ergänzungen, u. a. zur Durchführung der Wirtschaftsunion (Artikel 1 a),
- die räumliche Geltung des § 10 f EStG,
- Einschaltung der Deutschen Bundesbank bei Kreditaufnahmen des Fonds „Deutsche Einheit“ und Kurspflege bei so begebenen Wertpapieren,
- Ermächtigung der Bundesregierung, durch Rechtsverordnung ein Abkommen mit der DDR über erforderliche Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Kontrollen im Personenverkehr an den innerdeutschen Grenzen in Kraft zu setzen.

Große Mehrheit gegen die Fraktion DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Die dem Vertrag im ganzen wegen erzielter Verbesserungen zustimmende Fraktion der SPD blieb mit Anträgen im Wirtschafts- und Sozialbereich sowie mit weitergehenden Vorstellungen zum Umweltschutz in der Minderheit.

Die Fraktion DIE GRÜNEN lehnt den vorgelegten Vertrag insbesondere wegen der nicht zu verantwortenden Eile, der damit verbundenen erheblichen wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Risiken sowie nicht ausreichend berücksichtigter umweltpolitischer Belange ab. Auch die ausschließliche Festlegung auf Artikel 23 GG als Weg zur politischen Einheit fand nicht ihre Zustimmung.

D. Kosten

Der Haushaltsausschuß wird gemäß § 96 GO gesondert über die finanziellen Auswirkungen auf Bund und Länder sowie die beabsichtigten Finanzierungsformen berichten.

Beschlußempfehlung

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen,

die gleichlautenden Gesetzentwürfe der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sowie der Bundesregierung – Drucksachen 11/7171 und 11/7350 – in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Bonn, den 18. Juni 1990

Der Ausschuß Deutsche Einheit

Frau Dr. Süßmuth	Lintner	Stobbe	Hoppe	Häfner
Vorsitzende	Berichterstatter			

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990
über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksachen 11/7171 und 11/7350 –
mit den Beschlüssen des Ausschusses Deutsche Einheit

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung
einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmung zum Vertrag

Dem in Bonn am 18. Mai 1990 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich des Gemeinsamen Protokolls, der Anlagen I bis IX und der bei der Unterzeichnung des Vertrages abgegebenen Protokollerklärungen wird zugestimmt. Der Vertrag und die vorgenannten weiteren Urkunden werden nachstehend veröffentlicht.

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung
einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

unverändert

Artikel 1 a

Durchführung der Wirtschaftsunion

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird bei der Herstellung des Einvernehmens gemäß Artikel 11 Abs. 4 des Vertrages im Rahmen von Empfehlungen, welche die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Absätze 1 und 2 des Artikels 11 berühren, u. a. auch den Wettbewerbsschutz, die verfassungsmäßig abgesicherte Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die Koalitionsfreiheit einschließlich Tarifautonomie, den Verbraucherschutz, ein soziales Wohn- und Mietwesen und das Bau- und Planungsrecht als Bestimmungsfaktoren einer Sozialen Marktwirtschaft gleichermaßen berücksichtigen und gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik auf deren Einbeziehung in die Entscheidungen dringen.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird bei der Verständigung gemäß Artikel 14 Satz 2 des Vertrages

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

über die konkrete Ausgestaltung von Maßnahmen, die die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten ergreifen wird, insbesondere den Ausbau einer wirtschaftsnahen Infrastruktur im Bereich des Verkehrs, der Nachrichten- und Energieversorgung und des Umweltschutzes fordern sowie ihre Erfahrungen bei der Entwicklung von Struktur- und Wirtschaftsförderinstrumenten zur Neugründung mittelständischer Unternehmen, zur Umstellung und Steigerung von Produktivität und Leistungsfähigkeit bestehender grundsätzlich wettbewerbsfähiger Betriebe, zur Fortentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit von Produkten und Erzeugnissen in der Deutschen Demokratischen Republik einbringen. Die Bundesrepublik Deutschland wird vor allem auf die kurzfristige Wirksamkeit der von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu ergreifenden Strukturanpassungsmaßnahmen achten und dabei auch engbegrenzte Schutz- und Umstellungsfristen nicht ausschließen, eine angemessene Neubewertung des Betriebsvermögens und die Einführung eines Vergleichs- und Vertragshilfeverfahrens anstreben sowie die Gewährung von Investitionszulagen und Vergünstigungen bei den Steuern von Einkommen und Ertrag gemeinsam mit der Deutschen Demokratischen Republik prüfen.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland wird bei der Verständigung gemäß Artikel 14 Satz 2 des Vertrages über die konkrete Ausgestaltung von Maßnahmen, die die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten ergreifen wird, mit Vorrang Forderungen erheben nach Maßnahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie die Verbesserung der Qualifikation von Arbeitnehmern und Unternehmern, wie eine durch die Einführung neuer Technologien bedingte Umschulung, berufliche Anpassung sowie Fort- und Weiterbildung, eine entsprechend baldige Umstrukturierung der Berufsausbildung auf der Grundlage der nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Ausbildungsordnungen und vor allem eine umgehende Sicherstellung der Ausbildung der Jugendlichen.

Artikel 2**Änderung des Gesetzes
über die Deutsche Bundesbank**

Das Gesetz über die Deutsche Bundesbank in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7620-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 32 des Gesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560), wird wie folgt geändert:

Nach dem Fünften Abschnitt wird folgender Abschnitt 5 a eingefügt:

Artikel 2

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

„Abschnitt 5 a

Befugnisse der Deutschen Bundesbank im Zusammenhang mit der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

§ 25 a

(1) Die Deutsche Bundesbank richtet in Berlin eine dem Direktorium der Deutschen Bundesbank unterstehende Vorläufige Verwaltungsstelle mit bis zu fünfzehn Filialen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) ein, die für die Geschäfte mit Kreditinstituten in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) sowie mit der Deutschen Demokratischen Republik und deren öffentlichen Verwaltungen zuständig ist. Die Vorläufige Verwaltungsstelle wird von einem Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank geleitet. Bei ihr wird ein beratendes Gremium eingerichtet, das aus bis zu zehn von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benannten Mitgliedern besteht. Die Mitglieder werden für die Dauer von drei Jahren berufen. Höchstens die Hälfte der Mitglieder soll aus den verschiedenen Zweigen des Kreditgewerbes, die übrigen Mitglieder sollen aus der gewerblichen Wirtschaft, dem Handel, der Landwirtschaft sowie der Arbeiter- und Angestelltenschaft kommen.

(2) Das Gremium berät mit dem Leiter der Vorläufigen Verwaltungsstelle über Fragen der Währungs- und der Kreditpolitik, des Bankwesens und der Abwicklung des Zahlungsverkehrs.

§ 25 b

(1) Die Verpflichtung zur Einlegung flüssiger Mittel gemäß § 17 gilt auch für die Deutsche Demokratische Republik und deren Gebietskörperschaften.

(2) Solange in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) die Voraussetzungen für Refinanzierung und Offenmarktgeschäfte nach den §§ 19 und 21 nicht gegeben sind, darf die Deutsche Bundesbank bei Geschäften mit Kreditinstituten von den Erfordernissen absehen, die in den §§ 19 und 21 vorgeschrieben sind, und auch andere als die dort genannten Geschäfte mit Kreditinstituten betreiben.

(3) Die Deutsche Bundesbank darf der Deutschen Demokratischen Republik Kassenkredit gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 1 in Höhe von 800 Millionen Deutsche Mark gewähren.

(4) Die Deutsche Bundesbank darf mit der Deutschen Demokratischen Republik und deren öffentlichen Verwaltungen die in § 19 Abs. 1 Nr. 4 bis 9 bezeichneten Geschäfte gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 3 vornehmen.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

(5) Die Deutsche Demokratische Republik einschließlich ihrer Gebietskörperschaften sowie die Deutsche Reichsbahn und die Deutsche Post werden in Anwendung von § 20 Abs. 2 Anleihen, Schatzanweisungen und Schatzwechsel in erster Linie durch die Deutsche Bundesbank, andernfalls im Benehmen mit ihr begeben.

(6) Die Deutsche Bundesbank darf ungeachtet der Beschränkungen des § 19 Abs. 1 Nr. 3 Kreditinstituten Darlehen gegen Verpfändung der in Anlage I Artikel 8 § 4 des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bezeichneten Forderungen gegen den Ausgleichsfonds gemäß § 24 Abs. 1 gewähren.

§ 25 c

Die Deutsche Bundesbank arbeitet mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Angelegenheiten von währungspolitischer Bedeutung eng zusammen. Der jeweils zuständige Minister der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird zur Sitzung des Zentralbankrats in Fragen der Geld- und Währungspolitik eingeladen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird der Deutschen Bundesbank diejenige Unterstützung und Hilfe gewähren, die diese zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben benötigt.

§ 25 d

Mit Arbeitnehmern, die nicht von der Deutschen Bundesbank entsandt worden sind, kann die Deutsche Bundesbank vorübergehend abweichend von den geltenden gesetzlichen oder tariflichen Regelungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Arbeitsverträge abschließen, die den Besonderheiten der Deutschen Demokratischen Republik Rechnung tragen. Das Bundespersonalvertretungsgesetz findet bis auf weiteres keine Anwendung auf die Vorläufige Verwaltungsstelle und deren Filialen, die nach Artikel 12 der Anlage I des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik eingerichtet werden.“

Artikel 3**Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen**

Nach § 63 des Gesetzes über das Kreditwesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1472), das zuletzt geändert worden ist durch Artikel 14 des Gesetzes vom 22. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2408), wird folgender § 63a eingefügt:

Artikel 3

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

„§ 63 a

Sondervorschriften im Verhältnis
zur Deutschen Demokratischen Republik
einschließlich Berlin (Ost)

(1) Bestimmungen dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen über Kredite an den Bund, über Gewährleistungen des Bundes sowie über Geschäfte der Deutschen Bundespost im Postgiro- und Postsparverkehr finden auch Anwendung auf Kredite an den Republikhaushalt der Deutschen Demokratischen Republik, auf Gewährleistungen durch den Staatshaushalt sowie auf entsprechende Geschäfte der Deutschen Post.

(2) Die §§ 21 bis 22 a über den Sparverkehr finden in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) für Spareinlagen auf Spargirokonten und Sparkonten keine Anwendung, sofern diese Einlagen vor dem 1. Juli 1990 eingezahlt worden sind. § 53 über Zweigstellen mit Sitz in einem anderen Staat ist auf Zweigstellen von Kreditinstituten aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) und umgekehrt nicht anzuwenden.

(3) Soweit ein Kreditinstitut mit Sitz in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) am 1. Juli 1990 Bankgeschäfte in dem in § 1 Abs. 1 bezeichneten Umfang betreiben durfte, gilt die Erlaubnis nach § 32 als erteilt. § 61 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Das Bundesaufsichtsamt kann Gruppen von Kreditinstituten oder einzelne Kreditinstitute mit Sitz in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) von Verpflichtungen aufgrund dieses Gesetzes freistellen, wenn dies aus besonderen Gründen, insbesondere wegen der noch fehlenden Angleichung des Rechts der Deutschen Demokratischen Republik an das Recht der Bundesrepublik Deutschland, angezeigt ist.

(5) Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet im ersten und letzten Rechtszug über Klagen gegen Entscheidungen des Bundesaufsichtsamtes nach diesem oder anderen Gesetzen oder wegen Untätigkeit des Bundesaufsichtsamtes, wenn der Kläger seinen Sitz oder Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) hat.

(6) Solange nicht einem Gericht in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) die in § 28 Abs. 2, § 46 Abs. 2 und § 46 a genannten Aufgaben durch Gesetz oder Verordnung übertragen worden sind, übernimmt das Amtsgericht Charlottenburg diese Aufgaben. § 46 b gilt mit der Maßgabe, daß für Kreditinstitute mit Sitz in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) an die Stelle des Konkursverfahrens das Verfahren nach der Verordnung der Deutschen Demokratischen Republik über die Gesamtvollstreckung tritt und daß die Gesamtvollstreckung nur auf Antrag des Bundesaufsichtsamtes eingeleitet werden kann."

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit**Artikel 4****Änderung des Hypothekendarbengesetzes****Artikel 4**

unverändert

Nach § 46 des Hypothekendarbengesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7628-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juni 1988 (BGBl. I S. 710), wird folgender § 47 angefügt:

„§ 47

(1) Bund im Sinne dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ist auch der Republikhaushalt der Deutschen Demokratischen Republik.

(2) Hypothekendarbeken dürfen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) die in diesem Gesetz geregelten Geschäfte betreiben, soweit sie aus diesen Geschäften Rechte erwerben, die entsprechenden Rechten in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) gleichwertig sind.

(3) Das Vorzugsrecht im Konkurs nach § 35 besteht auch im Verfahren nach der Verordnung der Deutschen Demokratischen Republik über die Gesamtvollstreckung.“

Artikel 5**Änderung des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten****Artikel 5**

unverändert

Nach § 11 des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4135-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560), wird folgender § 12 angefügt:

„§ 12

(1) Bund im Sinne dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ist auch der Republikhaushalt der Deutschen Demokratischen Republik.

(2) Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten dürfen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) die in diesem Gesetz geregelten Geschäfte betreiben, soweit sie aus diesen Geschäften Rechte erwerben, die entsprechenden Rechten in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) gleichwertig sind.

(3) Das Vorzugsrecht im Konkurs nach § 6 besteht auch im Verfahren nach der Verordnung der Deutschen Demokratischen Republik über die Gesamtvollstreckung.“

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit**Artikel 6****Artikel 6****Änderung des Gesetzes über Bausparkassen**

unverändert

Nach § 19 des Gesetzes über Bausparkassen vom 16. November 1972 (BGBl. I S. 2097), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 22 des Gesetzes vom 29. März 1983 (BGBl. I S. 377), wird folgender § 19a eingefügt:

„§ 19a

Sondervorschriften im Verhältnis
zur Deutschen Demokratischen Republik
einschließlich Berlin (Ost)

(1) Bund im Sinne dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ist auch der Republikhaushalt der Deutschen Demokratischen Republik.

(2) Bausparkassen dürfen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) Darlehen nach Maßgabe des § 7 Abs. 1 und 4 gewähren, soweit sie aus diesen Geschäften Rechte erwerben, die entsprechenden Rechten in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) gleichwertig sind.“

Artikel 7**Artikel 7****Änderung des Gesetzes
über Kapitalanlagegesellschaften**

unverändert

Nach § 53 b des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 1970 (BGBl. I S. 127), das zuletzt geändert worden ist durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Februar 1990 (BGBl. I S. 266), wird folgender § 53 c eingefügt:

„§ 53 c

(1) Bund im Sinne dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ist auch der Republikhaushalt der Deutschen Demokratischen Republik.

(2) § 13 Abs. 3 und 4 sind für Kapitalanlagegesellschaften in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) im Verfahren nach der Verordnung der Deutschen Demokratischen Republik über die Gesamtvollstreckung sinngemäß anzuwenden.

(3) Bei den Vorschriften des Vierten Abschnittes für Grundstücks-Sondervermögen ist die Deutsche Demokratische Republik den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften gleichgestellt.

(4) Für Kapitalanlagegesellschaften in der Deutschen Demokratischen Republik sind anstelle der steuerrechtlichen Vorschriften, auf die in den §§ 38 bis 50 verwiesen wird, die entsprechenden steuerrechtlichen Vorschriften der Deutschen Demokratischen Republik anzuwenden.“

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit**Artikel 8****Artikel 8****Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes**

unverändert

An das Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz — VAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Oktober 1983 (BGBl. I S. 1261), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2595), wird nach § 160 folgender XI. Abschnitt angefügt:

„XI

Übergangsvorschriften zur Durchführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Deutschen Demokratischen Republik

§ 161

Inland im Sinne dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ist der gesamte Geltungsbereich dieses Gesetzes nach Maßgabe von Artikel 3 Satz 2 des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

§ 162

(1) Die Versicherungsaufsicht in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) obliegt dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen. Genehmigungen, die die Aufnahme des Versicherungsgeschäfts in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) ermöglichen, und versicherungsaufsichtliche Genehmigungen für Versicherungsunternehmen mit Sitz oder Niederlassung in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) werden nach Maßgabe der Anlage II Abschnitt II Nr. 8 des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erteilt.

(2) Über Anfechtungsklagen gegen Entscheidungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen oder wegen Untätigkeit des Bundesaufsichtsamtes entscheidet das Bundesverwaltungsgericht im ersten und letzten Rechtszug.

§ 163

(1) Im Interesse der Versicherten und zur Gewährleistung der Erfüllbarkeit der in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) bestehenden Verpflichtungen der Versicherer kann der Bundesminister der Finanzen durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die den Versicherungsverträgen zugrundeliegenden allgemeinen Versicherungsbedingungen ändern. Er kann

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf das Bundesaufsichtsamt übertragen. Das Bundesaufsichtsamt kann bei Vorliegen der in Satz 1 genannten Voraussetzungen in Einzelfällen Ausnahmen von geltenden allgemeinen Versicherungsbedingungen zulassen.

(2) Die Aufsichtsbehörde kann genehmigen, daß beim Abschluß von Versicherungsverträgen über Risiken, die in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) belegen sind, das Recht der Bundesrepublik Deutschland vereinbart wird.

§ 164

Die in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) verwendeten Tarife sind von der Aufsichtsbehörde im Benehmen mit dem für die Preispolitik zuständigen Minister der Deutschen Demokratischen Republik zu genehmigen,

- a) wenn durch den Tarif ein unter Berücksichtigung des Schadens- und Kostenverlaufs des einzelnen Versicherungsunternehmens sowie des gesamten Schadensverlaufs aller Versicherungsunternehmen angemessenes Verhältnis von Versicherungsbeitrag und Versicherungsleistung dauernd gewährleistet ist,
- b) wenn durch den Tarif das Schutzbedürfnis der Geschädigten, das Bedürfnis der Versicherten, einen wirksamen Versicherungsschutz zu haben, und das Interesse der Versicherungspflichtigen an der Gewährung des Versicherungsschutzes zu einem angemessenen Beitrag hinreichend gewahrt sind.

§ 165

Ein Versicherungsunternehmen mit Sitz in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost), das am 1. Juli 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zum Geschäftsbetrieb befugt war, bedarf keiner Erlaubnis. Für die laufende Aufsicht gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes. Für die Anpassung des Geschäftsbetriebs an die Bestimmungen dieses Gesetzes bestimmt die Aufsichtsbehörde Übergangsfristen.

§ 166

Für die Vermögensanlage der Versicherungsunternehmen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) wird die Republik dem Bund gleichgestellt."

Artikel 9**Änderung des Umsatzsteuergesetzes**

Das Umsatzsteuergesetz vom 26. November 1979 (BGBl. I S. 1953), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 30. März 1990 (BGBl. I S. 597), wird wie folgt geändert:

Artikel 9

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

1. § 1 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 2 werden die Worte „und von Berlin (Ost)“ durch die Worte „einschließlich Berlin (Ost)“ ersetzt.
 - b) In Satz 3 werden die Worte „ob der Unternehmer deutscher Staatsangehöriger ist,“ durch die Worte „welche Staatsangehörigkeit der Unternehmer hat und ob er“ ersetzt.
2. In § 4 Nr. 3 Buchstabe a Satz 2 werden nach dem Wort „Erhebungsgebiet“ die Worte „oder das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost)“ eingefügt.
3. § 10 Abs. 6 Sätze 1 und 2 werden wie folgt gefaßt:

„Bei Beförderungen von Personen im Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen, die weder im Erhebungsgebiet noch im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zugelassen sind, tritt an die Stelle des vereinbarten Entgelts ein Durchschnittsbeförderungsentgelt. Das Durchschnittsbeförderungsentgelt ist nach der Zahl der beförderten Personen und der Zahl der Kilometer der Beförderungstrecke im Erhebungsgebiet und im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) (Personenkilometer) zu berechnen.“
4. § 11 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Nummer 3 werden nach dem Wort „Erhebungsgebiet“ die Worte „oder im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost)“ angefügt.
 - b) In Nummer 4 Buchstabe a werden nach dem Wort „Erhebungsgebiet“ die Worte „oder im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost)“ eingefügt.
5. In § 12 Abs. 1 wird der Klammerhinweis „(§§ 10, 11 und 25 Abs. 3)“ durch den Klammerhinweis „(§§ 10, 11, 25 Abs. 3 und § 25 a Abs. 2)“ ersetzt.
6. § 15 Abs. 3 Nr. 2 Buchstabe b wird wie folgt gefaßt:

„b) nach § 4 Nr. 8 Buchstaben a bis g oder Nr. 10 Buchstabe a steuerfrei wären und der Leistungsempfänger weder im Gebiet der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) ansässig ist.“
7. § 16 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 4 wird die Zahl „15“ durch die Zahl „16“ ersetzt.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

- b) In Absatz 5 werden die Sätze 1 und 2 wie folgt gefaßt:
- „Bei Beförderungen von Personen im Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen, die weder im Erhebungsgebiet noch im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zugelassen sind, wird die Steuer, abweichend von Absatz 1, für jeden einzelnen steuerpflichtigen Umsatz durch die zuständige Zolldienststelle berechnet (Einzelbesteuerung). Zuständige Zolldienststelle ist die Eingangszollstelle oder Ausgangszollstelle, bei der der Kraftomnibus in das Erhebungsgebiet gelangt oder das Erhebungsgebiet verläßt.“
8. § 18 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 7 Nr. 2 wird der Klammerhinweis „(§ 15 Abs. 8 Nr. 2 Buchstabe b)“ durch den Klammerhinweis „(§ 15 Abs. 5 Nr. 2 Buchstabe b)“ ersetzt.
- b) In den Absätzen 8 und 9 werden jeweils im Satz 1 die Worte „nicht im Erhebungsgebiet“ durch die Worte „im Außengebiet“ ersetzt.
9. § 21 Abs. 3 wird wie folgt gefaßt:
- „(3) Die Zahlung der Einfuhrumsatzsteuer kann ohne Sicherheitsleistung aufgeschoben werden, wenn die zu entrichtende Steuer nach § 15 Abs. 1 Nr. 2 in voller Höhe als Vorsteuer abgezogen werden kann.“
10. § 22 Abs. 3 Satz 4 wird wie folgt gefaßt:
- „Die Verpflichtung zur Trennung der Bemessungsgrundlagen nach Absatz 2 Nr. 1 Satz 2, Nr. 2 Satz 2 und Nr. 3 Satz 2 bleibt unberührt.“
11. § 25 Abs. 2 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:
- „1. weder im Gebiet der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) bewirkt werden,“.
12. § 26 Abs. 4 wird wie folgt gefaßt:
- „(4) Die Bundesregierung kann durch allgemeine Verwaltungsvorschrift mit Zustimmung des Bundesrates bis zum 31. März 1991 den Erwerb von Gegenständen mit Ursprung in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) durch einen Umsatzsteuerkürzungsanspruch begünstigen. Der Kürzungsanspruch beträgt bis zum 31. Dezember 1990 11, bei den in der Anlage bezeichneten Gegenständen 5,5 vom Hundert des Entgelts. Bei Marktordnungswaren tritt an die Stelle des Kürzungssatzes von 11 der Satz von 5 und an die Stelle des Kürzungssatzes von 5,5 der Satz von 2,5 vom Hundert. In der Zeit vom 1. Januar 1991 bis zum 31. März 1991 mindern sich die Kürzungssätze von 11 auf 6, von 5,5 auf 3, von 5 auf 2,7 und von 2,5 auf 1,4 vom Hundert.“

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

13. Nach § 26 wird folgender § 26 a eingefügt:

„§ 26 a
Sondervorschriften im Verhältnis
zur Deutschen Demokratischen Republik
einschließlich Berlin (Ost)

Im Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) gelten folgende Sonderregelungen:

1. Als grenzüberschreitend gilt auch eine Beförderung, die sich sowohl auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) als auch auf das Außengebiet erstreckt.
2. Wird eine sonstige Leistung von einem im Erhebungsgebiet ansässigen Unternehmer im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) erbracht, gilt sie abweichend von § 3 a Abs. 2 bis 4 als im Erhebungsgebiet ausgeführt. Wird eine sonstige Leistung von einem im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) ansässigen Unternehmer im Erhebungsgebiet erbracht, gilt sie abweichend von § 3 a Abs. 2 bis 4 als im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) ausgeführt. Ein Unternehmer ist im Sinne der Sätze 1 und 2 an dem Ort ansässig, von dem aus er sein Unternehmen betreibt oder eine Betriebsstätte unterhält, von der die sonstige Leistung ausgeführt wird.
3. Wird eine Beförderung, die sich auf das Erhebungsgebiet und auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) erstreckt, von einem im Außengebiet ansässigen Unternehmer ausgeführt, so gilt die Beförderung, soweit sie sich auf die bezeichneten Gebiete erstreckt, abweichend von § 3 a Abs. 2 Nr. 2 an dem Ort als ausgeführt, an dem sie beginnt. Liegt dieser Ort im Außengebiet, so gilt die Beförderung an dem Ort des Grenzübertritts aus dem Außengebiet als ausgeführt. Nummer 2 Satz 3 gilt entsprechend.
4. Steuer im Sinne des § 4 a Abs. 1 ist auch die Steuer, die nach dem Umsatzsteuergesetz der Deutschen Demokratischen Republik geschuldet wird.
5. Vorsteuerbeträge im Sinne des § 15 Abs. 1 sind auch die in Rechnungen im Sinne des § 14 Abs. 4 gesondert ausgewiesenen Steuern für Lieferungen und sonstige Leistungen, die nach dem Umsatzsteuergesetz der Deutschen Demokratischen Republik geschuldet werden, sowie die an die Deutschen Demokratischen Republik entrichtete Einfuhrumsatzsteuer. Dies gilt nicht, wenn der Unternehmer im Besteuerungszeitraum Umsätze sowohl im Erhebungsgebiet als auch im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) ausführt.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

6. § 25 a ist auch anwendbar, wenn
- a) der Unternehmer das Fahrzeug im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) für sein Unternehmen zum Zwecke des gewerbsmäßigen Verkaufs erworben hat und
 - b) für die Lieferung des Fahrzeugs an den Unternehmer
 - aa) Umsatzsteuer nach dem Umsatzsteuergesetz der Deutschen Demokratischen Republik nicht geschuldet oder nach § 19 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes der Deutschen Demokratischen Republik nicht erhoben wird
 - oder
 - bb) die Besteuerung nach § 25 a Abs. 2 und 3 des Umsatzsteuergesetzes der Deutschen Demokratischen Republik vorgenommen wird.
7. Der Bundesminister der Finanzen kann mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung bestimmen, daß der Unternehmer für die Berechnung eines Ausgleichs der in Nummer 5 bezeichneten Vorsteuerbeträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik oder für statistische Zwecke Aufzeichnungen zu fertigen und Angaben dazu auf amtlich vorgeschriebenem Vordruck in bestimmten Zeitabständen zu machen hat."

Artikel 10**Änderung des Einkommensteuergesetzes**

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1987 (BGBl. I S. 657), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „im Ausland“ durch die Worte „außerhalb des Inlands“ ersetzt.
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 63 wird wie folgt gefaßt:

„63. die von unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) bezogenen Einkünfte oder Einkunftsteile der in § 49 bezeichneten Art, die dort zu einer der inländischen Einkommensteuer entsprechenden Steuer tatsächlich herangezogen werden;“.
 - b) Am Ende der Nummer 68 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende Nummer 69 angefügt:

Artikel 10**Änderung des Einkommensteuergesetzes**

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1987 (BGBl. I S. 657), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. unverändert
2. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des Ausschusses Deutsche Einheit
<p>„69. Leistungen aus der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost), die nach den dort geltenden Vorschriften von der Einkommensteuer befreit sind und inländischen steuerbefreiten Leistungen entsprechen.“</p>	
<p>3. Dem § 7 Abs. 5 wird folgender Satz angefügt: „Die Sätze 1 bis 3 gelten bei Gebäuden in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) entsprechend.“</p>	3. unverändert
<p>4. Dem § 7 h wird folgender Absatz 4 angefügt: „(4) Die Absätze 1 und 2 sind auf Gebäude, Gebäudeteile, die selbständige unbewegliche Wirtschaftsgüter sind, Eigentumswohnungen und im Teileigentum stehende Räume in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) sinngemäß anzuwenden.“</p>	4. unverändert
<p>5. Dem § 7 i wird folgender Absatz 4 angefügt: „(4) Die Absätze 1 und 2 sind auf Gebäude und Gebäudeteile in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) sinngemäß anzuwenden. § 7 h Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden.“</p>	5. unverändert
<p>6. Dem § 10 Abs. 5 Nr. 2 wird folgender Satz angefügt: „Die Unschädlichkeit setzt weiter voraus, daß die empfangenen Beträge nicht zum Wohnungsbau im Ausland eingesetzt werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.“</p>	6. unverändert
<p>7. § 10 f wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach dem Zitat „§ 7 h“ das Zitat „Abs. 1 bis 3“ und nach dem Zitat „§ 7 i“ das Zitat „Abs. 1 bis 3“ eingefügt.</p> <p>b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Zitat „§ 11 b Sätze 1 oder 2“ durch das Zitat „§ 11 b Abs. 1 Sätze 1 oder 2“ ersetzt.</p> <p>c) In Absatz 3 Satz 3 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt: „Entsprechendes gilt für Abzugsbeträge nach § 52 Abs. 21 Satz 7.“</p>	<p>7. In § 10 f Abs. 3 Satz 3 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt: „Entsprechendes gilt für Abzugsbeträge nach § 52 Abs. 21 Satz 7.“</p>
<p>8. Dem § 11 a wird folgender Absatz 5 angefügt: „(5) Die Absätze 1 bis 4 sind auf Gebäude, Gebäudeteile, die selbständige unbewegliche Wirtschaftsgüter sind, Eigentumswohnungen und im Teileigentum stehende Räume in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) sinngemäß anzuwenden.“</p>	8. unverändert
<p>9. § 11 b wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.</p>	9. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:
 „(2) Absatz 1 ist auf Gebäude und Gebäudeteile in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) sinngemäß anzuwenden. § 7h Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden.“
10. In § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstaben x und y wird die Jahreszahl „1992“ jeweils durch die Jahreszahl „1991“ ersetzt. 10. unverändert
11. § 52 wird wie folgt geändert: 11. unverändert
- a) In Absatz 12b wird die Jahreszahl „1991“ durch die Jahreszahl „1990“ und die Jahreszahl „1992“ durch die Jahreszahl „1991“ ersetzt.
- b) In Absatz 14a wird die Jahreszahl „1991“ durch die Jahreszahl „1990“ und die Jahreszahl „1992“ durch die Jahreszahl „1991“ ersetzt.
- c) Dem Absatz 14b wird folgender Satz 2 angefügt:
 „§ 11a Abs. 5 und § 11b Abs. 2 sind erstmals auf Erhaltungsaufwand anzuwenden, der nach dem 31. Dezember 1990 entstanden ist.“
- d) Absatz 21 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 6 werden die Zitate „, x oder y“ sowie „, § 82g oder § 82i“ aufgehoben.
- bb) Satz 7 wird durch folgende Sätze ersetzt:
 „Satz 6 gilt entsprechend für Herstellungskosten, die nach dem 31. Dezember 1986 und vor dem 1. Januar 1991 aufgewendet werden und im Fall der Vermietung nach § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe x oder y in Verbindung mit §§ 82g oder 82i der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung in der jeweils anzuwendenden Fassung zur Vornahme von erhöhten Absetzungen berechtigen würden. Die Sätze 6 und 7 sind in den Fällen des Satzes 2 nicht anzuwenden.“

Artikel 11**Änderung des Wohnungsbau-Prämiengesetzes**

Dem § 2 Abs. 2 des Wohnungsbau-Prämiengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Oktober 1988 (BGBl. I S. 2098), geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 22. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2408), wird folgender Satz angefügt:

„Die Unschädlichkeit setzt weiter voraus, daß die empfangenen Beträge nicht zum Wohnungsbau im Ausland eingesetzt werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.“

Artikel 11

unverändert.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit**Artikel 12****Änderung des Erbschaftsteuer-
und Schenkungsteuergesetzes****Artikel 12**

unverändert

Das Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz vom 17. April 1974 (BGBl. I S. 933), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2436), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 3 wird aufgehoben.
2. Dem § 37 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) § 2 Abs. 3 in der Fassung des Gesetzes zur Reform des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrechts vom 17. April 1974 (BGBl. I S. 933) findet letztmals auf Erwerbe Anwendung, für welche die Steuer vor dem 1. Juli 1990 entstanden ist oder entsteht.“

Artikel 13**Änderung des Vermögensteuergesetzes****Artikel 13**

unverändert

Das Vermögensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1985 (BGBl. I S. 558), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2408), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 3 Satz 2 wird aufgehoben.
2. In § 25 Abs. 1 wird die Jahreszahl „1990“ durch die Jahreszahl „1991“ ersetzt.

Artikel 14**Änderung des Kapitalverkehrsteuergesetzes****Artikel 14**

unverändert

Das Kapitalverkehrsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. November 1972 (BGBl. I S. 2129), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Februar 1990 (BGBl. I S. 266), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „ausländischen“ durch die Worte „nicht inländischen“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Sitzes“ die Worte „ihre Geschäftsleitung oder ihren satzungsmäßigen Sitz vor dem 1. Juli 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) oder“ und nach dem Wort „Wirtschaftsgemeinschaft“ die Worte „hatte und in diesem Mitgliedstaat“ eingefügt.
 - b) Nummer 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „ausländische“ durch die Worte „nicht inländische“ ersetzt.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

- bb) In Satz 2 wird das Wort „ausländische“ durch die Worte „nicht inländische“ ersetzt und nach dem Wort „Sitz“ die Worte „vor dem 1. Juli 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) gehabt oder“ und nach dem Wort „Wirtschaftsgemeinschaft“ das Wort „hat“ eingefügt; das Wort „auch“ wird gestrichen.
2. In § 7 Abs. 4 Nr. 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Sitz“ die Worte „vor dem 1. Juli 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) gehabt oder“ und nach dem Wort „und“ die Worte „in diesem Mitgliedstaat“ eingefügt.

Artikel 15**Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes**

Dem § 18 des Grunderwerbsteuergesetzes vom 17. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1777) wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Die Anzeigepflichten bestehen auch gegenüber den Finanzbehörden in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost), sofern ein in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) belegenes Grundstück betroffen ist.“

Artikel 16**Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes**

In § 3 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1979 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. April 1990 (BGBl. I S. 826), wird nach Nummer 12 folgende neue Nummer 12a eingefügt:

„12a. Fahrzeugen, die im Zulassungsverfahren der Deutschen Demokratischen Republik zugelassen sind und für die in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) Kraftfahrzeugsteuer entrichtet wird;“.

Artikel 17**Änderung des Steuerberatungsgesetzes**

Das Steuerberatungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735), zuletzt geändert durch das vierte Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes vom 9. Juni 1989 (BGBl. I S. 1062), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

Artikel 15

unverändert

Artikel 16

unverändert

Artikel 17

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Steuerberater und Helfer in Steuersachen, die nach dem Recht der Deutschen Demokratischen Republik zur unbeschränkten Hilfe in Steuersachen befugt sind, sind den nach diesem Gesetz bestellten Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten gleichgestellt; sie haben dieselben Rechte und Pflichten (§§ 57 bis 72). Dies gilt für Steuerberatungsgesellschaften entsprechend.“

2. § 46 Abs. 2 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

„1. seinen Wohnsitz in ein Gebiet außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) und eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften verlegt;“.

Artikel 18**Änderung des Gesetzes über Gebühren
für die Benutzung von Bundesfernstraßen
mit schweren Lastfahrzeugen**

Das Gesetz über Gebühren für die Benutzung von Bundesfernstraßen mit schweren Lastfahrzeugen vom 30. April 1990 (BGBl. I S. 826) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Gebühren, die für die Benutzung von Autobahnen und Fernverkehrsstraßen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) entrichtet werden, gelten auch als für die Benutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen in der Bundesrepublik Deutschland entrichtet.“

2. In § 16 Abs. 2 Satz 4 werden die Worte „außerhalb Berlins“ gestrichen.

Artikel 19**Änderung des Einführungsgesetzes
zum Handelsgesetzbuch**

Nach Artikel 29 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4101-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Oktober 1989 (BGBl. I S. 1910), wird folgender Artikel 29 a angefügt:

„Artikel 29 a

Bei der Anwendung des § 92 c Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs in der ab 1. Januar 1990 geltenden Fassung steht das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) dem Gebiet der Europäischen Gemeinschaften gleich.“

Artikel 18

unverändert

Artikel 19

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit**Artikel 20****Erleichterung der Tätigkeit
von Rechtsanwälten und Patentanwälten
aus der Deutschen Demokratischen Republik
in der Bundesrepublik Deutschland****Artikel 20**

unverändert

§ 1

(1) In der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zugelassene Rechtsanwälte dürfen im grenzüberschreitenden Verkehr im Geltungsbereich dieses Gesetzes die Tätigkeit eines Rechtsanwalts ausüben, der im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassen ist. Beschränkungen der Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Erfordernis der Zulassung bei einem Gericht ergeben, bleiben unberührt. § 52 Abs. 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung ist auf die in Satz 1 bezeichneten Personen entsprechend anzuwenden.

(2) Die in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Personen haben bei der Ausübung ihrer Tätigkeit im grenzüberschreitenden Verkehr die Stellung eines im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassenen Rechtsanwalts, insbesondere dessen Rechte und Pflichten, soweit diese nicht die Zugehörigkeit zu einer Rechtsanwaltskammer, den Wohnsitz und die Kanzlei betreffen. Sie beachten insoweit die beruflichen Regeln für einen im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassenen Rechtsanwalt. Die berufsrechtliche Ahndung einer schuldhaften Verletzung beruflicher Pflichten ist der zuständigen Stelle in der Deutschen Demokratischen Republik vorbehalten. Diese wird von den Gerichten, Staatsanwaltschaften oder Rechtsanwaltskammern von dem Verdacht einer solchen Pflichtverletzung unterrichtet.

§ 2

In der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zugelassene Patentanwälte dürfen im grenzüberschreitenden Verkehr im Geltungsbereich dieses Gesetzes die Tätigkeit eines Patentanwalts ausüben, der im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassen ist. § 1 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

§ 3

Für die Anwendung der Vorschriften des Strafgesetzbuches über

- Straflosigkeit der Nichtanzeige geplanter Straftaten (§ 139 Abs. 3 Satz 2),
- Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3 bis 5, §§ 204, 205),
- Gebührenüberhebung (§ 352) und Parteiverrat (§ 356)

stehen die in § 1 Abs. 1 Satz 1 und § 2 Abs. 1 bezeichneten Personen den Rechtsanwälten, Anwälten und Patentanwälten gleich.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit**Artikel 21****Sonderregelungen zu den Gemeinsamen
Vorschriften für die Sozialversicherung**

§ 1

**Befreiung von der Versicherungspflicht
in besonderen Fällen**

(1) Personen, die für begrenzte Zeit im Geltungsbereich dieses Gesetzes beschäftigt sind, werden auf ihren Antrag von der Versicherungs- und Beitragspflicht befreit, wenn sie nach den Rechtsvorschriften der Deutschen Demokratischen Republik versichert sind.

(2) Über die Befreiung entscheidet die zuständige Einzugsstelle (§ 28i des Vierten Buches Sozialgesetzbuch).

(3) Die Befreiung wirkt vom Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen an, wenn sie innerhalb von drei Monaten nach Eintritt der Versicherungs- und Beitragspflicht beantragt wird, sonst ab Eingang des Antrags.

(4) Für Beschäftigte, die nach dieser Vorschrift versicherungsfrei sind, tragen die Arbeitgeber die Hälfte des Beitrags, der zu zahlen wäre, wenn die Beschäftigten versicherungspflichtig wären. Für den Beitragsanteil gelten die Vorschriften des Dritten Abschnitts des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und die Bußgeldvorschriften des § 111 Abs. 1 Nr. 2 bis 4, 8 und Abs. 4 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

§ 2

**Versicherungspflicht auf Antrag
in besonderen Fällen**

(1) Beschäftigte, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zuletzt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hatten und für begrenzte Zeit im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) beschäftigt sind, werden in der Kranken-, Renten-, Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung auf Antrag versichert, wenn die Versicherungspflicht von einer Stelle beantragt wird, die ihren Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat. Der Antrag hat auch die Einbeziehung in die Beitragspflicht nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu umfassen. Bestand vor Aufnahme der Beschäftigung in der Deutschen Demokratischen Republik in der gesetzlichen Krankenversicherung eine freiwillige Versicherung, kann diese abweichend von § 3 Nr. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch während der Dauer der zeitlich begrenzten Beschäftigung in der Deutschen Demokratischen Republik fortgesetzt werden.

(2) Über den Antrag entscheidet die zuständige Einzugsstelle, wobei die antragstellende Stelle als der zuständige Arbeitgeber anzusehen ist. Die Entscheidung der Krankenkasse ist auch für den Träger der gesetzlichen Unfallversicherung bindend; er ist hiervon zu unterrichten.

Artikel 21

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

(3) Die Versicherungspflicht beginnt mit dem Tag, der dem Eingang des Antrags folgt, frühestens jedoch mit dem Tag, an dem die Voraussetzungen eingetreten sind.

(4) Die antragstellende Stelle hat die Pflichten des Arbeitgebers in der Sozialversicherung zu erfüllen. Von ihr sind die Beiträge zu tragen. Als beitragspflichtiges Entgelt ist der Betrag in Höhe der monatlichen Bezugsgröße zugrunde zu legen. Der Betrag kann bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze sowie bis zum Höchstbetrag des Jahresarbeitsverdienstes des Trägers der Unfallversicherung, dem die antragstellende Stelle angehört, auf ihren Vorschlag erhöht werden. Wenn das tatsächlich erzielte Arbeitsentgelt die Höhe der monatlichen Bezugsgröße übersteigt, sind Krankenversicherungsbeiträge nach dem tatsächlich erzielten Arbeitsentgelt zu bemessen. Die antragstellende Stelle hat auch die Beiträge in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 zu tragen.

§ 3

Mitteilungspflichten

Die Einzugsstelle hat die Betroffenen und die für die Entscheidung über die Versicherungspflicht in der Deutschen Demokratischen Republik zuständige Stelle über Beginn und Ende der Versicherungspflicht nach § 2 zu unterrichten.

§ 4

Entsprechende Anwendung des Sozialgesetzbuchs

Das Erste und das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch gelten entsprechend.

§ 5

Zusammenarbeit der Versicherungsträger

Die Versicherungsträger und ihre Verbände sind berechtigt, die Sozialversicherung der Deutschen Demokratischen Republik beim organisatorischen Aufbau eines leistungsfähigen, gegliederten Sozialversicherungssystems im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde zu unterstützen und dabei eigene Mittel einzusetzen.

Artikel 22**Gesetzliche Rentenversicherung**

§ 1

Ausschluß der Anwendung des Fremdretenrechts

(1) Für rentenrechtliche Zeiten, die nach dem 18. Mai 1990 bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zurückgelegt sind, ist das Fremdretenrecht nicht anzuwenden.

Artikel 22

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

(2) Für rentenrechtliche Zeiten, die bis zum 18. Mai 1990 bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zurückgelegt sind, sind das Fremdrentenrecht oder andere gesetzliche Vorschriften nicht anzuwenden, wenn am 18. Mai 1990 ein gewöhnlicher Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes vorgelegen hat. Satz 1 gilt nicht, wenn am 18. Mai 1990 ein gewöhnlicher Aufenthalt im Ausland vorlag und unmittelbar vor Beginn des Auslandsaufenthalts ein gewöhnlicher Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes vorhanden war.

§ 2

**Rentenrechtliche Zeiten im Bundesgebiet
und in der Deutschen Demokratischen Republik**

(1) Für die Erfüllung von Anspruchs- und Anrechnungsvoraussetzungen sowie von Voraussetzungen bei der besonderen Bewertung von Zeiten werden die Zeiten nach § 1 und die rentenrechtlichen Zeiten nach Bundesrecht zusammengerechnet. Die rentenrechtlichen Zeiten, die bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zurückgelegt sind, werden hierbei in folgendem Umfang berücksichtigt:

Beitragszeiten stehen den nach Bundesrecht zurückgelegten Beitragszeiten gleich. Sind die Beiträge auf Grund einer abhängigen Beschäftigung oder einer selbständigen Tätigkeit entrichtet, so steht die ihnen zugrundeliegende Beschäftigung oder Tätigkeit einer rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit im Geltungsbereich dieses Gesetzes gleich. Zeiten einer Beschäftigung, die bei ihrer Zurücklegung nach dem zu dieser Zeit geltenden Recht als Beitragszeiten anrechnungsfähig waren und für die Beiträge nicht entrichtet worden sind, stehen den nach Bundesrecht zurückgelegten Beitragszeiten gleich, soweit für sie nach Bundesrecht Beiträge zu zahlen gewesen wären. Als Beitragszeiten gelten die Zeiten, in denen der Versicherte den gesetzlichen Grundwehrdienst geleistet hat. Als Beitragszeiten gelten nicht

- a) Zeiten, die ohne Beitragsleistung rückwirkend in ein System der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen worden sind, mit Ausnahme von Kindererziehungszeiten, wie sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu berücksichtigen sind,
- b) Zeiten, die außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) ohne Beitragsleistung zurückgelegt worden sind,
- c) Zeiten der freiwilligen Versicherung, wenn die Beiträge nach einer Bemessungsgrundlage entrichtet sind, die bei Beschäftigten nicht zur Versicherungspflicht geführt hätte, oder einer Beschäftigung mit einer regelmäßigen Arbeitszeit von weniger als zehn Stunden in der Woche oder
- d) Zeiten der Schul-, Fach- oder Hochschulausbildung.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

Für die Erfüllung der Voraussetzungen für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sind in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) verbrachte Zeiten, die in der Bundesrepublik Deutschland den Zeitraum von fünf Jahren vor Eintritt der Minderung der Erwerbsfähigkeit verlängern würden oder Anwartschaftserhaltungszeiten wären, zu berücksichtigen.

(2) Die Rentenhöhe ist aus folgenden rentenrechtlichen Zeiten zu ermitteln:

- a) Bundesgebiets-Beitragszeiten einschließlich Kindererziehungszeiten im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West),
- b) Zuschlägen und Abschlägen aus einem durchgeführten Versorgungsausgleich; bei Renten, die nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch zu gewähren sind, gilt die Abschlagsregelung, soweit die Abschläge auf Bundesgebiets-Beitragszeiten entfallen,
- c) Ausfall- oder Anrechnungszeiten, die die Unterbrechung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit voraussetzen, wenn der letzte Pflichtbeitrag vor Beginn der Ausfall- oder Anrechnungszeit ein Bundesgebietsbeitrag war, und der pauschalen Ausfallzeit,
- d) Rentenbezugszeiten, soweit die Rente von einem Träger im Geltungsbereich dieses Gesetzes gezahlt worden ist und diese Zeiten auch als Zurechnungszeit in der Rente berücksichtigt waren,
- e) Beitragszeiten und sich anschließende Ausfall- oder Anrechnungszeiten im Reichsgebiet außerhalb des Bundesgebietes einschließlich Berlin (West) und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost),
- f) Kindererziehungszeiten in den unter Buchstabe e genannten Gebieten,
- g) Zeiten in den Gebieten nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes, die nach dem Fremdrechtenrecht weiterhin zu berücksichtigen sind, sowie
- h) Zeiten, die in dem Verhältnis rentensteigernd berücksichtigt werden, in dem die Bundesgebiets-Beitragszeiten zur Summe der Bundesgebiets-Beitragszeiten und der Beitragszeiten in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) stehen:
 - aa) Ersatzzeiten,
 - bb) Ausbildungsausfall- oder -anrechnungszeiten,
 - cc) Zurechnungszeit.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

Satz 1 Buchstabe h gilt nur, wenn am 18. Mai 1990 ein gewöhnlicher Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) oder im Ausland vorlag und im Fall des Auslandsaufenthalts unmittelbar vor Beginn des Auslandsaufenthalts ein gewöhnlicher Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) vorhanden war.

(3) Absatz 2 ist nur anzuwenden, soweit nach über- oder zwischenstaatlichem Recht nicht etwas anderes bestimmt ist.

(4) Bei der Gesamtleistungsbewertung sind die rentenrechtlichen Zeiten, die bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zurückgelegt sind, nicht belegungsfähig. Für die Berechnung der pauschalen Ausfallzeit werden die in Absatz 2 aufgeführten rentenrechtlichen Zeiten zugrunde gelegt, soweit sie berücksichtigungsfähig sind.

§ 3

**Rentenleistungen
in die Deutsche Demokratische Republik**

(1) Berechtigte im Sinne der Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherungen über die Erbringung von Leistungen an Berechtigte außerhalb des Geltungsbereichs der Rentengesetze (Berechtigte), die nach dem 18. Mai 1990 ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) genommen haben, erhalten die nach § 2 Abs. 2 Satz 1 Buchstaben a bis d und h, Abs. 3 und 4 ermittelte Rente sowie die Leistung für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921.

(2) Berechtigte, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) haben, erhalten die Rente nach Absatz 1 für die nach dem 18. Mai 1990 im Geltungsbereich dieses Gesetzes zurückgelegten Zeiten.

(3) Zu der nach Absatz 1 und 2 zu zahlenden Rente wird ein Zuschuß zur Krankenversicherung geleistet.

§ 4

Rentenleistungen ins Ausland

Berechtigte Deutsche, die nach dem 18. Mai 1990 ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland genommen haben, erhalten die Rente, die sich ohne die nach dem Fremdrentenrecht berücksichtigten und ohne die nach den Reichsversicherungsgesetzen außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes zurückgelegten Versicherungszeiten ergibt. Satz 1 gilt nicht für Bezieher von Renten, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes bis zum 18. Mai 1990 genommen haben und bis zum 31. Dezember 1990 ins Ausland verlegen.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

§ 5

**Übergangsregelung
für besondere Personengruppen**

Bei Personen, die am 18. Mai 1990 ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hatten und von einem Unternehmen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) Entgelte in Deutsche Mark erhalten haben, finden für die Berechnung ihrer Rente die bis zum 30. Juni 1990 maßgeblichen Tabellenentgelte Anwendung, wenn der Leistungsbezug vor dem 1. Januar 1996 beginnt.

Artikel 23**Gesetzliche Unfallversicherung**

§ 1

**Ausschluß der Anwendung
des Fremdretenrechts**

(1) Auf Arbeitsunfälle, die nach dem 18. Mai 1990 im Zuständigkeitsbereich eines Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) eingetreten sind, ist das Fremdretenrecht nicht anzuwenden.

(2) Auf Arbeitsunfälle, die bis zum 18. Mai 1990 im Zuständigkeitsbereich eines Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) eingetreten sind, ist das Fremdretenrecht nicht anzuwenden, wenn am 18. Mai 1990 ein gewöhnlicher Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes vorgelegen hat. Satz 1 gilt nicht, wenn am 18. Mai 1990 ein gewöhnlicher Aufenthalt im Ausland vorlag und unmittelbar vor Beginn des Auslandsaufenthalts ein gewöhnlicher Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes vorhanden war; § 12 Abs. 1 Fremdretenrecht bleibt unberührt.

§ 2

Gefährdende Beschäftigungszeiten

(1) Haben Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes nach dem 18. Mai 1990 begründet haben, sowohl in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) als auch im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Tätigkeit ausgeübt, durch die eine Berufskrankheit verursacht sein kann, gelten für die Voraussetzungen von Leistungen die in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zurückgelegten Beschäftigungszeiten als im Geltungsbereich dieses Gesetzes zurückgelegt.

(2) Für Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes nach dem 18. Mai 1990 begründet haben, gilt § 581 Abs. 3 Satz 3 der Reichsversicherungsordnung auch hinsichtlich der in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) eingetretenen Arbeitsunfälle und entsprechenden Entschädigungsfälle.

Artikel 23

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

§ 3

**Unfallversicherungsleistungen
in die Deutsche Demokratische Republik**

(1) Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung werden auch erbracht an leistungsberechtigte Personen, die nach dem 18. Mai 1990 (Stichtag) ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) begründet haben; § 12 Abs. 1 Fremdrengengesetz bleibt unberührt.

(2) Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung werden auch erbracht für nach dem 18. Mai 1990 eingetretene Arbeitsunfälle von Personen, die zum Zeitpunkt des Arbeitsunfalls ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) haben und bei einem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung im Geltungsbereich dieses Gesetzes versichert sind.

(3) § 17 Abs. 2 des Gesetzes über Zulagen und Mindestleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung und zur Überleitung des Unfallversicherungsrechts im Land Berlin vom 29. April 1952 (BGBl. I S. 253), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 1963 (BGBl. I S. 241), ist für Personen nach den Absätzen 1 und 2 nach dem 18. Mai 1990 nicht mehr anzuwenden.

§ 4

Zusammenarbeit in der Unfallverhütung

Zur Vorbereitung der Tätigkeitsaufnahme von Unfallversicherungsträgern auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) sind die drei Spitzenverbände der Unfallversicherungsträger der Bundesrepublik Deutschland berechtigt, den Träger der Unfallversicherung der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) bei der Gewinnung von sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Fachkräften für die Technischen Aufsichtsdienste zu unterstützen und dabei eigene Mittel einzusetzen.

Artikel 24**Gesetzliche Krankenversicherung**

§ 1

(1) Abweichend von § 16 Abs. 1 Nr. 1 und § 17 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erhalten Versicherte, die sich in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) aufhalten, die Lei-

Artikel 24

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

stungen im Krankheitsfall oder bei Schwangerschaft und Mutterschaft von ihrer Krankenkasse.

(2) Abweichend von § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sind der Ehegatte und die Kinder von Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung der Bundesrepublik Deutschland auch dann versichert, wenn diese Familienangehörigen ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) haben und für sie in der Krankenversicherung der Deutschen Demokratischen Republik kein Versicherungsschutz besteht.

(3) Die Krankenkasse erstattet abweichend von § 13 Abs. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch Versicherten, die Sachleistungen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) in Anspruch nehmen, die diesen entstandenen Kosten bis zu der Höhe, in der sie der Krankenkasse im Geltungsbereich des Sozialgesetzbuchs entstanden wären.

(4) § 16 Abs. 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch wird aufgehoben.

§ 2

Im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung der Bundesrepublik Deutschland werden Zeiten der Versicherung in der Sozialversicherung der Deutschen Demokratischen Republik Zeiten einer Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung der Bundesrepublik Deutschland in folgenden Fällen gleichgestellt:

1. bei Vorversicherungszeiten, die für die Versicherungspflicht von Personen in der Krankenversicherung der Rentner erforderlich sind; die Rente aus der Sozialversicherung der Deutschen Demokratischen Republik gilt insoweit als Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland;
2. bei Vorversicherungszeiten, die für eine freiwillige Versicherung erforderlich sind;
3. bei der Vorversicherungszeit, die für den Anspruch auf Mutterschaftsgeld nach § 200 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung erforderlich ist;
4. bei Vorversicherungszeiten, die für den Anspruch auf Leistungen bei Schwerpflegebedürftigkeit nach § 54 Abs. 1 Satz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erforderlich sind.

§ 3

Beim Tod eines Versicherten wird Sterbegeld nach § 58 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch auch dann gezahlt, wenn der Verstorbene am 1. Januar 1989 in der Sozialversicherung der Deutschen Demokratischen Republik versichert war.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

§ 4

Renten aus der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) gelten als der Rente vergleichbare Einnahmen (Versorgungsbezüge) nach § 229 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch. Versicherungspflichtige haben Zuschüsse zu ihrer Rente aus der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) an ihre Krankenkasse abzuführen, die sie zusammen mit den Beiträgen aus der Rente aus der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) entsprechend § 255 Abs. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte zu zahlen hat; für freiwillig versicherte Mitglieder gilt § 240 Abs. 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

Artikel 25**Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes**

Das Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2406), wird wie folgt geändert:

1. § 40 a Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Außerdem stehen Zeiten einer Beschäftigung, die ein Aussiedler, der nach dem Bundesvertriebenengesetz Rechte und Vergünstigungen in Anspruch nehmen kann, in den Aussiedlungsgebieten ausgeübt hat, den Zeiten einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung gleich, wenn die Beschäftigung bei Ausübung im Geltungsbereich dieses Gesetzes die Beitragspflicht begründet hätte.“

2. In der Überschrift des Siebten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts werden die Worte „und Übersiedler“ gestrichen.

3. § 62 a wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Aussiedler, die nach dem Bundesvertriebenengesetz Rechte und Vergünstigungen in Anspruch nehmen können, haben Anspruch auf Eingliederungsgeld, wenn sie

1. arbeitslos sind, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen, sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet und Eingliederungsgeld beantragt haben,
2. innerhalb eines Jahres vor dem Tag, an dem die sonstigen Voraussetzungen für den Anspruch auf Eingliederungsgeld erfüllt sind (Vorfrist), in den Aussiedlungsgebieten mindestens 150 Kalendertage in einer Beschäftigung gestanden haben, die bei Ausübung im Geltungsbereich dieses Gesetzes die Beitragspflicht begründet hätte, und

Artikel 25

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

3. bereit sind, an einem Deutsch-Sprachlehrgang mit ganzzeitigem Unterricht teilzunehmen, der für die zügige berufliche Eingliederung erforderlich ist.“
- bb) Nach Satz 2 wird folgender Satz angefügt:
„Der Anspruch auf Eingliederungsgeld entsteht für jeden Berechtigten nur einmal.“
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„§ 112 Abs. 8 gilt entsprechend; dabei ist als Durchschnitt der tariflichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit der Beschäftigungsverhältnisse im Bemessungszeitraum die tarifliche regelmäßige Arbeitszeit zugrunde zu legen, die bei Entstehung des Anspruchs auf Eingliederungsgeld für Angestellte im öffentlichen Dienst maßgebend ist.“
- bb) In Satz 2 werden das Wort „Es“ durch die Worte „Das Eingliederungsgeld“ und das Wort „dieses“ durch das Wort „des“ ersetzt.
4. In § 62 b Abs. 1 Satz 1 wird nach den Worten „die Voraussetzungen des § 62 a Abs. 1“ der Zusatz „Nr. 1 oder 2“ gestrichen.
5. § 62 c Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Satz 1 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:
„1. als Aussiedler Rechte und Vergünstigungen nach dem Bundesvertriebenengesetz in Anspruch nehmen können, oder“.
- b) In Satz 2 werden die Worte „Voraussetzungen nach Satz 1 nicht erfüllt werden konnten“ durch die Worte „Voraussetzung einer vorherigen Erwerbstätigkeit von mindestens 70 Kalendertagen im letzten Jahr vor der Ausreise nicht erfüllt werden konnte“ ersetzt.
6. § 62 d Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:
„(1) Die Bundesanstalt erstattet den Trägern von Deutsch-Sprachlehrgängen für
1. Aussiedler, die Rechte und Vergünstigungen nach dem Bundesvertriebenengesetz in Anspruch nehmen können,
 2. Asylberechtigte,

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

3. Kontingentflüchtlinge,

die keinen Anspruch auf Leistungen nach § 62 c haben und auch keine Leistungen nach den Richtlinien des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit für die Vergabe von Beihilfen zur schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung junger Aussiedler, junger Zuwanderer aus der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) sowie junger ausländischer Flüchtlinge – sog. Garantiefonds – Schul- und Berufsbildungsbereich – vom 1. März 1988 (GMBI. S. 243) oder nach den Richtlinien des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit für die Gewährung von Zuwendungen an die Otto Benecke Stiftung e. V., Bonn, und die Vergabe von Stipendien durch die Otto Benecke Stiftung an junge Aussiedler, junge Zuwanderer aus der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) sowie junge ausländische Flüchtlinge zur Vorbereitung und Durchführung eines Hochschulstudiums – sog. Garantiefonds – Hochschulbereich – vom 1. März 1988 (GMBI. S. 256) in Anspruch nehmen können, die notwendigen Kosten, die durch die Durchführung der Lehrgänge und die Abgabe von Lernmitteln an die Teilnehmer unmittelbar entstehen.“

7. § 130 Abs. 2 wird aufgehoben.

8. § 134 Abs. 3 b wird wie folgt gefaßt:

„(3b) Den Zeiten einer Beschäftigung im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 4 Buchstabe b stehen Zeiten einer Beschäftigung gleich, die ein Aussiedler, der nach dem Bundesvertriebenengesetz Rechte und Vergünstigungen in Anspruch nehmen kann, in den Aussiedlungsgebieten ausgeübt hat und die bei Ausübung im Geltungsbereich dieses Gesetzes die Beitragspflicht begründet hätte.“

9. In § 136 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 werden die Worte „einer nach § 134 Abs. 3 a gleichgestellten Beschäftigung“ durch die Worte „einer nach § 134 Abs. 3 a oder Abs. 3 b gleichgestellten Beschäftigung“ ersetzt.

10. Nach § 241 a wird eingefügt:

„§ 241 b

(1) Zeiten einer Beschäftigung, die ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) ausgeübt hat, stehen den Zeiten einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung gleich, wenn die Beschäftigung bei Ausübung im Geltungsbereich dieses Gesetzes die Beitragspflicht begründet hätte.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

(2) Bei der Feststellung des für die Bemessung der Leistung maßgebenden Arbeitsentgelts ist für die Zeit einer nach Absatz 1 zu berücksichtigenden Beschäftigung das Arbeitsentgelt dieser Beschäftigung zugrunde zu legen. Dabei ist § 112 mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. Es treten an die Stelle
 - a) der in Absatz 2 Satz 1 genannten drei Monate zwölf Monate,
 - b) der in Absatz 2 Satz 3 genannten 60 Tage 240 Tage,
 - c) der in Absatz 4 Nr. 2 und 3 genannten üblichen Arbeitszeit die für die Beschäftigung in einer Betriebsvereinbarung bestimmte Arbeitszeit oder bei Fehlen einer solchen Arbeitszeit die gesetzliche Arbeitszeit in der Deutschen Demokratischen Republik,
 - d) der in Absatz 6 genannten zehn Wochen 52 Wochen.
2. Absatz 2 Satz 4 bis 6 ist nicht anzuwenden.

Die Arbeitsentgeltverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1642), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2177) ist für Zeiten bis zum 31. Dezember 1990 nicht anzuwenden.

(3) Abweichend von Absatz 2 ist ein Arbeitsentgelt nach § 112 Abs. 7 zugrunde zu legen, wenn der Arbeitslose innerhalb der auf fünf Jahre erweiterten Rahmenfrist (§ 104 Abs. 3 erster Halbsatz) im Geltungsbereich dieses Gesetzes mindestens 360 Kalendertage in einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung gestanden oder innerhalb der auf vier Jahre erweiterten Rahmenfrist Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen hat. § 107 gilt entsprechend, sofern die dort genannten Zeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zurückgelegt worden sind.

(4) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann durch Rechtsverordnung das Arbeitsentgelt nach Absatz 2 der Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsentgelte im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) anpassen. Er kann dabei auch den Anpassungstag nach § 112 a festsetzen.

(5) Ist nach dem Recht der Deutschen Demokratischen Republik ein Anspruch auf Arbeitslosengeld entstanden, so steht dies bei der Anwendung dieses Gesetzes der Entstehung eines solchen An-

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

spruchs im Geltungsbereich dieses Gesetzes gleich. § 129 Abs. 2 gilt entsprechend.

(6) Leistungen, die nach dem Recht der Deutschen Demokratischen Republik gewährt werden und die den in § 118 Abs. 1 Satz 1 genannten Leistungen vergleichbar sind, stehen diesen Leistungen gleich.

(7) § 118b ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß der Anspruch auf Arbeitslosengeld auch während der Zeit ruht, für die der Arbeitslose Vorruhestandsgeld nach der Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. Februar 1990 (GBl. I S. 42) bezieht.

(8) Soweit es zur Durchführung des Arbeitsförderungsgesetzes der Deutschen Demokratischen Republik erforderlich ist, bestehen gegenüber der Zentralen Arbeitsverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik dieselben Auskunfts- und Bescheinigungspflichten nach §§ 133, 143 Abs. 1, § 144 Abs. 2 bis 5 wie gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit. Insoweit gilt § 145 entsprechend. Arbeitsbescheinigungen im Sinne des § 133 sind nur auf Verlangen des Arbeitnehmers oder des zuständigen Arbeitsamtes auszustellen.

(9) Für den Anspruch auf Arbeitslosenhilfe steht der Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) dem Bezug der entsprechenden Leistung in der Bundesrepublik Deutschland gleich. § 134 Abs. 3 ist entsprechend auf Zeiten anzuwenden, in denen ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) eine den in § 134 Abs. 3 genannten Leistungen vergleichbare Leistung bezogen hat.

(10) Im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenhilfe ist Einkommen, das in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) erzielt wird, und Vermögen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) wie vergleichbares Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen.

(11) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Absatz 8 Satz 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erteilt oder eine Bescheinigung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig ausstellt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden."

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

11. Nach § 242k wird eingefügt:

„§ 242l

(1) § 62a in der bis zum . . . (Tag vor dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) geltenden Fassung ist auf Ansprüche auf Eingliederungsgeld, die vor diesem Tag entstanden sind, weiterhin anzuwenden; insoweit sind die §§ 62a, 241b in der vom . . . (Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) an geltenden Fassung nicht anzuwenden. Die §§ 62b bis 62d in der bis zum . . . (Tag vor dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) geltenden Fassung sind weiter anzuwenden, wenn der Teilnehmer vor dem . . . (Tag vor dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) in die Maßnahme eingetreten ist und Leistungen beantragt hat.

(2) § 130 Abs. 2 ist auf Ansprüche, die vor dem . . . (Tag vor dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) entstanden sind, weiterhin anzuwenden.

(3) Zeiten, die nach § 241b Abs. 1 den Zeiten einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung nach diesem Gesetz gleichgestellt sind, begründen einen Anspruch auf Leistungen nach diesem Gesetz nur für Zeiten nach dem . . . (Tag vor dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes). Zeiten, die vor Entstehung eines Anspruchs auf Eingliederungsgeld liegen, bleiben unberücksichtigt.

(4) § 134 Abs. 3b ist bis zum . . . (Tag sechs Monate nach dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) in der bis zum . . . (Tag vor dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) geltenden Fassung weiterhin anzuwenden, wenn die Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe für einen Zeitraum im . . . (Monat vor dem Inkrafttreten des Gesetzes) bestanden haben.“

Artikel 26**Änderung des Bundesvertriebenengesetzes**

Das Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. September 1971 (BGBl. I S. 1565, 1807), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2398), wird wie folgt geändert:

1. § 90a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Die Worte „auf Berufsausbildungsbeihilfe, Eingliederungsgeld oder Arbeitslosenhilfe“ werden gestrichen.

Artikel 26**Änderung des Bundesvertriebenengesetzes**

Das Bundesvertriebenengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. September 1971 (BGBl. I S. 1565, 1807), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2398), wird wie folgt geändert:

1. § 90a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Die Worte „auf Berufsausbildungsbeihilfe, Eingliederungsgeld oder Arbeitslosenhilfe“ werden gestrichen.

Entwurf

bb) In Nummer 2 werden die Worte „des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937, aber außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes“ durch die Worte „der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost)“ ersetzt und die Worte „aber außerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937,“ gestrichen.

b) In Absatz 2 wird nach den Worten „Absatz 1 Nr. 2“ der Zusatz „Buchstabe b“ angefügt.

c) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Absatz 2 ist bis zum . . . (Tag sechs Monate nach dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) in der bis zum . . . (Tag vor dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) geltenden Fassung weiterhin anzuwenden, wenn die Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe für einen Zeitraum im . . . (Monat vor dem Inkrafttreten des Gesetzes) bestanden haben.“

2. § 90 b Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Wer

1. als Vertriebener im Sinne des § 1 aus den in § 1 Abs. 2 Nr. 3 genannten Gebieten oder

2. als Berechtigter im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Häftlingshilfegesetzes

innerhalb von zwei Monaten nach dem Verlassen dieser Gebiete im Geltungsbereich dieses Gesetzes seinen ständigen Aufenthalt genommen hat, erhält einmalig Leistungen wie ein Versicherter der gesetzlichen Krankenversicherung mit Ausnahme der Leistungen nach den §§ 53 bis 57 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, wenn der Leistungsgrund am Tag der Aufenthaltsnahme gegeben ist oder innerhalb von drei Monaten danach eintritt.“

3. Nach § 90 b wird ein § 90 c eingefügt:

„§ 90 c

Leistungen bei Krankheit an Übersiedler

(1) Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost), die in der Sozialversicherung der Deutschen Demokratischen Republik krankenversichert waren, erhalten Leistungen wie Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung längstens für einen Monat nach dem Ausscheiden aus der Sozialversicherung der Deutschen Demokratischen Republik, wenn sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihren ständigen Aufenthalt genommen haben und nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch nicht versichert sind.

(2) § 90 b Abs. 5 bis 8 ist anzuwenden.“

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

bb) Nummer 2 **Buchstaben a und b** wird wie folgt gefaßt:

„a) ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost),

b) ein Vertriebener im Sinne des § 1 in den in § 1 Abs. 2 Nr. 3 genannten Gebieten.“

b) In Absatz 2 wird nach den Worten „Absatz 1 Nr. 2“ der Zusatz „Buchstabe b“ angefügt.

c) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Absatz 2 ist bis zum . . . (Tag sechs Monate nach dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) in der bis zum . . . (Tag vor dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) geltenden Fassung weiterhin anzuwenden, wenn die Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe für einen Zeitraum im . . . (Monat vor dem Inkrafttreten des Gesetzes) bestanden haben.“

2. unverändert

3. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

4. Nach § 105 a wird ein § 105 b eingefügt:

4. unverändert

„§ 105 b

Übergangsvorschrift zu § 90 b

§ 90 b in der bis zum . . . (einsetzen: Tag vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes) geltenden Fassung ist auf Ansprüche, die vor dem . . . (Tag des Inkrafttretens des Gesetzes) entstanden sind, weiter anzuwenden.

Artikel 27**Artikel 27****Umstellungsrechnung von Geldinstituten
und Außenhandelsbetrieben**

unverändert

Zuständige Stelle im Sinne der Anlage I Artikel 8 § 5 des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik für den Erlass von Vorschriften über die Bestätigung der Umstellungsrechnung sowie über das Verfahren der Zuteilung und des Erwerbs der Ausgleichsforderungen ist der Bundesminister der Finanzen. Dieser kann diese Befugnis durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen mit der Maßgabe übertragen, daß Rechtsverordnungen des Bundesaufsichtsamtes nur nach Anhörung der Deutschen Bundesbank ergehen. Der Bundesminister der Justiz ist die zuständige Stelle für den Erlass von Vorschriften über die Aufstellung der Umstellungsrechnung und über deren Prüfung; diese Vorschriften sind im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und nach Anhörung der Deutschen Bundesbank zu erlassen.

Artikel 28**Artikel 28****Änderung des Bundesbahngesetzes**

unverändert

§ 47 Abs. 1 des Bundesbahngesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 931-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Wörter „Der Bund und die Länder“ ersetzt durch die Wörter „Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länder sowie die Deutsche Demokratische Republik“.
2. In Satz 2 wird nach „Die Freifahrtberechtigung gilt“ eingefügt „für die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften der Länder“.
3. In Satz 3 wird das Wort „Sie“ ersetzt durch die Wörter „Die Freifahrtberechtigung“.

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit**Artikel 29****Änderung des Gesetzes über die Statistik
des Warenverkehrs mit der Deutschen
Demokratischen Republik und Berlin (Ost)****Artikel 29**

unverändert

Das Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 751) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Die Erfassung erfolgt auf Grund der Meldungen, die bei der Lieferung von Waren in die Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost) und bei dem Bezug von Waren aus der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) gemäß den für den innerdeutschen Warenverkehr geltenden Bestimmungen gegenüber dem Statistischen Bundesamt abzugeben sind.“

2. Nach § 2 werden folgende §§ 2 a, 2 b und 2 c eingefügt:

„§ 2 a

Erhebungsmerkmale der Statistik des Warenverkehrs mit der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) sind:

1. Die Lieferung oder der Bezug von Waren;
2. die Bezeichnung, Meldenummer nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Reingewicht und Wert der Ware.

§ 2 b

Hilfsmerkmale der Statistik sind:

1. Name und Anschrift des Lieferers oder Beziehers,
2. Name der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sowie ihre Telefonnummer.

§ 2 c

(1) Für die Erhebungen besteht Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die Unternehmen und die Leiter der Betriebe.

(2) Die Erteilung der Auskünfte zu § 2 b Nr. 2 ist freiwillig.“

3. § 3 wird wie folgt gefaßt:

„§ 3

Angaben über Menge und Wert des Warenverkehrs können nach Meldenummern des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken veröffentlicht werden, wenn Name und Anschrift des Lieferers der Waren in die Deutsche Demokratische Republik einschließlich Berlin (Ost) oder des Beziehers der Waren aus der Deutschen

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) nicht bekanntgegeben werden.“

4. § 4 wird aufgehoben.

Artikel 30**Errichtung eines Fonds „Deutsche Einheit“**

§ 1

Errichtung des Fonds

Es wird ein Fonds „Deutsche Einheit“ als Sondervermögen des Bundes errichtet.

§ 2

**Zweck des Fonds, Neuregelung
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 1995**

(1) Der Fonds dient der Erfüllung der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus Artikel 28 des Staatsvertrags mit der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990 und der Leistung weiterer Hilfen an die Deutsche Demokratische Republik im Zeitraum 1990 bis 1994 in einem Gesamtbetrag von 115 Milliarden DM. Davon können im Jahre 1990 Leistungen in Höhe von 22 Milliarden DM und im Jahre 1991 in Höhe von 35 Milliarden DM erbracht werden.

(2) Mit Wirkung ab 1. Januar 1995 sind die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern (insbesondere Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) neu zu regeln.

§ 3

Stellung im Rechtsverkehr, Verwaltung, Beirat

Der Fonds ist nicht rechtsfähig. Er kann unter seinem Namen im rechtsgeschäftlichen Verkehr handeln, klagen und verklagt werden. Der allgemeine Gerichtsstand des Fonds ist der Sitz der Bundesregierung. Der Bundesminister der Finanzen verwaltet das Sondervermögen. Es wird ein aus vier Mitgliedern bestehender Beirat gebildet, in dem Bund und Länder gleichberechtigt vertreten sind.

§ 4

Vermögensstrennung, Bundshaftung

(1) Der Fonds ist von dem übrigen Vermögen des Bundes, seinen Rechten und Verbindlichkeiten getrennt zu halten.

(2) Für die Verbindlichkeiten des Fonds haftet der Bund.

Artikel 30**Errichtung eines Fonds „Deutsche Einheit“**

§ 1

unverändert

§ 2

**Zweck des Fonds, Neuregelung
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 1995**

(1) Der Fonds dient der Erfüllung der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus Artikel 28 des Staatsvertrags mit der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990 und der Leistung weiterer Hilfen an die Deutsche Demokratische Republik im Zeitraum 1990 bis 1994 in einem Gesamtbetrag von 115 Milliarden DM. Davon können im Jahre 1990 Leistungen in Höhe von 22 Milliarden DM, im Jahre 1991 in Höhe von 35 Milliarden DM, **1992 in Höhe von bis zu 28 Milliarden DM, 1993 in Höhe von bis zu 20 Milliarden DM und 1994 in Höhe von bis zu 10 Milliarden DM** erbracht werden.

(2) unverändert

§ 3

unverändert

§ 4

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

§ 5

**Finanzierung, Kreditermächtigungen, Verwaltung
der Kredite des Fonds**

(1) Der Gesamtbetrag der Kreditermächtigungen für den Fonds im Zeitraum 1990 bis 1994 darf 95 Milliarden DM nicht überschreiten. Der Unterschiedsbetrag zu dem Gesamtleistungsrahmen nach § 2 Abs. 1 wird durch Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt gedeckt, die der Bund entsprechend seinen Möglichkeiten zur Einsparung bei teilungsbedingten Kosten in den Fonds einbringt.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, für das Sondervermögen Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen, und zwar *in 1990 bis zur Gesamthöhe von 22 Milliarden DM und in 1991 bis zur Gesamthöhe von 35 Milliarden DM* zuzüglich der jeweils anfallenden Kreditbeschaffungskosten. *Ab 1992 werden die Kreditermächtigungen im Wirtschaftsplangesetz festgelegt.*

(3) Unverbrauchte Kreditermächtigungen gelten bis zum Jahre 1994 weiter. Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen ab 1991 die Beträge zur Tilgung der Kredite zu, die im jeweiligen Jahr fällig werden, soweit die Tilgung nicht aus Überschüssen des Fonds erfolgen kann.

(4) Die Kreditaufnahme erfolgt durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen oder Aufnahme von Darlehen gegen Schuldschein.

(5) Die Schuldurkunden des Fonds stehen den Schuldurkunden des Bundes gleich. Die Schuldurkunden werden durch die Bundesschuldenverwaltung ausgefertigt.

(6) Die Schulden des Fonds werden nach den für die Verwaltung der allgemeinen Bundesschuld jeweils geltenden Grundsätzen durch die Bundesschuldenverwaltung verwaltet.

§ 6

Bundeszuschüsse

(1) Der Fonds erhält Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt zur Abdeckung seiner Schuldendienstverpflichtungen.

§ 5

**Finanzierung, Kreditermächtigungen, Verwaltung
der Kredite des Fonds**

(1) Der Gesamtbetrag der Kreditermächtigungen für den Fonds im Zeitraum 1990 bis 1994 darf 95 Milliarden DM nicht überschreiten. Der Unterschiedsbetrag zu dem Gesamtleistungsrahmen nach § 2 Abs. 1 wird durch Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt gedeckt, die der Bund entsprechend seinen Möglichkeiten zur Einsparung **insbesondere** bei teilungsbedingten Kosten in den Fonds einbringt.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, für das Sondervermögen Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen, und zwar 1990 bis zur **Höhe von 20 Milliarden DM**, 1991 bis zur **Höhe von 31 Milliarden DM**, **1992 bis zur Höhe von 24 Milliarden DM**, **1993 bis zur Höhe von 15 Milliarden DM** und **1994 bis zur Höhe von 5 Milliarden DM** zuzüglich der jeweils anfallenden Kreditbeschaffungskosten.

(3) unverändert

(4) Die Kreditaufnahme erfolgt durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen **und** Schatzanweisungen **nach dem in § 20 Abs. 2 Bundesbankgesetz vorgesehenen Verfahren** oder durch Aufnahme von Darlehen gegen Schuldschein.

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zum Ankauf von Schuldtiteln des Fonds im Wege der Marktpflege Kredite bis zu 10 vom Hundert des Betrages der umlaufenden Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen des Fonds aufzunehmen.

(6) Die Schuldurkunden des Fonds stehen den Schuldurkunden des Bundes gleich. Die Schuldurkunden werden durch die Bundesschuldenverwaltung ausgefertigt.

(7) Die Schulden des Fonds werden nach den für die Verwaltung der allgemeinen Bundesschuld jeweils geltenden Grundsätzen durch die Bundesschuldenverwaltung verwaltet.

§ 6

Bundeszuschüsse

(1) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

(2) Die Zuschüsse nach Absatz 1 betragen jeweils 10 vom Hundert der vom Fonds bis zum Ende des Vorjahres insgesamt in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen nach § 5 Abs. 1. Reichen in einem Rechnungsjahr die Zuschüsse nach Absatz 1 und die beim Fonds angesammelten Reserven zur Abdeckung der tatsächlichen Zinsbelastung nicht aus, so wird der Unterschiedsbetrag durch einen erhöhten Bundeszuschuß ausgeglichen. Mehrleistungen des Bundes in einem Jahr gegenüber der Verpflichtung aus Satz 1 werden mit den Bundeszuschüssen späterer Jahre verrechnet.

(2) unverändert

(3) Die Zuführung aus dem Bundeshaushalt erfolgt monatlich in gleichen Teilbeträgen.

(3) unverändert

(4) Überschüsse des Fonds sind einer Reserve zuzuführen, die verzinslich anzulegen ist. Aus dieser Reserve sind fällige Kredite zu tilgen.

(4) unverändert

(5) Die Länder erstatten dem Bund 50 vom Hundert der Zuschüsse nach Absatz 2 Satz 1 als ihren Beitrag zur Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ nach Maßgabe von § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich in der Fassung von Artikel 31 Nr. 2 dieses Gesetzes.

(6) Das Land Berlin wird nach der Vereinigung beider Teile Berlins von weiteren Beiträgen zur Finanzierung der Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ freigestellt.

§ 7

Wirtschaftsplan

Alle Einnahmen und Ausgaben des Fonds werden ab 1992 für jedes Rechnungsjahr in einem Wirtschaftsplan veranschlagt, *der vor Beginn des Rechnungsjahres durch Gesetz festgestellt wird*. Der Wirtschaftsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Bei der Aufstellung der Wirtschaftspläne wirkt der Beirat mit.

§ 7

Wirtschaftsplan

Alle Einnahmen und Ausgaben des Fonds werden ab 1992 für jedes Rechnungsjahr in einem Wirtschaftsplan veranschlagt. Der Wirtschaftsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Bei der Aufstellung der Wirtschaftspläne wirkt der Beirat mit.

§ 8

Jahresrechnung

(1) Der Bundesminister der Finanzen stellt am Schluß eines jeden Rechnungsjahres die Jahresrechnung für den Fonds auf und fügt sie als Anhang der Haushaltsrechnung des Bundes bei.

(2) Die Jahresrechnung muß in übersichtlicher Weise den Bestand des Sondervermögens einschließlich der Forderungen und Verbindlichkeiten erkennen lassen sowie die Einnahmen und Ausgaben nachweisen.

§ 8

unverändert

§ 9

Verwaltungskosten

Die Kosten für die Verwaltung des Fonds trägt der Bund.

§ 9

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

§ 10

Gleichstellung mit Bundesbehörden

§ 10

unverändert

Auf die Verpflichtungen des Sondervermögens, Abgaben an den Bund, die Länder, die Gemeinden (Gemeindeverbände) und Körperschaften des öffentlichen Rechts zu entrichten, finden die allgemein für Bundesbehörden geltenden Vorschriften Anwendung.

Artikel 31**Änderung des Gesetzes über den
Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern**

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 1988 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. April 1990 (BGBl. I S. 822), wird wie folgt geändert:

§ 1 wird wie folgt geändert:

1. Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und erhält folgende Fassung:

„(1) Vom Aufkommen der Umsatzsteuer stehen für die Jahre 1990 bis 1992 dem Bund 65 vom Hundert und den Ländern 35 vom Hundert zu.“

2. Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Aus dem Anteil der Länder an der Umsatzsteuer erhält der Bund ab 1991 zusätzlich einen Betrag in Höhe von 50 vom Hundert der Bundeszuschüsse nach § 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über den Fonds „Deutsche Einheit“. Der Beitrag der Länder wird auf die einzelnen Länder nach der Einwohnerzahl am 30. Juni des jeweiligen Jahres verteilt und in Monatsbeträgen mit den Einfuhrumsatzsteuerzahlungen des Bundes nach § 14 Abs. 2 vorläufig verrechnet.“

Artikel 32**Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes**

Das Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) in der Fassung der

Artikel 31**Änderung des Gesetzes über den
Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern**

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 1988 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. April 1990 (BGBl. I S. 822), wird wie folgt geändert:

§ 1 wird wie folgt geändert:

1. Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und erhält folgende Fassung:

„(1) Vom Aufkommen der Umsatzsteuer stehen für die Jahre 1990 bis 1992 dem Bund 65 vom Hundert und den Ländern 35 vom Hundert zu.“

2. Folgende Absätze 2 und 3 werden angefügt:

„(2) Aus dem Anteil der Länder an der Umsatzsteuer erhält der Bund ab 1991 zusätzlich einen Betrag in Höhe von 50 vom Hundert der Bundeszuschüsse nach § 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über den Fonds „Deutsche Einheit“. Der Beitrag der Länder wird auf die einzelnen Länder **zu 50 vom Hundert** nach der Einwohnerzahl am 30. Juni des jeweiligen Jahres **und zu 50 vom Hundert nach § 2** verteilt. **Er wird** in Monatsbeträgen mit den Einfuhrumsatzsteuerzahlungen des Bundes nach § 14 Abs. 2 vorläufig berechnet.“

(3) Das Land Berlin wird nach der Vereinigung beider Teile Berlins von weiteren Beiträgen zur Finanzierung der Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ freigestellt.“

Artikel 32**Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes**

Das Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) in der Fassung der

Entwurf

Bekanntmachung vom 28. Januar 1985 (BGBl. I S. 202) wird wie folgt geändert:

In § 6 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Der Vervielfältiger nach Absatz 2 wird zur Beteiligung der Gemeinden an den Beträgen, die die Länder gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der Fassung des Artikels 31 des Gesetzes zu dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990 an den Bund leisten, um eine Erhöhungszahl angehoben. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Erhöhungszahl jährlich so festzusetzen, daß das Mehraufkommen der Umlage 50 vom Hundert der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden in Höhe von 40 vom Hundert der nach Satz 1 zu erbringenden Länderleistungen entspricht. Das auf der Anhebung des Vervielfältigers beruhende Mehraufkommen an Gewerbesteuerumlage steht abweichend von der Verteilung nach Absatz 1 den Ländern zu. Die Rechtsverordnung kann nähere Bestimmungen über die Abführung der Umlage treffen.“

Artikel 33

**Verteilungsregelung
über Schulden nach Beitritt**

Nach dem Beitritt (Artikel 23 GG) wird die aufgelaufene Verschuldung des Republikhaushalts in dem Umfang an das Treuhandvermögen übertragen, soweit sie durch die zu erwartenden Erlöse aus der Verwertung des Treuhandvermögens getilgt werden kann. Die danach verbleibende Verschuldung wird je zur Hälfte auf den Bund und die Länder, die sich auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik neu gebildet haben, aufgeteilt. Von den Ländern und Gemeinden aufgenommene Kredite verbleiben bei diesen. Die Regelung nach Satz 1 wird in einem Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates getroffen.

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

Bekanntmachung vom 28. Januar 1985 (BGBl. I S. 202) wird wie folgt geändert:

In § 6 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Der Vervielfältiger nach Absatz 2 wird zur Beteiligung der Gemeinden an den Beträgen, die die Länder gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der Fassung des Artikels 31 des Gesetzes zu dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990 an den Bund leisten, um eine Erhöhungszahl angehoben. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Erhöhungszahl jährlich so festzusetzen, daß das Mehraufkommen der Umlage 50 vom Hundert der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden in Höhe von **bundesdurchschnittlich rund 40** vom Hundert der nach Satz 1 zu erbringenden Länderleistungen entspricht. Das auf der Anhebung des Vervielfältigers beruhende Mehraufkommen an Gewerbesteuerumlage steht abweichend von der Verteilung nach Absatz 1 den Ländern zu **und bleibt bei der Ermittlung der Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden im Sinne der §§ 7 und 8 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern unberücksichtigt**. Die Rechtsverordnung kann nähere Bestimmungen über die Abführung der Umlage treffen. **Die Feinabstimmung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden bis zur Höhe ihres jeweiligen Anteils an den Gesamtsteuereinnahmen (einschließlich der Zuweisungen im Rahmen der Steuerverbünde) in den einzelnen Ländern bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.**“

Artikel 33

unverändert

Artikel 33 a

Ermächtigungen

(1) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates ein Abkom-

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

men mit der Deutschen Demokratischen Republik über erforderliche Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Kontrollen im Personenverkehr an der innerdeutschen Grenze in Kraft setzen, über

1. Ausgleichsmaßnahmen im Bereich des Ausländerrechts sowie zur Sicherstellung wirksamer Kontrollen an den Außengrenzen einschließlich des erforderlichen Austausches personenbezogener Daten;

2. eine notwendige Zusammenarbeit der Polizei- und der Zollbehörden beider Vertragsparteien, durch den Austausch von Informationen einschließlich personenbezogener Daten, soweit der Verdacht besteht, daß eine der folgenden Straftaten begangen worden ist oder begangen werden soll:

- Mord,
- Totschlag,
- Vergewaltigung,
- vorsätzliche Brandstiftung,
- Falschmünzerei,
- schwerer Diebstahl, Hehlerei und Raub,
- Erpressung,
- Entführung und Geiselnahme,
- Menschenhandel,
- unerlaubter Verkehr mit Betäubungsmitteln,
- Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften über Waffen und Sprengstoffe,
- Vernichtung durch Sprengstoffe,
- unerlaubter Verkehr mit giftigen und schädlichen Abfällen,
- unerlaubtes Entfernen nach einem Unfall mit schwerer Körperverletzung oder Todesfolge;

3. a) den Austausch von Datenbeständen zur Suche nach Sachen,

b) den Austausch von Beständen personenbezogener Daten zur Suche nach Personen zum Zwecke der Verfolgung oder Verhütung der in Nummer 2 bezeichneten Straftaten sowie über

- Einzelheiten des Verfahrens bei Übermittlung dieser personenbezogenen Daten einschließlich einer Abruf- und Eingabemöglichkeit der Deutschen Demokratischen Republik für den INPOL-Fahndungsbestand im automatisierten Verfahren, wobei Abrufe und Eingaben der Deutschen Demokratischen Republik aufzuzeichnen sind, und
- das Verfahren bei der Durchführung der ersuchten Maßnahmen.

(2) Mit einem solchen Abkommen sind für die Übermittlung personenbezogener Daten daten-

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses
Deutsche Einheit

schutzrechtliche Bestimmungen zu schaffen, die zumindest einen Datenschutz gewährleisten, der den in Anlage VII des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik enthaltenen Grundsätzen entspricht, und die ferner die Datensicherheit gewährleisten und eine wirksame Kontrolle der Verwendung der übermittelten Daten vorsehen.

(3) Übermittlungen personenbezogener Daten dürfen nur zugelassen werden, wenn rechtliche Gründe einschließlich des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit nicht entgegenstehen.

(4) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates ein Abkommen im Sinne des Absatzes 1 mit der Deutschen Demokratischen Republik vorläufig in Kraft setzen; diese Rechtsverordnung tritt spätestens drei Monate nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft.

Artikel 34**Berlin-Klausel**

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 34

unverändert

Artikel 35**Inkrafttreten**

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Sätze 2 und 3 dieses Absatzes am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Artikel 9 mit Ausnahme der Nummer 8, der Nummer 12 und der Nummer 13, soweit sie den neuen § 26 a Nr. 7 des Umsatzsteuergesetzes betrifft, Artikel 10 mit Ausnahme der Nummer 10, Artikel 11, 12, 14, 15 und 17 treten am 1. Juli 1990 in Kraft. Artikel 13, 16 und 18 treten am 1. Januar 1991 in Kraft.

(2) Artikel 20 tritt in Kraft, wenn die Deutsche Demokratische Republik für die im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassenen Rechtsanwälte und Patentanwälte entsprechende Vorschriften erlassen hat. Der Bundesminister der Justiz gibt das Datum des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

(3) Der Tag, an dem der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der in Artikel 1 Satz 1 aufgeführten Urkunden nach Artikel 38 des Vertrages in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel 35

unverändert

Bericht der Abgeordneten Lintner, Stobbe, Hoppe und Häfner

1. Formaler Beratungsablauf

Der von der Bundesregierung erarbeitete Gesetzentwurf wurde zunächst von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP als Drucksache 11/7171 im Deutschen Bundestag eingebracht und in der 212. Sitzung am 23. Mai 1990 federführend an den Ausschuß Deutsche Einheit und mitberatend an den 3. bis 21. Ausschuß überwiesen, dem Haushaltsausschuß zugleich gemäß § 96 GO.

Der Ausschuß Deutsche Einheit hat sich jedoch schon vor der Überweisung, und zwar am 11. und am 16. Mai 1990, über die Vertragsverhandlungen unterrichten lassen. Es folgten Beratungen der Vorlage am Tage der Überweisung gemeinsam mit dem Ausschuß Deutsche Einheit der Volkskammer sowie allein am 30. Mai, 13. und 15. Juni 1990.

Der Ausschuß Deutsche Einheit hat in der Sitzung vom 23. Mai 1990 den Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Prof. Dr. Schlesinger, als Sachverständigen gehört. Im übrigen hat er es den mitberatenden Fachausschüssen überlassen, Anhörungen durchzuführen. Von dieser Möglichkeit hat der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung Gebrauch gemacht.

Die Stellungnahme des Bundesrates sowie die Gegenäußerung der Bundesregierung — Drucksache 11/7351 — wurden mit Schreiben der Präsidentin des Deutschen Bundestages vom 8. Juni 1990 an den Ausschuß Deutsche Einheit überwiesen und in die Beratung einbezogen. Die Regierungsvorlage — Drucksache 11/7350 — wird am 20. Juni 1990 dem Ausschuß Deutsche Einheit überwiesen werden und ist, da mit der Vorlage der Koalitionsfraktionen inhaltsgleich, durch die Beschlüsse des Ausschusses zu dieser mitumfaßt.

2. Beratungsschwerpunkte

Die mit dem Staatsvertrag angestrebte Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ist in der Geschichte insoweit ohne Vorbild, als sie mit der Umwandlung einer zentral gesteuerten Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft einhergeht. Das Vertragswerk erinnert in Teilen an die Währungsreform von 1948 zur Einführung der D-Mark und an das Gesetzgebungswerk aus Anlaß der Eingliederung des Saarlandes. Bei einem solchen Vertrags- und Reformwerk ist der gebündelte Sachverstand aus allen Bereichen gefordert. Die Fraktionen der SPD und DIE GRÜNEN machten generell geltend, daß durch einen auch von der Bundesregierung zu verantwortenden Zeitdruck vermeidbare Risiken entstanden seien. Auch die Koalitionsfraktionen wissen, daß dieser erste Schritt zur Deutschen Einheit Risiken und Unwägbarkeiten in sich birgt, doch sehen sie keine verantwortbaren Alternativen zum einge-

schlagenen Weg. Das Tempo wird vor allem vom Willen der Deutschen in der DDR bestimmt, die deutsche Einheit schnell zu verwirklichen.

Der Gegenstand des Vertrages, die Herstellung einer Teilunion als Vorstufe zur politischen Einheit, ist zudem ein entscheidender Schritt auf dem durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gewiesenen Weg zur Wiedererlangung der deutschen Einheit. Die diesem Ziel des Grundgesetzes verpflichteten politischen Kräfte sehen sich zur Bewältigung dieser Aufgabe und damit der Überwindung der Teilung Deutschlands aufgerufen.

So war auch die Arbeit im Ausschuß Deutsche Einheit von großer Sachlichkeit und einem breiten Bemühen um Verfeinerung oder Ergänzung der Instrumente gekennzeichnet, die zum gemeinsamen Ziel der deutschen Einheit führen. Parallel zu den Ausschußberatungen fanden direkte Kontakte zwischen den Spitzen von Regierung, Koalition und der großen Oppositionsfraktion statt. Der Ausschuß hat sich davon überzeugt, daß auch die administrative Umsetzung des Staatsvertrages auf allen Verwaltungsebenen in enger Kooperation der Verwaltungen beider Staaten angelaufen ist. Der Beitrag der Verwaltungen aus der Bundesrepublik Deutschland beruht derzeit auf Amtshilfe, Personalaustausch und Schulung. Weitere Amtshilfe zur Umsetzung des Vertrages in der DDR wird erforderlich sein.

Die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Deutsche Einheit hat deutlich gemacht, wie existentiell dieser Vertrag die Menschen in der DDR betrifft. Die Kolleginnen und Kollegen aus der Volkskammer gaben aber zugleich wertvolle Anregungen und Anstöße für die Bewältigung der gemeinsam gestellten Aufgabe. Auch die späteren Beratungen im Ausschuß bieten manchen Beweis dafür, daß die Maxime des Grundgesetzes, füreinander handeln zu wollen, allseits als eine nationale Aufgabe akzeptiert worden ist. Aus der Natur der Sache folgt, daß in diesem Fall nicht, wie es allgemein bei Staatsverträgen üblich ist, besonders die Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung geprüft und festgestellt werden konnte, sondern vielmehr die Solidarität der Bundesrepublik Deutschland für eine bessere Zukunft in der DDR im Vordergrund stand.

Wegen der konkreten Einzelvorschläge der Regierungskoalition wird auf die Formulierungen des Gesetzentwurfs und seine Begründung verwiesen.

2.1. Währungsunion

Der mit der DDR ausgehandelte Umtauschkurs, nach dem wiederkehrende Zahlungen und ein Teil des Ersparnis besonders günstig mit 1:1, anderer Geldbesitz der DDR-Bewohner noch mit 1:2 und solcher Dritter

1:3 umgetauscht werden, wurde im Ausschuß nicht in Frage gestellt. Durch Anhörung des Vertreters der Deutschen Bundesbank hat sich der Ausschuß über Einzelheiten des Umtausches und die Steuerbarkeit der Geldwertstabilität in dem so gesteckten Rahmen informiert. Auch insoweit gab es keine substantiierten Bedenken. Aufgrund von Bürgerbriefen wurden Fälle erörtert, in denen unterschiedliche Wechselkurse für laufende und einmalige Bezüge in Verbindung mit dem Währungsstichtag zu irreversibel ungünstigen Ergebnissen führen.

Schwerpunktmäßig ging es aber um die Frage, inwieweit die bevorstehende Währungsumstellung als Handhabe zur Ermittlung von Straftaten und zu Maßnahmen konfiskatorischer Wiedergutmachung eingesetzt werden soll, und welche Mittel für die Vermeidung von Spekulationsgewinnen verfügbar sind. Die Ziele stehen teilweise im Konflikt mit dem Bankgeheimnis, das nicht nur in den Augen der Deutschen Bundesbank ein Grundpfeiler des internationalen Vertrauens in die D-Mark ist. Ein Start der D-Mark in der DDR mit einer grundsätzlichen Abkehr vom Bankgeheimnis könnte als ein falsches Signal verstanden werden. Freilich gilt dieses Bankgeheimnis nur als ein Grundsatz; die Verfolgung von Straftaten oder andere öffentliche Interessen können Ausnahmen rechtfertigen; besonders ungewöhnlich wäre die Durchbrechung des Bankgeheimnisses im Rahmen einer groß angelegten Fahndungsaktion. Es gab auch eine Mahnung im Ausschuß, Prinzipien des Rechtsstaates und des Datenschutzes nicht zu vergessen. Es wurden mehrere Fallgruppen unterschieden:

Spekulationsgewinne

Die Bundesregierung hat mitgeteilt, daß im Rahmen der Währungsumstellung in Verbindung mit Stichtagsregelungen und ähnlich anonym wirksamen Mechanismen Mißbräuche bekämpft werden sollen. So sieht bereits Artikel 9 der Anlage I des Vertrages in Fällen hinreichender Anhaltspunkte für die Organe der Strafverfolgung in der DDR Rechte bis zur Kontensperrung als vorläufige Sicherungsmaßnahme vor. Dazu muß man wissen, daß das Strafrecht der DDR auf den Schutz einer reinen Binnenwährung abstellt. Die gegen Spekulationsgewinne gerichteten Maßnahmen entziehen sich zur Zeit ihrer Natur nach noch einer öffentlichen Diskussion, doch sollen die Konten von Devisenausländern und besonders hohe Guthaben geprüft werden.

Funktionärskonten

Es ist beabsichtigt, den Kreis ehemaliger Funktionäre, die sich unlauter bereichern konnten, ad personam zu prüfen. Hierfür soll eine nach Art der Rechnungshöfe unabhängige Prüfbehörde eingesetzt werden, die erhärteten Verdacht an die Staatsanwaltschaft weitergibt. Sollten Guthaben dieses Personenkreises einen bestimmten Höchstbetrag überschreiten, muß auch eine Umkehr der Beweislast für die Rechtmäßigkeit ihres Erwerbs in Betracht kommen.

Altparteien und Massenorganisationen

Der Ausschuß ist sich bewußt, daß auf die DDR Wiedergutmachungsansprüche vielfältiger Art zukommen. Er erwartet hier keine sofortige Lösung. Die unterschiedliche Vermögenslage der in der DDR um die Macht konkurrierenden Parteien hat wegen des Gebots der Chancengleichheit jedoch besondere Qualität. Er hat den Beschluß der Volkskammer vom 31. Mai 1990 zur Bildung einer unabhängigen Kommission zur Erfassung der Vermögenswerte aller Altparteien und Massenorganisationen und ihre Übernahme in treuhänderische Verwaltung auch im Interesse der Chancengleichheit unter den Parteien begrüßt. Insoweit besteht ein Sachzusammenhang mit der Währungsumstellung nur teilweise, nämlich soweit solche Vermögen in Bankkonten in der DDR bekannt werden. Es soll jedoch jedwedes Vermögen im In- und Ausland erfaßt werden. Auch bisher nicht erfaßtes Staatsvermögen fällt darunter. Umgehungstatbestände müssen ebenfalls mit berücksichtigt werden.

Es müssen Konsequenzen im Sinne einer neuen Zweckbestimmung unlauter angehäufter Vermögen folgen, wie dies als Abschluß der Aktion im vorgenannten Beschluß angekündigt wird. Diese so erfaßten Vermögenswerte sollen gemeinnützigen Einrichtungen oder den Geschädigten des Unrechtssystems zukommen.

Auf diese Maßnahmen hat die Fraktion der SPD besonderen Wert gelegt.

2.2 Wirtschaftsunion

Die Verpflichtung der DDR, privates Unternehmertum zu ermöglichen, nicht mehr zu benachteiligen, sondern vielmehr zum Regelfall werden zu lassen und auch Investitionen von „Ausländern“ insbesondere durch Erwerbsmöglichkeit von Grund und Boden und seine Verfügbarkeit zu ermöglichen, wurde im Ausschuß im Prinzip begrüßt. Dabei machte die notwendige sozial- und umweltpolitische Flankierung einen wesentlichen Teil der Diskussion im Ausschuß aus. Von der Koalition wurde bedauert, daß nach den Vorstellungen der DDR Eigentum an Grund und Boden für Zwecke des privaten Wohnungsbaus nur in geringem Umfang verfügbar sein soll.

Strukturpolitik

Angesichts des für die Wirtschaft der DDR belastend hohen Lohnanteils nach der Währungsumstellung und angesichts der Notwendigkeit, diese nun in einem weitgehend offenen Wettbewerb zu erwirtschaften, ist das Problem der Erhaltung überlebensfähiger Betriebe ein zentrales Beratungsthema gewesen. Allerdings hat die Bundesregierung als Folge der Einführung des leistungsfreundlichen bundesdeutschen Steuer- und Sozialabgabensystems gegenüber dem alten DDR-System von Abführungen an den Staat eine Kostenentlastung der Betriebe in Milliardenhöhe errechnet. Zugleich bewirke die künftig zu erwar-

tende Sicherheit und Regelmäßigkeit von Zulieferungen bereits einen Produktivitätssprung.

Das strukturpolitische Instrumentarium, das bereits vor Vertragsabschluß vornehmlich mit zinsgünstigen Krediten begann, wird durch den Vertrag erweitert bzw. läßt viel Raum für gezielte Maßnahmen der DDR selbst. Die Bundesrepublik Deutschland verzichtet im Rahmen von Umsatzsteuer-Abnehmerpräferenzen auf Steuereinnahmen zugunsten einer Absatzförderung für DDR-Waren. Die DDR selbst sieht u. a. Steuerermäßigungen und Zulagen und bei einigen Warenkategorien auch befristete Sonderabgaben und Kontingentierungen vor. Dem Ausschuß wurde von der Bundesregierung versichert, daß jedoch nicht an regelmäßige Warenkontrollen an der unliebsamen Grenze gedacht sei, vielmehr an eine Erfassung durch Binnenzollämter aufgrund von Erklärungen und Stichproben. Die zentrale Sanierungsaufgabe kommt jedoch der das volkseigene Vermögen verwaltenden Treuhandanstalt zu. Ihre Aufgaben beschreibt ein von der Volkskammer beschlossenes Gesetz. Im Ausschuß wurde allerdings die tiefe Sorge laut, daß die Treuhandanstalt in der bestehenden Form mit dieser Aufgabe erheblich überfordert sein könnte.

Nach Auffassung der Koalitionsfraktionen stellt die Halbierung der Schuldenlast der Betriebe im Rahmen der Umstellung in Ansehung der Strukturpolitik eine äußerste Grenze dar, und wäre insbesondere ein vollständiger Schuldenerlaß weder finanzierbar noch angesichts der sehr unterschiedlichen Lage der Betriebe untereinander vertretbar. Allerdings ist die Treuhandanstalt befugt und in der Lage, im Einzelfall Entschuldungen von Betrieben vorzunehmen oder Strukturhilfen zu gewähren, um Betriebe zu entlasten und zu erhalten. Eine Übertragung aber des gesamten Restschuldenrisikos auf den Staatshaushalt oder das volkseigene Vermögen bei der Treuhandanstalt fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Im Ausschuß wurde die Notwendigkeit zusätzlicher Hilfsinstrumente diskutiert, wie sie beispielsweise im Konkurs-, Vergleichs- und Vertragshilferecht zur Verfügung stehen.

Eigentumsfragen

Eine Fülle von Eingaben von Bundesbürgern hat den Ausschuß darauf hingewiesen, daß Eigentumsfragen Privater wegen in der DDR gelegener Grundstücke dringend der Klärung bedürfen. Angesichts der Vielfältigkeit der Fallgestaltungen von Enteignungen, Eigentumsaufgaben und formalen Eigentümerpositionen je nach Zeitpunkt und Gebiet hatte der Ausschuß Mühe, sich einen Überblick zu verschaffen. Der Ausschuß hat in diesem Zusammenhang die Erklärung der beiden deutschen Regierungen vom 15. Juni 1990 und deren Erläuterung mit Interesse entgegengenommen und diskutiert. Endgültige Regelungen müssen noch gefunden werden. In diesem Zusammenhang befürchteten Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN, daß neues Unrecht entstehen könnte.

Ein besonderes Problem, auf das auch der Bundesrat hinweist, betrifft die Verschleuderung volkseigener Grundstücke nach einem aufzuhebenden DDR-Ge-

setz (Nummer 1 der Stellungnahme des Bundesrates). Insoweit müssen in jüngster Zeit vorgekommene Mißbräuche künftig ausgeschaltet oder rückgängig gemacht werden. Daß andererseits selbständige Kommunen in angemessenem Rahmen über Eigentum an Grund und Boden sollen verfügen können, war unbestritten. Auch Bodenspekulationen soll entgegengewirkt werden.

Was den Eigentumserwerb privater Investoren an Grund und Boden zu gewerblichen Zwecken sowie an Produktionsmitteln und Firmen anbetrifft, wurden die vertraglichen Zusicherungen zwar begrüßt und als eine wesentliche Voraussetzung für Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gesehen. Es wurde allerdings von der DDR erwartet, daß sie durch ihre Gesetzgebung Bodenspekulationen entgegenwirkt und für unverzichtbare bauordnungs- und planungsrechtliche Vorgaben sorgt. Es wurde aber auch der Wunsch geäußert, die DDR möge berücksichtigen, daß ein privat finanzierter Wohnungsbau und eine durch Privatinitiative unterstützte Stadtsanierung ebenfalls eine hervorragende Stütze für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt sein können.

2.3 Sozialunion

Auch die Übertragung der Grundsätze der Arbeitsrechtsordnung und der Sozialversicherungssysteme (Artikel 17 ff. des Vertrages) fand grundsätzliche Zustimmung.

Einigkeit bestand im Ausschuß, daß die Anschubfinanzierung der verschiedenen Sozialversicherungssysteme nicht aus den Sozialbeiträgen der Bundesbürger, sondern aus allgemeinen Steuermitteln erfolgt. Die Bundesregierung hat dies zugesichert. Bei der Lastenverteilung muß darauf Bedacht genommen werden, daß es in der DDR noch kein Berufsbeamtentum gibt. Der sozialpolitische Sprecher der FDP äußerte den Wunsch, daß das Krankenkassensystem in der DDR so flexibel wie in der Bundesrepublik Deutschland gestaltet werden möge.

Arbeitslosigkeit

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, wie beim Übergang von einer zentralistisch verwalteten Wirtschaft auf eine Marktwirtschaft Arbeitslosigkeit soweit wie irgend möglich vermieden und überwunden werden kann. Die Oppositionsparteien äußerten die Befürchtung, daß es zu Massenarbeitslosigkeit kommen werde, der mit den im Vertrag vorgesehenen Instrumenten nicht ausreichend entgegengewirkt werden könnte.

Strategien zur Vermeidung der Entstehung von Arbeitslosigkeit wurden bereits vorstehend unter dem Stichwort „Strukturpolitik“ erörtert.

Hinsichtlich der Beseitigung einmal eingetretener Arbeitslosigkeit wird die hervorragende Bedeutung der Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nach dem Muster unseres Arbeitsförderungsgesetzes allseits anerkannt. Daß auch dem Aufbau eines lei-

stungsfähigen Mittelstandes hierbei eine Schlüsselrolle zuwächst, gehört ebenfalls zu den gemeinsamen Ausgangspunkten. Die Strukturanpassung wird durch die im Arbeitsförderungsrecht neu geschaffene Kurzarbeitergeldregelung erheblich erleichtert. Die bekannten unterschiedlichen Standpunkte zu Arbeitsbeschaffungsprogrammen aus Staatsmitteln blieben unverändert.

Renten

Eingehend hat sich der Ausschuß auch mit der künftig zu erwartenden Einkommenssituation der Rentner in der DDR befaßt. Dabei hat er sich davon überzeugt, daß vor allem die vorgesehene Angleichung des Rentenniveaus in der DDR an das in der Bundesrepublik Deutschland bei dem weitaus größten Teil der Rentner in der DDR zu teils erheblichen Rentenerhöhungen führen wird. Rentner, deren Renten hiernach nicht erhöht werden und die zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, sollen zu ihrer Rente einen Sozialzuschlag erhalten, der sie vor existentieller Not bewahrt.

Mit Zustimmung hat der Ausschuß auch zur Kenntnis genommen, daß auf Personen, die nach dem 18. Mai 1990, dem Tag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln, das Fremdrentengesetz keine Anwendung mehr finden soll. Der Ausschuß hält es für sachgerecht, daß entsprechend dem Vertrag diese Personen ihre Rente künftig von dem für sie bisher zuständigen Rentenversicherungsträger in der DDR erhalten sollen.

Der Ausschuß war sich darüber einig, daß die sich hieraus ergebende Ungleichbehandlung zwischen Übersiedlern und Aussiedlern allenfalls vorübergehend hingenommen werden kann. Eine sachgerechte Regelung für die Aussiedler steht allerdings in einem engen Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Sozialversicherungsabkommen, zu dessen Änderung die Bundesregierung bereits Gespräche mit der polnischen Regierung geführt hat.

Was die Leistungen aus Sonder- und Zusatzversorgungssystemen in der DDR angeht, sollen diese dem Grund und der Höhe nach überprüft werden. Der Ausschuß hat es begrüßt, daß vor allem die Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für nationale Sicherheit mit Wirkung vom 30. Juni 1990 aufgehoben werden soll. Die Rentenleistungen für die nach dieser Versorgungsordnung Berechtigten sollen an das Niveau im zivilen Bereich angepaßt werden, wobei ein Höchstbetrag von 1 200 DM monatlich nicht überschritten werden darf. In Einzelfällen soll auch ein Entzug der Leistungen möglich sein.

Einmütigkeit bestand im Ausschuß in der Auffassung, daß es auch im Bereich der Kriegsopferversorgung der DDR Anpassungsbedarf gibt, damit Opfer des Krieges in beiden Teilen Deutschlands nicht extrem unterschiedlich behandelt werden.

Frauen

Unbestritten steht die Politik für Frauen in der DDR vor großen Herausforderungen, soll sie doch gleichzeitig die quantitativ und finanziell dargebotenen Kinderbetreuungseinrichtungen bedarfsgerecht erhalten und qualitativ verbessern. Die Möglichkeiten für Teilzeitarbeit sind zu erweitern. Ein ausreichendes Angebot von Kindergärten und Kinderhorten bleibt in der Verantwortung von Staat und Betrieben und liegt künftig auch in der Hand von Gemeinden und freien Trägern. Die flexible Arbeitszeit verlangt neue Lösungen, die nur mit steigendem Wohlstand in der DDR verwirklicht werden können. Besonderes Augenmerk wird vor Ort den Problemen der in der DDR besonders zahlreichen alleinstehenden Mütter zu gelten haben. Kritisiert wurden in jüngster Zeit insbesondere gegenüber Frauen ausgesprochene Kündigungen. Hinsichtlich der in der DDR großzügigeren Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Rente (bis zu drei Jahre) bleibt es zunächst bei dieser Sonderregelung. Auch im übrigen besteht das für Mütter und Kinder in der DDR geltende Arbeits- und Leistungsrecht zunächst fort. Frauen aller Fraktionen haben im Ausschuß vor einem zu einseitigen Anpassungsprozeß gewarnt. Es wurde vor allen Dingen kritisiert, daß Artikel 19 des Staatsvertrages die Belange der Frauen allein im Zusammenhang mit Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik berücksichtigt. Auf Anträge der Fraktion der SPD und Vorstellungen der Fraktion DIE GRÜNEN, die teils wegen der dadurch bedingten Mehrbelastungen des Bundeshaushaltes, teils wegen nach Ansicht der Mehrheit der Koalition unzureichender Vorbereitung abgelehnt worden sind, wird noch einzugehen sein.

2.4 Umweltunion

Angesichts der Forderung beider Oppositionsparteien, die Gleichwertigkeit einer Umweltunion deutlicher zu machen, waren die Fragen des Umweltschutzes ein breit erörtertes Thema. Die Endfassung des Artikels 16 des Staatsvertrages stellt sicher, daß gleichrangig, gleichwertig und gleichzeitig mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auch die Umweltunion mit der DDR verwirklicht wird.

In Ausfüllung von Artikel 16 Abs. 2 des Staatsvertrages wird die DDR zum 1. Juli 1990 ein Umweltrahmengesetz verabschieden, das die zentralen Bereiche des Umweltrechts der Bundesrepublik Deutschland in der DDR verbindlich macht.

Der Gesetzentwurf enthält in acht Artikeln zu den Umweltfachbereichen

- Immissionsschutz einschließlich der umweltrechtlichen Anforderungen an das Kraftfahrzeug,
- kerntechnische Sicherheit und Strahlenschutz,
- Wasserwirtschaft,
- Abfallwirtschaft,
- Chemikalienrecht,
- Naturschutz und Landschaftspflege,

- Umweltverträglichkeitsprüfung,
- Schlußvorschriften

Angleichungsvorschriften, die eine schnelle Übernahme der wichtigsten Teile des Umweltrechts der Bundesrepublik Deutschland in der DDR möglich machen sollen.

In Ausfüllung des Umweltrahmengesetzes wird der Ministerrat der DDR bis zum 15. November 1990 einen ökologischen Sanierungs- und Entwicklungsplan vorlegen, der die Eckpunkte einer Sanierungsstrategie festlegt. Im Umweltrahmengesetz sind strenge Sanierungsfristen für Altanlagen festgelegt, die den rechtlichen Rahmen für eine zügige Umsetzung des Planes begründen.

Zur Finanzierung der Altlastensanierung in der DDR hat die DDR-Regierung in der gemeinsamen Umweltkommission ihre Bereitschaft erklärt, Erlöse des Treuhandvermögens mit heranzuziehen.

Die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Sicherheitsvorschriften des Atomgesetzes für kerntechnische Anlagen werden mit Inkrafttreten des Vertrages uneingeschränkt angewendet. Das Umweltrahmengesetz regelt ausdrücklich, daß lediglich § 18 des Atomgesetzes ausgenommen bleibt. Die auf längstens fünf bzw. zehn Jahre befristet fortgeltenden Genehmigungen stehen unter dem Vorbehalt, daß sie nicht auf der Grundlage des Atomgesetzes aus Sicherheitsgründen widerrufen werden. Die Grundsätze der Entsorgungsvorsorge werden auch in der DDR angewendet.

Die Opposition hat im Laufe der Ausschußberatungen Kritik an den atomrechtlichen Bestimmungen geübt, die Regierungsfractionen haben dazu klargestellt, daß mit der Übernahme der atomrechtlichen Bestimmungen der hohe bundesdeutsche Sicherheitsstandard auch in der DDR durchgesetzt wird. Die jüngsten Maßnahmen der DDR bei der Stilllegung des KKW Greifswald belegen dies.

Im Hinblick auf die von der Opposition geforderte Ergänzung des Umweltrahmengesetzes um weitere Rechtsmaterien hat die gemeinsame Umweltkommission einen entsprechenden Prüfauftrag erteilt.

Die Notwendigkeit des Abbaus von Subventionen für Energie wurde besonders betont.

2.5 Weiterer Weg zur Deutschen Einheit

Mit dem Inkrafttreten dieses Staatsvertrages liegt der nächste rechtlich notwendige Schritt bei der DDR. Sie hat es in der Hand, über den Zeitpunkt des Beitritts zur Bundesrepublik Deutschland zu bestimmen und ihre Bedingungen zu nennen. Der Beitritt nach Artikel 23 GG ist eine einseitige Erklärung. Die Bundesrepublik Deutschland muß den Beitritt annehmen und das Grundgesetz in der DDR in Kraft setzen. Inwieweit dazu Teilschritte und Überleitungen notwendig sind, muß noch ausgehandelt werden. In Betracht kommen hierfür entweder ein weiterer Staatsvertrag oder ein Überleitungsgesetz. Der Ausschuß hat bereits im gegenwärtigen Stadium der Materialsammlung und

-auswertung und noch vor ersten Gesprächen mit den Ländern seinen Anspruch auf Unterrichtung und begleitende parlamentarische Beratung angemeldet.

3. Beschlüsse des Ausschusses zum Vertragsgesetz

3.1 Bundesrat

Der Ausschuß hat die Stellungnahmen des Bundesrates und die Gegenäußerung der Bundesregierung — Drucksache 11/7351 — in die Beratungen einbezogen und im wesentlichen den auch von der Bundesregierung bestätigten Teil der Stellungnahmen übernommen. Dies wird unter 5 im einzelnen erläutert.

Der Ausschuß ging davon aus, daß die Beteiligung des Bundesrates bzw. der Länder am Schiedsgericht und am Gemeinsamen Regierungsausschuß im Rahmen der Bund-Länder-Absprache realisiert werde, ohne daß es insoweit gesetzlicher Änderungen bedarf.

Der Ausschuß nahm auch das Petikum der Konferenz der Landtagspräsidenten zur Kenntnis, daß die Landtage frühzeitig in die Planung weiterer Schritte zur Herstellung der deutschen Einheit eingeschaltet werden. Die Konferenz wird ihren Beobachtungsstatus im Ausschuß Deutsche Einheit des Deutschen Bundestages beibehalten.

3.2 Mitberatende Ausschüsse

Die mitberatenden Voten sind im Anhang I wiedergegeben. Änderungsempfehlungen, die über den Aufgriff von Stellungnahmen des Bundesrates hinausgehen, betreffen

- den räumlichen Anwendungsbereich für die Steuervergünstigung nach § 10f EStG (Baudenkmale, Sanierungsgebiete, städtebauliche Entwicklungsbereiche),
- die Form der Kreditaufnahme des Fonds „Deutsche Einheit“ unter Einschaltung der Deutschen Bundesbank sowie die Kurspflege für die so begebenen Wertpapiere,
- eine Ermächtigung der Bundesregierung, durch Rechtsverordnung ein Abkommen mit der DDR im Zusammenhang mit der Aufhebung der Personenkontrollen an den innerdeutschen Grenzen in Kraft zu setzen; dieser Ausschußbeschuß wird am 20. Juni 1990 im Innenausschuß nochmals beraten werden; im Falle einer geänderten Empfehlung würde darüber gesondert berichtet, wenn dies nicht im Rahmen eines Änderungsantrages in der zweiten Beratung geschieht.

Die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse enthalten eine Fülle von Anregungen, die der Ausschuß Deutsche Einheit im Anhang I auch insoweit zur Kenntnis gibt, als sie nicht aufgegriffen oder dem Plenum als Entschliebung empfohlen worden sind. Diesen Stellungnahmen beigefügte Änderungs- und Entschliebungsanträge der Fraktion der SPD wurden teilweise im Ausschuß Deutsche Einheit wiederholt und

fanden erneut keine Mehrheit; sie sind in Anhang II beigefügt und werden nachfolgend kurz erörtert.

3.3 Anträge der Fraktion der SPD

3.3.1 Zusammenarbeit der Versicherungsträger in der Sozialversicherung

Die Mitglieder der Fraktion der SPD haben beantragt, Artikel 21 § 5 des Vertragsgesetzes neu zu fassen, um sicherzustellen, daß bundesdeutsche Versicherungsträger Sozialversicherungsträgern in der DDR zwar organisatorische Hilfe für die Erfüllung ihrer Aufgaben leisten, aber bis auf weiteres nicht ihren Geschäftsbereich auf die DDR ausdehnen dürfen (s. Anlage 1 zu der in Anhang I abgedruckten Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung). Die Mehrheit im Ausschuß hielt diese Änderung nicht für erforderlich, da schon jetzt klargestellt sei, daß bundesdeutsche Versicherungsträger noch keine Kassen auf dem Gebiet der DDR errichten, sondern nur den Sozialversicherungsträgern der DDR, soweit erwünscht, „Nachbarschaftshilfe“ leisten dürften. Die Mehrheit lehnte aus denselben Gründen auch den hilfsweise gestellten Antrag der Fraktion der SPD ab, Satz 2 ihres Änderungsantrages an § 5 des Artikels 21 anzufügen.

3.3.2 Fremdretenrecht

Die Mitglieder der Fraktion der SPD haben eine Änderung der §§ 1 und 2 des Artikels 22 (Gesetzliche Rentenversicherung) beantragt, wonach das Fremdretenrecht nicht nur für Übersiedler aus der DDR, sondern für alle Fälle der Wohnsitznahme in der Bundesrepublik Deutschland nach dem 18. Mai 1990 auch für Aussiedler aus den anderen sogenannten Vertreibungsgebieten aufgehoben werden soll (s. Anlage 1 zu der in Anhang I abgedruckten Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung). Die in Artikel 22 enthaltene Regelung bedeute eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung zwischen Übersiedlern und Aussiedlern. Auch um weiteren Aussiedlerströmen vorzubeugen, müsse sie, dort wo es bereits möglich sei, beseitigt werden. Dies sei auch darum geboten, weil Aussiedler aufgrund des bisherigen Fremdretenrechts häufig eine höhere Rente als Bundesbürger erhielten.

Die Mehrheit im Ausschuß war ebenfalls der Ansicht, daß letztlich Übersiedler und Aussiedler gleichbehandelt werden müßten und für alle bei der Rente das „Exportprinzip“ eingeführt werden sollte. Für Aussiedler aus Polen sei dies jedoch gegenwärtig mit Rücksicht auf das deutsch-polnische Sozialversicherungsabkommen noch nicht möglich. Sie lehnte daher den Antrag der Fraktion der SPD ab, weil es ihr angemessener erschien, zunächst in Verhandlungen mit Polen eine Änderung des Sozialversicherungsabkommens zu erreichen, um dann für alle Aussiedler gleichzeitig das Fremdretenrecht aufzuheben. Sie wies ferner darauf hin, daß angesichts der derzeitigen Lage

in Rumänien noch nicht von einem Wegfall jeglichen Vertreibungsdrucks gesprochen werden könne.

Siehe hierzu auch den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD unter 3.3.7.

3.3.3 Kostenerstattung für Sozialhilfeleistungen

Mit Mehrheit wurde der Antrag der Fraktion der SPD auf Einfügung eines Artikels 22 a abgelehnt, wonach der Bund den Gemeinden die Kosten erstatten solle, die ihnen als Folge des Wegfalls von Leistungen nach dem Fremdretenrecht entstehen (s. Anlage zu der in Anhang I abgedruckten Stellungnahme des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit).

3.3.4 Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch

Die Fraktion der SPD hat beantragt, durch Änderung des § 1 des Artikels 24 (Gesetzliche Krankenversicherung) und Anfügung eines § 5 zu gewährleisten, daß in der DDR die gegenwärtige Regelung für den Schwangerschaftsabbruch beibehalten und nach einer Übergangszeit von fünf Jahren eine gesetzliche Regelung geschaffen wird, die für Frauen in Schwangerschaftskonflikten einen Rechtsanspruch auf Hilfen, ein verbindliches Aufklärungskonzept, ein plurales Beratungsangebot und die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten bei Straffreiheit der Frauen vorsieht (s. Anlage zu der in Anhang I abgedruckten Stellungnahme des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit). Dies entspreche dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Frauen in der DDR. Die Mehrheit im Ausschuß sprach sich gegen diesen Antrag aus, da es nicht angebracht sei, in dieser Frage Einfluß auf die DDR zu nehmen. Außerdem lasse sich der dauernde Fortbestand der Fristenregelung nach einem Beitritt der DDR nicht mit dem Grundgesetz vereinbaren.

3.3.5 Kündigungsschutz

Die Fraktion der SPD hat beantragt, durch Einfügung eines Artikels 25 a sicherzustellen, daß der bisherige Kündigungsschutz in der DDR für berufstätige Frauen im Mütterjahr sowie für Alleinerziehende aufrechterhalten wird. Ferner sollen Personen, die in den vergangenen Monaten ihren Arbeitsplatz unter Mißachtung geltender Kündigungsschutzregelungen verloren haben, Kündigungsschutzklage erheben können, auch wenn sie die Klageerhebungsfrist versäumt haben (s. Anlage zu der in Anhang I abgedruckten Stellungnahme des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit). Die Mehrheit bedauerte ebenfalls, daß gegenwärtig besonders Frauen vom Verlust ihres Arbeitsplatzes betroffen sind. Sie lehnte den Antrag jedoch ab, da sie nicht in die Autonomie der DDR eingreifen wolle. Sie wies im übrigen darauf hin, daß trotz Übernahme des bundesdeutschen Kün-

digungsschutzgesetzes das darüber hinausgehende Kündigungsschutzrecht der DDR erhalten bleibe.

3.3.6 Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen und anderen Sozialleistungen

Die Fraktion der SPD hat beantragt, durch Anfügung eines Satzes zu Artikel 30 § 2 Abs. 1 eine Rechtsgrundlage für die weitere Finanzierung der bisherigen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie anderer Sozialleistungen in der DDR für Frauen und Familien, insbesondere für alleinerziehende Mütter zu schaffen (s. Anlage zu der in Anhang I abgedruckten Stellungnahme des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit). Die Mehrheit betonte, daß auch sie an der Erhaltung der Kinderbetreuungseinrichtungen in der DDR interessiert sei. Sie lehnte den Antrag jedoch ab, weil sie die vorgeschlagene Bindung der finanziellen Mittel für zu weitgehend hält.

3.3.7 Entschließungsanträge

Die Fraktion der SPD hat sieben Entschließungsanträge eingebracht. Es handelte sich um Anträge zu

- den wirtschaftlichen Auswirkungen der Vereinigung (s. Anlage zu der in Anhang I abgedruckten Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft),
- den Eigentumsfragen an land- und forstwirtschaftlichem Grund und Boden (s. Anhang II),
- der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, insbesondere dem Schutz der Mieter in der DDR (s. Anhang II),
- der Übernahme der Betriebsschulden durch den Staat DDR (s. Anlage zu der in Anhang I abgedruckten Stellungnahme des Finanzausschusses),
- dem Umweltrahmengesetz der DDR (s. Anhang II),
- kulturpolitischen Maßnahmen für ein gemeinsames Deutschland (s. Anlage zu der in Anhang I abgedruckten Stellungnahme des Innenausschusses),
- dem deutsch-polnischen Sozialversicherungsabkommen und der Einführung des wechselseitigen Exports von Renten mit mehreren Staaten Osteuropas (s. Anlage 1 der in Anhang I abgedruckten Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung).

Die Mehrheit lehnte diese Anträge ab. Sie hielt sie entweder nicht für sachdienlich oder nicht für erforderlich, da bestimmten Anliegen bereits Rechnung getragen sei oder Rechnung getragen werde. Die Fraktion DIE GRÜNEN stimmte nur dem Antrag zum Umweltrahmengesetz zu. Ansonsten enthielt sie sich der Stimme. Obgleich die Entschließungsanträge manche Anliegen enthielten, die sie teile, seien die Anträge doch nicht geeignet, den Staatsvertrag, den sie grundsätzlich ablehne, zu ändern.

4. Ansichten von Minderheiten

4.1 Stellungnahme der Fraktion der SPD

Die Fraktion der SPD bekräftigte, daß sie die deutsche Einigung und damit die deutsche Einheit bejahe. Sie stimme daher dem Staatsvertrag als ganzem zu, auch wenn sie sich in vielen Bereichen eine bessere Gestaltung des Weges zur deutschen Einheit gewünscht hätte.

Sie betonte, daß sie seit November 1989 dafür eingetreten sei, die Einheit vorweg auf den Gebieten herzustellen, die für das tägliche Leben der Menschen in der DDR von besonderer Bedeutung seien. Das gelte insbesondere für die Bereiche Wirtschaft, Währung, Soziales, Umwelt und Verkehr. Der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg sei ihres Erachtens jedoch mit einem hohen Risiko verbunden und werde zu vermeidbarer Arbeitslosigkeit und zu anderen sozialen Brüchen in der DDR führen, da die D-Mark dort abrupt, ohne ausreichende struktur- und wirtschaftspolitische Flankierung und ohne wirksame Schutz- und Umstellungsmaßnahmen für die Unternehmen der DDR eingeführt werde.

Die Fraktion der SPD wies darauf hin, daß sie an der Ausarbeitung des Konzepts der Bundesregierung nicht beteiligt gewesen sei, da diese ihr Angebot zur Kooperation immer wieder zurückgewiesen habe. Sie erkannte an, daß es auf dem Weg zur deutschen Einheit neben vermeidbaren auch unvermeidbare Risiken gebe. Der Übergang von einem 40 Jahre lang durch kommunistische Kommandowirtschaft, Gängelung und Einschränkung der individuellen Rechte gekennzeichneten System zu einem sich durch die Gewährleistung sozialer und individueller Freiheitsrechte auszeichnenden System lasse sich nicht ohne Turbulenzen und ohne Risiken bewältigen. Die Fraktion der SPD hat jedoch darauf hingewiesen, daß sie von Anfang an vielfältige konkrete Änderungen und Ergänzungen innerhalb oder außerhalb des Vertragstextes gefordert habe, um vermeidbare Risiken zu begrenzen. Sie habe insbesondere gefordert:

Umwelt

- Gleichwertig und gleichrangig mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion müsse es auch eine Umweltunion geben, die den Aufbau der gemeinsamen Wirtschaftsordnung ökologisch sichere. Artikel 16 des Staatsvertrages reiche daher nicht aus, sondern müsse wie folgt neu gefaßt werden: „Der Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft sowie von Kultur- und sonstigen Sachgütern vor schädlichen Umwelteinflüssen ist besonderes Anliegen beider Vertragsparteien. Sie werden auf der Grundlage des Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzips Maßnahmen ergreifen, um Gefahren für die genannten Schutzgüter abzuwehren, Vorsorge gegen das Entstehen solcher Gefahren zu treffen und bereits eingetretene Beeinträchtigungen soweit wie möglich auszugleichen.“

- In dem Entwurf eines Umweltrahmengesetzes der DDR vom 25. Mai 1990 seien zwar einige dieser Vorstellungen bereits berücksichtigt. Darüber hinaus sei aber vor allem noch eine Regelung vorzusehen, mit der sich die DDR verpflichte, den Umweltschutz nicht nur auf Anlagen, sondern auch auf Produkte zu erstrecken, so wie dies beispielsweise für bestimmte Produkte in der Straßenverkehrszulassungsordnung oder dem Chemikaliengesetz für die Bundesrepublik Deutschland geschehen sei. Aufgenommen werden müßten auch umweltrelevante Regelungen hinsichtlich der Landwirtschaft und des Verbraucherschutzes, wie sie beispielsweise für die Bundesrepublik Deutschland in der Trinkwasserverordnung, im Düngemittelgesetz oder dem Pflanzenschutzgesetz enthalten seien.
- Im Entwurf des Umweltrahmengesetzes müsse ferner die Härteklauseel gestrichen werden, da sie bei der Genehmigung von neuen Anlagen in belasteten Gebieten wirtschaftlichen Interessen den Vorrang vor umweltpolitischen Belangen einräume. Auch sei die in Abschnitt III Nr. 2 der Anlage II zum Staatsvertrag enthaltene Übergangsregelung für in der DDR im Betrieb befindliche Kernkraftwerke nicht hinnehmbar. Sie müßten umgehend nach den strengen Normen des bundesdeutschen Atomgesetzes beurteilt werden. Schließlich dürften schon aus umweltpolitischen Gründen die Energiepreise nicht weiter gestützt werden.

Wirtschaft und Währung

- Die Bundesrepublik Deutschland müsse alle wirtschaftlichen und strukturpolitischen Maßnahmen einsetzen, um den Strukturwandel der Wirtschaft der DDR zu erleichtern, die Schaffung moderner und qualifizierter Arbeitsplätze zu unterstützen, den Zusammenbruch längerfristig wettbewerbsfähiger Unternehmen zu vermeiden und diesen die Umstellung zu ermöglichen. Zu denken sei insbesondere auch an die Gründung von Beschäftigungsgesellschaften für eine Übergangsphase, um Arbeitnehmer aufzufangen, statt sie in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.
- Vorrangig vorzusehen seien insbesondere: Maßnahmen, die für eine Übergangsfrist Erzeugnissen der DDR-Produktion den Wettbewerb mit Erzeugnissen aus der Bundesrepublik Deutschland erleichterten; Umstrukturierung und Produktivitätssteigerung bestehender Betriebe; Gründung neuer mittelständischer Unternehmen; Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen; Verbesserung der Qualifikation von Arbeitnehmern und Unternehmern; Ausbau der komplementären Infrastruktur und eine befriedigende Regelung der Betriebsschulden.
- Zur Erleichterung der unmittelbar nach der Einführung der Währungsunion zu erwartenden Übergangsprobleme sei ein kurzfristiges Aktionsprogramm aufzustellen, das sich auch des Mittels des Strukturhilfefonds solle bedienen können. Zur Bewältigung von Übergangs- und Umstellungsproblemen sei ein richterliches Verfahren zur Ab-

wendung von Konkursen durch Vergleichsverfahren oder Vertragshilfeverfahren einzuführen.

- Es sei unerträglich, daß die Regierung der DDR trotz Aufgabe ihrer Währungshoheit bei der Bundesbank nur „zu Gast“ sei; es müsse ihr statt dessen im Zentralbankrat ein angemessenes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.
- Es müsse verhindert werden, daß im Zuge der Wirtschaftsunion bundesdeutsche Firmen unter Umgehung des Außenwirtschafts- und des Kriegswaffenkontrollgesetzes über das Gebiet der DDR sensitive nukleare Anlagen und Technologie in Drittländer exportierten.

Verhinderung von Mißbrauch bei Einführung der D-Mark

- Bei der Einführung der D-Mark müßten Möglichkeiten des Mißbrauchs verhindert werden. Insofern seien einmal Vereinbarungen gegen Spekulationsgewinne erforderlich. Es sei ferner durch Vereinbarung sicherzustellen, daß Vermögen der Staatssicherheit oder aus Quellen der Staatssicherheit vom Umtausch ausgeschlossen wird. Schließlich sei durch Vereinbarung sicherzustellen, daß das Vermögen der ehemaligen Staatspartei SED, der früheren Blockparteien, ihrer Hilfs- und Unterorganisationen sowie der politischen Massenorganisationen nach Feststellung eingezogen und gemeinnützigen Zwecken zugänglich gemacht wird. Die in Artikel 10 des Staatsvertrages i. V. m. Artikel 9 seiner Anlage I vorgesehene Regelung reiche zur Verhinderung von Mißbrauch bei weitem nicht aus. Denn sie erfasse nicht alle genannten Sachverhalte und überlasse zudem die Durchführung den Organen der Staatsanwaltschaft, in die kein Vertrauen bestehe. Besonders wichtig sei die Regelung von Guthaben früherer hoher Funktionäre bei den genannten Organisationen. Dabei sei nicht auf strafrechtliche Relevanz des Vermögenserwerbs abzustellen, sondern von einem Höchstbetrag zwischen 50 000 und 100 000 Ost-Mark auszugehen, bei dessen Überschreitung eine provisorische Sperrung des Guthabens mit umgekehrter Beweislast für die Rechtmäßigkeit seines Erwerbs ins Auge zu fassen sei.

Grund und Boden

- Der Staatsvertrag betone zu stark die Notwendigkeit einer schnellen Herstellung der Verfügbarkeit und Beleihbarkeit von Grund und Boden. Hier sei Vorsorge gegen Spekulation beispielsweise durch Rückkaufmöglichkeiten und Nachzahlungspflichten zu treffen. Ferner seien Schutzmaßnahmen zu ergreifen, damit Belange des Naturschutzes oder soziale Rechte nicht vernachlässigt würden.

Frauen

- Der Staatsvertrag berücksichtige die Situation der Frauen in der DDR nicht ausreichend. Es sei alles zu tun, um die vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen und günstigere Regelungen im Bereich des Mutterschutzes, des Elternurlaubs und der Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung zu erhalten. Es sei dabei besonders die Situation der Alleinerziehenden zu bedenken. Schließlich sei für die Frauen in der DDR das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft gekoppelt mit Ansprüchen auf Beratung, Aufklärung und Hilfen zu gewährleisten.

Soziales

- Es sei bezeichnend, daß die in Artikel 11 des Staatsvertrages festgelegten wirtschaftspolitischen Grundlagen der gemeinsamen Wirtschaftsunion kein Wort enthielten über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die Koalitionsfreiheit, den Verbraucherschutz oder Sozialrechte beispielsweise im Wohn- und Mietbereich.
- Es sei sicherzustellen, daß Rentnerinnen und Rentner nicht unter die Armutsgrenze fielen. Zugleich müsse verhindert werden, daß die Bundesrepublik Deutschland indirekt möglicherweise hohe Renten für ehemalige Günstlinge und Funktionäre des SED-Regimes mitfinanziere.

Amtshilfe

- Die DDR verpflichte sich im Staatsvertrag, in vielen Bereichen neues Recht zu setzen. Der Staatsvertrag sollte daher auch die notwendigen Hilfen für den Aufbau der Strukturen vorsehen, die erforderlich seien, damit die DDR das neue Recht auch anwenden und durchsetzen kann.

Die Fraktion der SPD stellte fest, daß aufgrund ihres Drängens in der Bundesrepublik Deutschland wie in der DDR wesentliche Verbesserungen erreicht worden seien. Sie begrüßte insbesondere, daß die im ersten Entwurf des Staatsvertrages vorgesehene Sozialgemeinschaft zu einer der Wirtschafts- und Währungsunion gleichrangigen Sozialunion fortentwickelt worden sei. Die SPD in der DDR habe mit ihrer Unterstützung bei der Erarbeitung des Staatsvertrages insbesondere durchgesetzt:

- die von ihr als „soziale Grundsicherung“ verlangte Aufrechterhaltung der Mindestrente, auch wenn dies unter der irreführenden Bezeichnung des „Sockelbetrages“ geschehen sei;
- die Einführung von Lohnzuschlägen bei niedrigen Einkommen;
- die Beibehaltung der umfassenden Versicherungspflicht aller Erwerbstätigen in der DDR zumindest für eine Übergangszeit;

- die Übernahme des gesamten Betriebsverfassungsgesetzes einschließlich der Sozialplanregelung;
- die Übernahme des gesamten Kündigungsschutzes, einschließlich des Schwerbehindertengesetzes;
- die Streichung der Passage über die Zulässigkeit von Aussperrungen;
- die Zahlung der Beiträge zur Unfallversicherung nur vom Arbeitgeber.

Die Fraktion der SPD wies ferner darauf hin, daß auch nach Paraphierung des Staatsvertrages aufgrund ihrer Forderungen noch erhebliche Verbesserungen insbesondere in der Gesetzgebung der DDR erzielt worden seien. Zu nennen seien insbesondere

- die weitgehende Anpassung der Umweltvorschriften der DDR an die Regelungen der Bundesrepublik Deutschland und die Stilllegung der vier Blöcke des Kernkraftwerks Greifswald;
- Maßnahmen zur Heranziehung der zu Unrecht angehäuften Vermögen der früheren Blockparteien sowie der Massenorganisationen für gemeinnützige Zwecke;
- der Ausschluß der Guthaben hoher Funktionäre der zuvor genannten Organisationen sowie der Staatssicherheit vom Regelverfahren der Währungsumstellung;
- Maßnahmen zur Verhinderung von Spekulationsgewinnen durch die Währungsumstellung;
- Stärkung der Beteiligung der Länder im Rahmen des Einigungsprozesses.

Schließlich sei auch ihre Forderung auf Berücksichtigung des Grundsatzes der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nunmehr in das Vertragsgesetz eingegangen. Die Fraktion der SPD hob hervor, daß damit ihre Forderungen zwar nicht in vollem Umfang, aber doch in relevanter Weise erfüllt worden seien. Allerdings trage die Bundesregierung die Verantwortung dafür, daß infolge des von ihr zu vertretenden beispiellosen Zeitdrucks nicht alle vermeidbaren Risiken auf dem Weg zur Währungs- und Wirtschaftsunion hätten ausgeräumt werden können.

Die Fraktion der SPD erklärte, sie stimme gleichwohl dem Staatsvertrag zu. Sie tue dies einmal mit Rücksicht auf die erzielten Verbesserungen. Sie tue es zum anderen im Hinblick darauf, daß die Paraphierung des Staatsvertrages Fakten geschaffen und bei den Menschen in der DDR Erwartungen ausgelöst habe, so daß ein Scheitern des Vertrages in der DDR zu einer nicht mehr beherrschbaren Lage führen könnte. Die Fraktion der SPD betonte jedoch, daß ihre Zustimmung zum Staatsvertrag keine Billigung des Verfahrens seines Zustandekommens und keine Übernahme der Mitverantwortung für von ihr kritisierte Fehlentscheidungen bedeute.

Die Fraktion der SPD gab ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die nächsten Schritte im deutschen Einigungsprozess sorgfältiger vorbereitet werden und eine der Bedeutung der Aufgabe angemessene Form der Zusammenarbeit aller politischen Kräfte in Bund, Ländern und Gemeinden gefunden wird. Sie wies ferner dar-

auf hin, daß das Grundgesetz in seiner Präambel das gesamte deutsche Volk dazu aufrufe, die Einheit Deutschlands zu vollenden. Über die Verfassung der neuen bundesstaatlichen Republik Deutschland sei daher in einer Volksentscheidung abzustimmen. Die Einigung müsse ihre Tradition auf eine demokratische Entscheidung gründen, an der mitzuwirken alle Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland wie der DDR berufen seien.

4.2 Stellungnahme der Fraktion DIE GRÜNEN

Die Fraktion DIE GRÜNEN betonte im Ausschuß, daß auch sie die Herstellung der deutschen Einheit als Wunsch der Menschen, besonders in der DDR, anerkenne. Es gehe ihr also nicht um das „Ob“, sondern vor allem um das „Wie“ der Einheit. Diese Einheit herzustellen, sei keine bloß wirtschaftliche, sondern vor allem auch eine demokratische und politische Aufgabe, die nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werden dürfe. Erforderlich sei dafür eine Vereinbarung beider deutscher Staaten zur Bildung einer verfassunggebenden Versammlung und eine Volksabstimmung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über den zu erarbeitenden Verfassungsentwurf. So verlangten es die Präambel und Artikel 146 des Grundgesetzes. Das Gebäude des neuen, gemeinsamen, demokratisch verfaßten deutschen Staates müsse von den Fundamenten her errichtet werden. Zuerst müßte eine gemeinsame Verfassung erarbeitet und vom Volk beschlossen, danach müßten Länder in der DDR gebildet und in diesen Landtagswahlen durchgeführt werden. Dann könnten nach einem neu zu schaffenden gemeinsamen Wahlrecht Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament erfolgen. Für diese große demokratische Aufgabe bedürfe es ausreichender Zeit und einer parlamentarischen sowie öffentlichen Debatte, an der sich zu beteiligen jeder die Gelegenheit haben sollte. Die Gründungsurkunde des neuen Staates müsse vom Volk selbst ausgestellt werden. Auch müsse die deutsche Einigung Rücksicht auf die europäischen Nachbarn nehmen.

Den vorliegenden Staatsvertrag bewertete die Fraktion DIE GRÜNEN als ein riesiges Experiment mit offenem Ausgang. Besonders problematisch sei seine unter außergewöhnlichem Zeitdruck erfolgte parlamentarische Behandlung. Die Stunde des Parlaments habe sich im Grunde als Stunde seiner Ohnmacht erwiesen, da es mit einem Vertragswerk konfrontiert gewesen sei, auf dessen Inhalt es keinen wesentlichen Einfluß mehr haben nehmen können. Dabei bestünden gegen seinen Inhalt trotz zwischenzeitlich erreichter Verbesserungen nach wie vor erhebliche verfassungsrechtliche, politische und wirtschaftliche Bedenken. Die Fraktion DIE GRÜNEN lehnte den Staatsvertrag deshalb weiterhin ab. Im Kern begründete sie ihre ablehnende Haltung wie folgt:

- Für entscheidende Bereiche gebe die DDR ihre Souveränität an die Bundesrepublik Deutschland ab, ohne daß die staatliche Einigung bereits zeitlich und sachlich geregelt sei. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR würden einem Rechtssystem ausgesetzt, auf das sie und ihr Parlament keinerlei

Einfluß hatten noch haben; es werde ihnen dadurch die Möglichkeit genommen, Ansätze zu einer neuen gerechteren Eigentums-, Wirtschafts- und Sozialordnung zu entwickeln;

- der Staatsvertrag bedeute einen kalten Schock für das Wirtschaftssystem der DDR mit Massenarbeitslosigkeit und nicht absehbaren sozialen und innenpolitischen Folgen;
- der Staatsvertrag führe zu einem Ausverkauf des Produktivvermögens sowie von Grund und Boden in der DDR;
- die Sicherung der Interessen der Frauen in der DDR sei im Staatsvertrag nicht ausreichend behandelt;
- die Übernahme der bundesdeutschen Umweltgesetzgebung bringe für die DDR zwar eine Verbesserung, sei aber zugleich unzureichend und berge die Gefahr einer Wiederholung in der Bundesrepublik Deutschland gemachter Fehler in sich. Denn eine ungehemmte Wachstumspolitik produziere zunehmende ökologische Folgekosten und untergrabe unsere Lebensgrundlagen.

Im Detail beanstandete die Fraktion DIE GRÜNEN am Staatsvertrag:

Wirtschaft und Währung

- Die Erwartung der DDR-Bevölkerung, die Einführung einer marktwirtschaftlich organisierten Ökonomie werde Umwelt- und absehbare Beschäftigungsprobleme gleichsam von selbst lösen, werde sich schnell als trügerisch erweisen. Die Höhe der vorgesehenen Beiträge der Bundesrepublik Deutschland an die DDR sei „merkwürdig gering“. Um die Situation in der DDR nachhaltig verändern zu können, seien neben weitgehenden Ent- und Umschuldungsmaßnahmen der Betriebe in der DDR umfangreiche Finanzhilfen zur Umstrukturierung der Wirtschaft der DDR sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, für Maßnahmen der Umschulung und Qualifizierung von Arbeitnehmern, zur Erneuerung und zum Ausbau der Infrastruktur, zur Sanierung der Umwelt sowie zur Rekonstruktion und zum Neubau von Wohnungen erforderlich. Hierzu bedürfe es eines Solidarbeitrages der Bundesrepublik Deutschland.
- In der vereinbarten Währungsunion werde die DDR trotz Aufgabe ihrer Souveränität nicht als gleichberechtigter Partner behandelt. Ihr würden sogar weniger Kompetenzen eingeräumt als jedem Land der Bundesrepublik Deutschland. Zu fordern sei daher, daß die Staatsbank der DDR vorübergehend bis zur Bildung von Landeszentralbanken in der DDR fünf stimmberechtigte Mitglieder in den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank entsenden könne.
- Die im Staatsvertrag vorgesehenen Umtauschkurse würden der realen Kaufkraft der DDR-Mark nicht gerecht. Es müsse zudem ausgeschlossen werden, daß ungesetzlich erworbene Vermögen

umgetauscht werden könnten. Auch müsse sichergestellt werden, daß sich durch den Umtausch nicht Gewinne aus Währungsspekulationen erzielen ließen.

- Der Staatsvertrag führe zu einer Volksenteignung bisher nicht gekannten Ausmaßes. Um dies zu verhindern, dürften Grund und Boden sowie volkseigene Wohnungen in der DDR nicht in den Verkauf zur Strukturanpassung und Haushaltssanierung einbezogen werden. Ferner müsse klar abgegrenzt werden, welcher Anteil der volkseigenen Betriebe durch Veräußerung zur Finanzierung der Folgen der Währungsunion zur Verfügung stehen soll. Schließlich müsse das kommunale Eigentum, wie es bis 1949 auf dem Gebiet der DDR bestanden habe, sofort auf die Kommunen und Länder übertragen werden, um die zentralistische Gelderzuteilung zu beenden und eine Haushaltsplanung überhaupt erst zu ermöglichen.
- Zur Tilgung von Staatsschulden seien ausschließlich Vermögen und Wertbestände der SED, der verbündeten Blockparteien CDU, LDPD und NDPD, von ihnen protegierter gesellschaftlicher Organisationen und der früheren Staats- und Sicherheitsorgane heranzuziehen, wobei allerdings streng nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu verfahren sei. Ferner müßten bei der Währungsumstellung Spekulationsgewinne ausgeschlossen werden.
- Das Gelingen der in Artikel 14 des Staatsvertrages vorgesehenen Strukturanpassung in der DDR setze eine breite Vermögensstreuung voraus. Alle Bürgerinnen und Bürger der DDR sollten deshalb einklagbare Anteilsrechte am Volkseigentum der DDR erhalten und Belegschaften die Möglichkeit bekommen, durch besondere Anteilsrechte Eigentum an ihren Betrieben zu erwerben und so demokratische Mitbestimmungsmodelle zu verwirklichen.
- Mit der Einführung der Wirtschaftsunion müßten wirksame Maßnahmen gegen die Gefahr einer branchenweiten Monopolisierung einhergehen; insbesondere müsse die Zuständigkeit des Bundeskartellamts für die Tätigkeit bundesdeutscher Unternehmen auf dem Gebiet der DDR unter Einbeziehung der entsprechenden Behörden der DDR gesichert werden.

Soziales

- Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR werde zur Schließung vieler Betriebe und zumindest für einen längeren Zeitraum zu Massenerwerbslosigkeit führen. Davon würden voraussichtlich Frauen, aber auch Behinderte, ältere Menschen und soziale Problemgruppen zuerst betroffen. Deshalb sei die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung und einer dynamisch angepaßten Mindestrente erforderlich, um der absehbaren Notlage vieler Menschen in der DDR zu begegnen.
- Künstler und Kulturschaffende einschließlich ihrer Institutionen seien im Staatsvertrag nicht erwähnt.

Zu befürchten sei, daß viele bisher vom Staat unterhaltene wertvolle Kultureinrichtungen wie Orchester und Ballettschulen durch die vom Staatsvertrag vorgegebenen Ausgabenprioritäten in ihrer Existenz gefährdet seien. Die Erhaltung derartiger Einrichtungen sowie der Zugang zu Kinos, Theater, Konzertsälen und Akademien zu sozial verträglichen Eintrittspreisen sei sicherzustellen.

Frauen

- Der Staatsvertrag trage den Interessen der Frauen kaum Rechnung. Er schütze nicht das in der DDR bestehende Recht der Frau auf selbstbestimmte Schwangerschaft. Er schaffe zusätzliche Härten durch die vorgesehenen Kürzungen im Bereich des Kinderbetreuungsurlaubs und die absehbare Schließung zahlreicher betriebseigener Kinderbetreuungseinrichtungen. Dadurch werde die ökonomische Eigenständigkeit vieler Frauen gefährdet, was besonders Alleinerziehende hart treffe.

Umwelt

- Artikel 16 des Staatsvertrages reiche nicht aus, um den dringend notwendigen ökologischen Umbau in der DDR zu verwirklichen. Statt dessen sollte folgender Grundsatz Eingang in den Staatsvertrag finden: „Der Schutz der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage gegenwärtiger und künftiger Generationen ist Pflicht des Staates und aller Bürger.“ Umweltschutz bleibe Flickschusterei, solange seine Belange nicht integrierend im Wirtschaftsprozess berücksichtigt würden.
- Zu beanstanden sei insbesondere, daß in der DDR Atomkraftwerke, die in der Bundesrepublik Deutschland sofort vom Netz genommen werden müßten, kraft Sondergenehmigung noch fünf Jahre in Betrieb bleiben dürften. Der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie und ein Strukturhilfeprogramm für ein dezentrales, kommunales Energiesystem mit Vorrang für Energieeinsparung und erneuerbare Energiequellen seien erforderlich.
- Es sei zu befürchten, daß der Staatsvertrag die Landwirtschaft der DDR nahezu schutzlos einem auch für bundesdeutsche Bauern zunehmend existenzgefährdenden Agrarsystem ausliefere, in dem sie auf absehbare Zeit nicht konkurrenzfähig sein könne. Zu erwarten sei der Verlust mindestens jedes zweiten Arbeitsplatzes, was aus ökologischen wie sozialen Gründen gleichermaßen vermieden werden müsse.

5. Einzelbegründung der Ausschlußbeschlüsse

Zu Artikel 1 a – Durchführung der Wirtschaftsunion

Die beiden Regelungen in Artikel 11 Abs. 4 und in Artikel 14 Satz 2 öffnen den Vertrag für die Einbrin-

gung von Gesichtspunkten zur erfolgreichen Durchführung der Wirtschaftsunion, über die in der Bundesrepublik Deutschland Konsens besteht und die der Deutschen Demokratischen Republik helfen werde, die Anlaufschwierigkeiten bei der Umstellung des Wirtschaftssystems erfolgreich zu bewältigen.

Damit wird Nummer 6 der Stellungnahme des Bundesrates übernommen.

Zu Artikel 10 – Änderung des Einkommensteuergesetzes

Nummer 7

Durch die Streichung der Buchstaben a und b entfällt der Ausschluß der Steuerbegünstigung nach § 10f EStG von in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) belegenen, zu eigenen Wohnzwecken genutzten Baudenkmalen und Gebäuden in Sanierungsgebieten oder städtebaulichen Entwicklungsbereichen, die im Bundesgebiet und Berlin (West) unbeschränkt Steuerpflichtigen gehören.

In Anbetracht der geringen praktischen Bedeutung und der Geltung der Änderung lediglich für eine Übergangsfrist erscheint ein Ausschluß des § 10f EStG nicht erforderlich.

Zu Artikel 26 – Änderung des Bundesvertriebenengesetzes

Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb

Die Neufassung verdeutlicht, daß Zeiten, in denen ein Übersiedler oder ein Aussiedler im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes aus politischen Gründen gehindert worden ist, eine Beschäftigung auszuüben, einer beitragspflichtigen Beschäftigung nach dem AFG gleichstehen und damit Leistungsansprüche nach diesem Gesetz begründen können.

Zu Artikel 30 – Errichtung eines Fonds „Deutsche Einheit“

Zu § 2, § 5 Abs. 2 und § 7

Dem Vorschlag des Bundesrates, in dem Gesetz über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ die an die DDR bis 1994 zu leistenden Jahresbeträge zu nennen, kann gefolgt werden. Daraus ergibt sich die Änderung des § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“. Als Folgeänderung ist dann auch § 5 Abs. 2 dieses Gesetzes unter Berücksichtigung der Zahlungen aus dem Bundeshaushalt in den Fonds anzupassen, da in dieser Vorschrift die entsprechenden Kreditemächtigungen geregelt sind. Durch die abschließende Festlegung der Kreditemächtigungen und der Ausgaben im Gesetz über den Fonds „Deutsche Einheit“ werden jährliche Wirtschaftsplangesetze entbehrlich, so daß § 5 Abs. 2 Satz 2 und § 7 Satz 1 zweiter Halbsatz dieses Gesetzes entfallen können.

Zu § 5 Abs. 1

Der Wortlaut des Gesetzentwurfs nennt als Sparquelle des Bundes zum Ausgleich der Belastung durch die Bundeszuweisungen an den Fonds „Deutsche Einheit“ nur teilungsbedingte Kosten. Tatsächlich erwachsen dem Bund – vor allem wegen der veränderten weltpolitischen Lage – erhebliche weitere Einsparpotentiale bei anderen Aufgaben, z. B. bei den Kosten der Verteidigung, deren Inanspruchnahme zum Ausgleich der Fonds-Zuweisungen des Bundes ebenfalls geboten ist. Deshalb ist zumindest eine Relativierung des Gesetzeswortlauts geboten, die eine Festlegung auf die Inanspruchnahme von Einsparungen ausschließlich bei den Kosten der deutschen Teilung vermeidet.

Zu § 5 Abs. 4

Nach der gegenwärtigen Fassung des Gesetzentwurfs ist die Kreditaufnahme des Fonds nicht dem Verfahren gemäß § 20 Abs. 2 Bundesbankgesetz unterworfen. Dieses sieht vor, daß Bund, Bundesbahn, Bundespost, Ausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen Anleihen, Schatzanweisungen und Schatzwechsel in erster Linie durch die Deutsche Bundesbank begeben sollen; andernfalls hat die Begebung im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank zu erfolgen.

Die Bundesbank hat darum gebeten, für den Fonds „Deutsche Einheit“ eine entsprechende Regelung vorzusehen, um jegliche Rechtsunklarheit zu vermeiden. Dieser Bitte kann gefolgt werden. Das Verfahren nach § 20 Abs. 2 Bundesbankgesetz hat sich bewährt. Es dient der Abstimmung der Kapitalmarktpolitik des Bundes und seiner Sondervermögen mit der Geldpolitik der Bundesbank bei der Inanspruchnahme der Finanzmärkte.

Zu § 5 Abs. 5 (neu)

Es ist erforderlich, daß die Emissionen des Fonds „Deutsche Einheit“ wie die sonstigen Bundesemissionen ausgestattet werden, um die Finanzierungskosten, insbesondere etwaige Renditenaufschläge gegenüber vergleichbaren Bundesemissionen, so gering wie möglich zu halten. Deshalb ist es notwendig, die für Bundesanleihen und Bundesobligationen an den deutschen Börsen durchgeführte Kurspflege auch für entsprechende Emissionen des Fonds „Deutsche Einheit“ vorzusehen. Die dafür erforderlichen Mittel müssen im Wege des Kredits beschafft werden. Dies entspricht der in § 2 Abs. 5 Haushaltsgesetz 1990 vorgesehenen Regelung.

Zu § 5 Abs. 6 (neu)

Folgeänderung.

Zu § 6 Abs. 5 (neu)

Entsprechend einem Vorschlag des Bundesrates wird der Finanzierungsanteil der Länder durch eine Ergänzung des Gesetzes über die Errichtung des Fonds

„Deutsche Einheit“ auch in diesem Gesetz genannt; daneben ist eine entsprechende Bestimmung im Finanzausgleichsgesetz vorgesehen (Artikel 31 Nr. 2).

Zu § 6 Abs. 6 (neu)

Die Änderung entspricht einem Vorschlag des Bundesrates. Die Freistellung Berlins von der Finanzierungsbeitragung am Fonds „Deutsche Einheit“ nach der Vereinigung beider Teile Berlins wird durch den Umstand gerechtfertigt, daß Berlin (West) mit der Vereinigung beider Teile Berlins die unmittelbare Finanzverantwortung für Berlin (Ost) zufällt. Durch die Freistellung Berlins ändert sich der Finanzierungsanteil weder der Ländergesamtheit noch des Bundes.

Zu Artikel 31 — Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich

Nummer 2 Abs. 2

Der Bundesrat hat sich dafür ausgesprochen, die von den Ländern über die Minderung ihres Umsatzsteueranteils zu erbringende Beteiligung an den vom Bund zu leistenden Schuldendienstzuschüssen an den Fonds „Deutsche Einheit“ zur Hälfte bei der Umsatzsteuerverteilung und dem Finanzausgleich unter den Ländern zu berücksichtigen und zur Hälfte nach der Einwohnerzahl zu verteilen. Der Vorschlag des Bundesrats beruht auf einem Kompromiß der Länder, der finanzschwächeren Ländern entgegenkommt. Es handelt sich um eine Frage der Lastenverteilung zwischen den Ländern, bei der der Bundestag dem Votum des Bundesrates folgen kann.

Nummer 2 Abs. 3

Die Ergänzung ist eine Folgeänderung aus dem Vorschlag, in Artikel 30 § 6 einen Absatz 6 einzufügen, mit dem Berlin nach der Vereinigung beider Teile der Stadt von der weiteren Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ freigestellt wird. Infolge der Freistellung Berlins ändert sich die Finanzierungsbeitragung der Ländergesamtheit nach Artikel 31 Nr. 2 nicht. Die übrigen Länder übernehmen den Anteil Berlins nach dem Maßstab der festgelegten Verteilungsregelung.

Zu Artikel 32 — Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes

Zu § 6 Abs. 2 a

Die Einfügungen der Worte „bundesdurchschnittlich rund“ im zweiten Satz und des letzten Satzes entsprechen

dem Beschluß Nummer 18 in der Stellungnahme des Bundesrates. Beide Änderungen präzisieren das von Bund und Ländern politisch Gewollte, die Gemeinden nur bis zur Höhe ihres jeweiligen Steueranteils an den Finanzierungslasten der Länder zum Fonds „Deutsche Einheit“ zu beteiligen.

Die Einfügung der Worte „und bleibt bei der Ermittlung der Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden im Sinne der §§ 7 und 8 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern unberücksichtigt“ im dritten Satz entspricht dem Beschluß Nummer 19 in der Stellungnahme des Bundesrates. Die Änderung stellt klar, daß die im Gesetzentwurf vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage bei der Umsatzsteuerverteilung und dem Finanzausgleich unter den Ländern unberücksichtigt bleibt. Ohne diese Klarstellung würde das länderweise unterschiedliche Mehraufkommen an Gewerbesteuerumlage im System des Länderfinanzausgleichs nivelliert. Mit dem Artikel 32 ist jedoch ausschließlich eine landesinterne Beteiligung der Gemeinden am jeweiligen Länderanteil für den Fonds „Deutsche Einheit“ beabsichtigt.

Zu Artikel 33 a — Ermächtigungen

Die Menschen in beiden deutschen Staaten erwarten zeitgleich mit dem Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 den Wegfall sämtlicher Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze und der Grenze zwischen Berlin (West) und Berlin (Ost).

Der Bundesminister des Innern hat die Aufhebung der Kontrollen im Einvernehmen mit dem Innenminister der Deutschen Demokratischen Republik so vorbereiten lassen, daß sie voraussichtlich termingerecht vollzogen werden kann.

Der Schritt muß allerdings einhergehen mit der Einführung ausreichender Kompensationsinstrumente auf den Gebieten des Sichtvermerks- und Ausländerrechts, der Fahndung, der Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden sowie des Datenschutzes, um Sicherheits- und Einwanderungsrisiken möglichst zu vermeiden. Darüber ist ein Regierungsabkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik vorgesehen.

Der neue Artikel gibt dazu detaillierte Ermächtigungen, die Art und Umfang des beabsichtigten Regierungsabkommens weitgehend vorzeichnen.

Bonn, den 18. Juni 1990

Lintner
Berichterstatter

Stobbe

Hoppe

Häfner

Anhang I**Stellungnahmen mitberatender Ausschüsse**

- A 3 Auswärtiger Ausschuß
- A 4 Innenausschuß
- A 5 Sportausschuß
- A 6 Rechtsausschuß
- A 7 Finanzausschuß
- A 8 Haushaltsausschuß
- A 9 Ausschuß für Wirtschaft
- A 10 Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- A 11 Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
- A 12 Verteidigungsausschuß
- A 13 Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
- A 14 Ausschuß für Verkehr
- A 15 Ausschuß für Post und Telekommunikation
- A 16 Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
- A 17 Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen
- A 18 Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung
- A 19 Ausschuß für Bildung und Wissenschaft
- A 20 Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit
- A 21 Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

A 3**Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses**

vom 15. Juni 1990

zu dem

- a) Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7350 –

hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung
– Drucksache 11/7351 –

federführend: Ausschuß Deutsche Einheit

mitberatend: Auswärtiger Ausschuß

- b) Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung
Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der DDR
– Drucksache 11/7016 –

- c) Antrag der Fraktion der SPD
Vertrag über die polnische Westgrenze
– Drucksache 11/6951 –

federführend: Ausschuß Deutsche Einheit

mitberatend: Auswärtiger Ausschuß

- d) Antrag der Fraktion der SPD
Garantie der polnischen Westgrenze
– Drucksache 11/6237 –

- e) Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens
– Drucksache 11/6250 –

zu a) und b)

Der Auswärtige Ausschuß empfiehlt dem federführenden Ausschuß Deutsche Einheit die Annahme des Entwurfs zum Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksachen 11/7171, 11/7350 und 11/7351 –.

Im Hinblick auf die im Ausschuß Deutsche Einheit angestrebte Formulierung eines gemeinsamen Antrags zur polnischen Westgrenze – Drucksachen 11/6237, 11/6250, 11/6951 und 11/7016 – verzichtet der mitberatende Auswärtige Ausschuß heute auf eine Beratung und Abstimmung in der Sache.

Dr. Hans Stercken

Vorsitzender

A 4**Stellungnahme des Innenausschusses**

vom 15. Juni 1990

zu dem

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –

und der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7350 –

hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung
– Drucksache 11/7351 –

Der Innenausschuß empfiehlt einstimmig, den die Zuständigkeit des Innenausschusses betreffenden Regelungen zuzustimmen. Zu Artikel 29 des Staatsvertrages gibt er den aus Anlage 1 ersichtlichen Hinweis.

Der Innenausschuß empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Nichtteilnahme der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN an der Abstimmung, den Gesetzentwurf auf Drucksache 11/7171 im Sinne des aus Anlage 2 ersichtlichen Antrags zu ergänzen.

Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP bei Enthaltung seitens der Fraktion der SPD und bei Nichtteilnahme der Fraktion DIE GRÜNEN empfiehlt er, dem aus Anlage 3 ersichtlichen Antrag zuzustimmen.

Ein seitens der Fraktion der SPD vorgelegter Antrag (Anlage 4) und ein Entschließungsvorschlag (Anlage 5), über die der Ausschuß nicht abgestimmt hat, sind beigefügt.

Bonn, 15. Juni 1990

Hans Gottfried Bernrath

Der Vorsitzende

ANLAGE 1

Vorschlag CDU/CSU und FDP

Beitrag zum Bericht des Innenausschusses

Die sinngemäße Anwendung des Bundespersonalvertretungsgesetzes nach Artikel 29 des Staatsvertrages erfordert zunächst die Neuwahl der Personalräte. Die Mitwirkung der neugewählten Personalräte bei Personalentscheidungen steht der Verwirklichung der Ziele des Artikels 26 Abs. 3 des Staatsvertrages nicht entgegen. Artikel 26 Abs. 3 des Staatsvertrages hat Vorrang.

ANLAGE 2

Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –

Der Innenausschuß möge beschließen:

Der Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wird um folgenden Artikel 34 a ergänzt:

Artikel 34 a
Ermächtigungen

(1) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates ein Abkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik über erforderliche Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Kontrollen im Personenverkehr an den innerdeutschen Grenzen in Kraft setzen, über

1. Ausgleichsmaßnahmen im Bereich des Ausländerrechts sowie zur Sicherstellung wirksamer Kontrollen an den Außengrenzen einschließlich des erforderlichen Austausches personenbezogener Daten
2. eine notwendige Zusammenarbeit der Polizei- und der Zollbehörden beider Vertragsparteien, durch den Austausch von Informationen einschließlich

personenbezogener Daten, soweit der Verdacht besteht, daß eine der folgenden Straftaten begangen worden ist oder begangen werden soll:

- Mord,
- Totschlag,
- Vergewaltigung,
- vorsätzliche Brandstiftung,
- Falschmünzerei,
- schwerer Diebstahl, Hehlerei und Raub,
- Erpressung,
- Entführung und Geiselnahme,
- Menschenhandel,
- unerlaubter Verkehr mit Betäubungsmitteln,
- Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften über Waffen und Sprengstoffe,
- Vernichtung durch Sprengstoffe,
- unerlaubter Verkehr mit giftigen und schädlichen Abfällen,

- unerlaubtes Entfernen nach einem Unfall mit schwerer Körperverletzung oder Todesfolge.
3. a) den Austausch von Datenbeständen zur Suche nach Sachen,
- b) den Austausch von Beständen personenbezogener Daten zur Suche nach Personen zum Zwecke der Verfolgung oder Verhütung der in Nr. 2 bezeichneten Straftaten
- sowie über
- Einzelheiten des Verfahrens bei Übermittlung dieser personenbezogenen Daten einschließlich einer Abruf- und Eingabemöglichkeit der Deutschen Demokratischen Republik für den INPOL-Fahndungsbestand im automatisierten Verfahren, wobei Abrufe und Eingaben der Deutschen Demokratischen Republik aufzuzeichnen sind, und
 - das Verfahren bei der Durchführung der er-suchten Maßnahmen.
- (2) Mit einem solchen Abkommen sind für die Übermittlung personenbezogener Daten datenschutz-

rechtliche Bestimmungen zu schaffen, die zumindest einen Datenschutz gewährleisten, der den in Anlage VII des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik enthaltenden Grundsätze entspricht, und die ferner die Datensicherheit gewährleisten und eine wirksame Kontrolle der Verwendung der übermittelten Daten vorsehen.

(3) Übermittlungen personenbezogener Daten dürfen nur zugelassen werden, wenn rechtliche Gründe einschließlich des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit nicht entgegenstehen.

(4) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates ein Abkommen im Sinne des Abs. 1 mit der Deutschen Demokratischen Republik vorläufig in Kraft setzen; diese Rechtsverordnung tritt spätestens drei Monate nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft.

ANLAGE 3

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –

Zu Artikel 26 (Änderung des Bundesvertriebenengesetzes)

Nummer 1 Buchstabe a, bb wird wie folgt gefaßt:

„bb) Nummer 2 Buchstabe a und b wird wie folgt gefaßt:

- a) Ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost),

- b) ein Vertriebener im Sinne des § 1 in den in § 1 Abs. 2 Nr. 3 genannten Gebieten“

Begründung

Die Neufassung verdeutlicht, daß Zeiten, in denen ein Übersiedler oder ein Aussiedler im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes aus politischen Gründen gehindert worden ist, eine Beschäftigung auszuüben, einer beitragspflichtigen Beschäftigung nach dem AFG gleichstehen und damit Leistungsansprüche nach diesem Gesetz begründen können.

ANLAGE 4

15. Juni 1990

**SPD-Bundestagsfraktion
im Innenausschuß des Deutschen Bundestages**

**Antrag zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990
über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik**

Umtauschregelung für Künstlerinnen und Künstler in der DDR

Der Innenausschuß im Deutschen Bundestag wolle beschließen:

Freischaffende Künstler und Künstlerinnen mit Wohnsitz in der DDR werden in die Umtauschregelung nach Artikel 6 (Absatz 1, 3. Spiegelstrich der Anlage I) des Vertrags einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einbezogen.

Begründung

Anders als bei Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit regelmäßigem Einkommen dient das Sparguthaben von selbständig tätigen Künstlern und Künstlerinnen der unmittelbaren Lebensfinanzierung: Der Verkaufserlös von gestern muß der Finanzierung der künstlerischen Arbeit von morgen und übermorgen dienen. Er ist das jeweilige Investitionskapital für die nächste Zukunft.

Die Guthaben der Künstlerinnen und Künstler, die ihren Wohnsitz in der DDR oder in Ost-Berlin haben, sollen daher zur Vermeidung sozialer Härten wie die der Rentnerinnen und Rentner nach Artikel 6 der Anlage I umgetauscht werden.

ANLAGE 5
15. Juni 1990

**SPD-Bundestagsfraktion
im Innenausschuß des Deutschen Bundestages**

Entschließung des Innenausschusses zum Staatsvertrag mit der DDR

Kulturpolitische Maßnahmen für ein gemeinsames Deutschland

I. Der Innenausschuß im Deutschen Bundestag stellt fest:

Als Kulturnation waren die Deutschen nie ganz geteilt: Es gab eine Literatur der Deutschen; Musik, Malerei, Theater und Film sind während der vierzig Jahre auf vielfältige, oft schmerzliche Weise miteinander verbunden geblieben. Diesem Anspruch muß der Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gerecht werden.

Kunst und Kultur können im Prozeß des geistig, kulturell und sozial schwierigen Zusammenwachsens dazu beitragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider deutscher Staaten zu fördern und bei jungen Menschen zu wecken.

Darüber hinaus müssen die Deutschen gerade in der gegenwärtigen gesamteuropäischen Aufbruchssituation übernationale, europäische Verantwortung übernehmen. Denn es muß deutlich werden, daß mit der Bildung eines gemeinsamen Deutschlands nicht das große Ziel der aufklärerischen Politik der Nachkriegszeit aufgegeben wird, den egozentrischen Nationalstaat zu überwinden.

II. Der Innenausschuß fordert die Bundesregierung auf, parallel zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion kulturpolitische Maßnahmen gemeinsam mit der DDR-Regierung und den Ländern (deutsch-deutsche Kulturkommission) zu entwickeln. An der Arbeit der Kulturkommission sind die Parlamente in angemessener Weise zu beteiligen.

Der Innenausschuß beschließt im einzelnen:

1. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sich nachhaltig zum Schutz von Kunst und Kultur als einer vorrangigen Staatsaufgabe bekennen.

2. Für eine Übergangszeit von fünf Jahren stellt die Bundesrepublik Deutschland zum Zwecke der Anschubfinanzierung Haushaltsmittel bereit.

3. Die Künstlerinnen und Künstler der DDR müssen in ein Netz sozialer Sicherung einbezogen werden. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, in Übereinkunft mit der DDR zu überprüfen,

– inwieweit dieser Personenkreis in den Geltungsbereich der Künstlersozialversicherung einbezogen werden kann und

– inwieweit die Regelungen des Urheberrechts auch auf die DDR ausgedehnt werden können.

4. Der Innenausschuß geht davon aus, daß die künftigen Länder der DDR an kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen ihres Landes auf der Grundlage eines zwischen den Ländern zu erarbeitenden Staatsvertrages festhalten wollen. Zu solchen Einrichtungen könnten u. a. gehören

– der Kulturfonds der DDR und

– gesamtstaatliche künstlerische Ausbildungsstätten.

5. Bei wohnungsbaupolitischen Entscheidungen muß die Weiterführung der bisherigen kulturellen Nutzung (Kulturhäuser, Jugendkulturclubs u. ä.) ermöglicht werden. Freiberuflichen Künstlern und Künstlerinnen ist für die zu ihrer unmittelbaren Berufsausübung notwendigen Atelier- und Arbeitsräume Mieterschutz zu gewähren.

Die SPD-Bundestagsfraktion im Innenausschuß erklärt zum innenpolitischen Teil des Staatsvertrags

Innenpolitische Aspekte werden im Staatsvertrag nur am Rande erwähnt. Dem insoweit bemerkenswert kargen Regelungsgehalt des Vertrags wird nach Maßgabe insbesondere folgender Hinweise zugestimmt:

- Die Regelungen zum Öffentlichen Dienst, die in Artikel 29 niedergelegt sind, können in Verbindung mit Kündigungsschutzregeln und Bundespersonalvertretungsrecht zu Verfestigungen führen. Es ist möglich, daß damit das avisierte Ziel, nur vorläufig das Recht des Öffentlichen Dienstes zu regeln, verfehlt wird. Dies kann abgesehen vom Stasi-Problem unabsehbare praktische Folgen namentlich finanzieller Art haben, weil in einem Staat wie der DDR der Begriff des Öffentlichen Dienstes nach bundesdeutschem Verständnis nicht greifen kann und eher mehr, wenn nicht alle denkbaren Tätigkeitsfelder in Abweichung von unserem Verständnis dem Öffentlichen Dienst zugerechnet werden können. Im übrigen wird davon ausgegangen, daß über die von der DDR demnächst zu beachtenden Regeln des Bundespersonalvertretungsrechts Statusfragen des Öffentlichen Dienstes nicht vorab entschieden werden. Unter diesen Umständen wird die Beachtung des Beschlusses des Innenausschusses des Bundesrates in der Sitzung vom 28. Mai 1990 mit Nachdruck empfohlen, wonach die Geltung des Kündigungsschutzgesetzes in der Weise auf die DDR erstreckt werden soll, daß dadurch den Intentionen des Artikels 29, für den Öffentlichen Dienst zunächst lediglich Übergangsregelungen zuzulassen, nicht entgegengewirkt wird.
- Die Exekutierbarkeit besonders des von der DDR mit Inkrafttreten des Staatsvertrags zu übernehmenden bundesdeutschen Rechts erscheint mangels personeller wie institutioneller Kapazität in der DDR nicht gewährleistet. Verstärkte und zielgerichtete Hilfen von bundesdeutscher Seite wenigstens für eine Übergangszeit liegen nicht nur im Interesse der DDR. Auch die Bundesrepublik

Deutschland hat ein hohes Eigeninteresse daran, daß die vereinbarten Regeln nicht überwiegend nur Papier bleiben.

- Dem Datenschutz wird gerade in Angelegenheiten der inneren Sicherheit hohe Bedeutung zukommen. Die wahrscheinlich auf absehbare Zeit im wesentlichen nicht veränderbare personelle Ausstattung der diesbezüglichen Institutionen in der DDR erfordert hohe Aufmerksamkeit von bundesdeutscher Seite.

Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es beim Staatsvertrag vorrangig um Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Umweltunion geht, ist es angemessen, schon jetzt das Politikfeld des Datenschutzes nicht gänzlich unberücksichtigt zu lassen. Es wird deshalb vorgeschlagen, die DDR zu verpflichten, eine Datenschutzkontrollinstanz auf der Grundlage der europäischen Vereinbarung vom 28. Januar 1981 zu schaffen.

Ein entsprechender Zusatz könnte in geeigneter Form dem Anhang des Vertrages IV 3 ohne Ergänzung oder Änderung des Vertragstextes mit folgendem Wortlaut beigefügt werden:

„Die Deutsche Demokratische Republik richtet eine unabhängige Datenschutzkontrollinstanz ein. Maßstab für die Tätigkeit dieser Einrichtung sind neben den Bestimmungen dieses Vertrages die Grundsätze des Übereinkommens des Europarates über den Schutz des Menschen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten vom 28. Januar 1981. Die Deutsche Demokratische Republik verpflichtet ihre Behörden, bei der Verarbeitung personenbezogener Daten die Grundsätze dieses Übereinkommens einzuhalten.“

- Die zentrale Zuständigkeit des Staates für Polizei und andere Stellen der inneren Sicherheit sollte nur bis zur Schaffung von DDR-Ländern, jedenfalls aber nur für eine Übergangszeit gelten dürfen.

A 5**Stellungnahme des Sportausschusses**

vom 15. Juni 1990

zu dem

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

— Drucksache 11/7171 —

Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP haben in der 38. Sitzung am 15. Juni 1990 folgenden Beschluß gefaßt.

1. Auch wenn der Staatsvertrag keine unmittelbare Bezugnahme auf den Sport enthält, wird er tatsächliche Auswirkungen auf Entwicklung und Organisation des Sports in der DDR haben.
2. Unter dem Stichwort „Währungsunion“ legt der Staatsvertrag in Kapitel III Artikel 11 (1) die DDR auf die soziale Marktwirtschaft fest. In Abs. 2 verpflichtet sich die DDR zur Schaffung von Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Marktkräfte und der Privatinitiative. Gemäß Artikel 16 ist besondere Rücksicht auf den Umweltschutz zu nehmen.

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Sport durch den Grundsatz der Gemeinnützigkeit gekennzeichnet.

Aufgrund der stark unterschiedlichen Strukturen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland kann daher die Nichterwähnung der Sicherung der Rahmenbedingungen für einen selbstverwalteten Sport in der DDR diesen ins Hintertreffen bringen. Dies gilt sowohl für den Breiten- einschließlich Behindertensport, wie besonders für den Spitzensport.

Deutlich wird dies am Beispiel der Verpflichtung der DDR-Unternehmen und anderer Organisationen, unternehmensfremde Zwecke nicht mehr zu fördern. Dies dürfte sich nachhaltig auf die finanzielle und personelle Situation der bisherigen Betriebssportgemeinschaften und der künftigen Vereine und damit auf deren Leistungsfähigkeit im Bereich eines umfassenden Breitensportangebots sowie einer niveausichernden Förderung des Spitzensports auswirken (Verlust der Sportanlagen und der unmittelbaren finanziellen Zuwendungen durch die Betriebe und Organisationen).

Die Förderung des inner- und außerbetrieblichen Sports gehört in der Bundesrepublik Deutschland zu den sozialen Aufgaben eines Betriebes gegenüber seinen Mitarbeitern/innen sowie gegenüber der Gemeinschaft (Betriebssport/Förderung gemeinnütziger Vereine aus Betriebsvermögen).

Der Sportausschuß hält es im Interesse eines freien, föderalen und demokratischen Sports für notwendig

- den Sport in der DDR dem Gemeinnützigkeitsrecht zu unterstellen und jedwede Hilfen beim Aufbau demokratischer Vereinsstrukturen zu geben,
- die Zweckentfremdung bestehender Sportanlagen durch sportstättensichernde Maßnahmen zu verhindern und die Sportanlagen dem gemeinnützigen Sport zu erhalten,
- den sich bildenden Vereinen die Sportanlagen unentgeltlich zu überlassen,
- den Unternehmen in der DDR künftig die Möglichkeit zu geben, den gemeinnützigen Sport zu fördern,

- dem Spitzensport die Förderung zuteil werden zu lassen, die den hohen Leistungsstand in der DDR sichert,
 - mit Blick auf die sich dynamisch vollziehende Entwicklung des Sports für die DDR einen „Goldenen Sportentwicklungsplan“ zu erstellen und
 - die Vermögenswerte der ehemals selbständigen Sportorganisationen (Vereine/Verbände, unter anderem Arbeitersportbewegung) diesen zurückzuübertragen.
3. In Kapitel IV. (Bestimmungen über die Sozialunion) verpflichtet Artikel 17 die DDR auf die Grundsätze der Arbeitsrechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Der Sport in der DDR ist hinsichtlich des stark hauptamtlich besetzten DTSB und seiner Untergliederungen betroffen.

Die angestrebte Beseitigung zentralistischer und die Schaffung föderaler, demokratischer Strukturen einer autonomen Sportselbstverwaltung bedingt ein neues Führungssystem, bei dem ehrenamtliche Führung durch Hauptamtlichkeit unterstützt wird.

Die Verpflichtung der DDR auf Arbeitnehmerschutzrechte kann und darf nicht bedeuten, daß dieser Entwicklungsprozeß zu einer auf dem ehrenamtlichen Element beruhenden Sportstruktur in der DDR, die zu einem Abbau der Hauptamtlichkeit führen muß, behindert wird.

Ferdi Tillmann

Vorsitzender

A 6

Stellungnahme des Rechtsausschusses

vom 15. Juni 1990

zu dem

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksachen 11/7171, 11/7351 —

Der Rechtsausschuß erhebt gegen den Gesetzentwurf — Drucksache 11/7171 — in der Fassung der Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates — Drucksache 11/7350 — zum gleichlautenden Gesetzentwurf der Bundesregierung — Drucksache 11/7350 — mehrheitlich keine verfassungsrechtlichen und sonstigen rechtlichen Bedenken.

Zur Klarstellung empfiehlt er auf Antrag der Koalitionsfraktionen einstimmig folgende redaktionelle Änderung, mit der keine inhaltliche Änderung verbunden ist:

Artikel 26 Nr. 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb wird wie folgt gefaßt:

„bb) Nummer 2 Buchstabe a und b wird wie folgt gefaßt:

- a) ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost),
- b) ein Vertriebener im Sinne des § 1 in den in § 1 Abs. 2 Nr. 3 genannten Gebieten“

Folgender Antrag der SPD-Fraktion wurde mehrheitlich abgelehnt:

In Artikel 24 wird folgender § 5 angefügt:

„ § 5

Das bisherige Recht der Deutschen Demokratischen Republik zum Schwangerschaftsabbruch gilt weiter. Ziel ist es, nach einer Übergangszeit von über fünf Jahren eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die Hilfen mit Rechtsanspruch für Frauen in Schwangerschaftskonflikten, ein verbindliches Aufklärungskonzept, ein plurales Beratungsangebot und die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten bei Straffreiheit der Frauen enthält.“

Herbert Helmrich, MdB

Vorsitzender

A 7

Stellungnahme des Finanzausschusses

vom 15. Juni 1990

zu dem

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

- a) Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
– Drucksache 11/7171 –
- b) Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 11/7350, 11/7351 –

In der sicheren Erwartung, daß unverzüglich, möglichst bis zum Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, eine marktwirtschaftlichen Regeln entsprechende Bodeneigentums- und Bodenverkehrsordnung unter Einbeziehung der Wohnungswirtschaft geschaffen wird, und

in der begründeten Erwartung, daß der Prozeß zur Herstellung der staatlichen Einheit unter Ausschöpfung aller völkerrechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zügig zum Abschluß gebracht wird, damit für das einheitliche Wirtschafts- und Währungsgebiet so schnell wie möglich strukturell und im Vollzug qualitativ vergleichbares einheitliches Verwaltungshandeln und einheitlicher Rechtsschutz gewährleistet werden können,

[Die gesamte Präambel wurde mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommen. Die SPD-Fraktion hat die Präambel abgelehnt, weil sie diese für formal entbehrlich hält und sie inhaltlich anderer Auffassung ist.]

empfiehlt der Finanzausschuß dem federführenden Ausschuß Deutsche Einheit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und denen der SPD-Fraktion bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN die Annahme des Gesetzentwurfs mit den folgenden Änderungsanträgen und interpretierenden Hinweisen:

I. Änderungsanträge

1. Zu Artikel 10 (Änderung des Einkommensteuergesetzes)

Änderung

Nummer 7 erhält folgende Fassung:

„7. In § 10f Abs. 3 Satz 3 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halb-

satz angefügt: „entsprechendes gilt für Abzugsbeträge nach § 52 Abs. 21 Satz 7.“

Begründung

Durch die Streichung der Buchstaben a und b entfällt der Ausschluß der Steuerbegünstigung nach § 10f EStG von in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) belegenen, zu eigenen Wohnzwecken genutzten Baudenkmalen und Gebäuden in Sanierungsgebieten oder städtebaulichen Entwicklungsbereichen, die im Bundesgebiet und Berlin (West) unbeschränkt steuerpflichtigen gehören.

In Anbetracht der geringen praktischen Bedeutung und der Geltung der Änderung lediglich für eine Übergangsfrist erscheint ein Ausschluß des § 10f EStG nicht erforderlich.

2. Zu Artikel 30 (Errichtung eines Fonds „Deutsche Einheit“)

Änderungen

a) In § 2 Abs. 1 ist der Satz 2 wie folgt zu fassen:

„Davon können im Jahre 1990 Leistungen in Höhe von 22 Milliarden DM, im Jahre 1991 in Höhe von 35 Milliarden DM, 1992 in Höhe von bis zu 28 Milliarden DM, 1993 in Höhe von bis zu 20 Milliarden DM und 1994 in Höhe von bis zu 10 Milliarden DM erbracht werden.“

b) § 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Absatz 1 Satz 2 sind die Worte „bei teilungsbedingten Kosten“ durch die Worte „insbesondere bei teilungsbedingten Kosten“ zu ersetzen.

bb) Absatz 2 ist wie folgt zu fassen:

„(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, für das Sondervermögen Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen, und zwar 1990 bis zur Höhe von 20 Milliarden DM, 1991 bis zur Höhe von 31 Milliarden DM, 1992 bis zur Höhe von 24 Milliarden DM, 1993 bis zur Höhe von 15 Milliarden DM und 1994 bis zur Höhe von 5 Milliarden DM zuzüglich der jeweils anfallenden Kreditbeschaffungskosten.“

cc) Absatz 4 ist wie folgt zu fassen:

„(4) Die Kreditaufnahme erfolgt durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen nach dem in § 20 Abs. 2 Bundesbankgesetz vorgesehenen Verfahren oder durch Aufnahme von Darlehen gegen Schuldschein.“

dd) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 — neu — eingefügt:

„(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zum Ankauf von Schuldtiteln des Fonds im Wege der Marktpflege Kredite bis zu 10 vom Hundert des Betrages der umlaufenden Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen des Fonds aufzunehmen.“

ee) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden Absätze 6 und 7.

c) § 6 wird wie folgt geändert:

aa) Es ist folgender Absatz 5 anzufügen:

„(5) Die Länder erstatten dem Bund 50 vom Hundert der Zuschüsse nach Abs. 2 Satz 1 als ihren Beitrag zur Finanzierung des Fonds ‚Deutsche Einheit‘ nach Maßgabe von § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich in der Fassung von Artikel 31 Nr. 2 dieses Gesetzes.“

bb) Nach dem Absatz 5 — neu — ist folgender Absatz 6 anzufügen:

„(6) Das Land Berlin wird nach der Vereinigung beider Teile Berlins von weiteren Beiträgen zur Finanzierung der Leistungen aus dem Fonds ‚Deutsche Einheit‘ freigestellt.“

d) In § 7 Satz 1 wird nach dem Wort „veranschlagt“ der nachfolgende Halbsatz gestrichen.

Begründung

Zu Buchstabe a, Buchstabe b Doppelbuchstabe bb und Buchstabe d

Dem Vorschlag des Bundesrates, in dem Gesetz über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ die an die DDR bis 1994 zu leistenden Jahresbeträge zu nennen, kann gefolgt werden. Daraus ergibt sich die Änderung des § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“. Als Folgeänderung ist dann auch § 5

Abs. 2 dieses Gesetzes unter Berücksichtigung der Zahlungen aus dem Bundeshaushalt in den Fonds anzupassen, da in dieser Vorschrift die entsprechenden Kreditermächtigungen geregelt sind. Durch die abschließende Festlegung der Kreditermächtigungen und der Ausgaben im Gesetz über den Fonds „Deutsche Einheit“ werden jährliche Wirtschaftsplangesetze entbehrlich, so daß § 5 Abs. 2 Satz 2 und § 7 Satz 1 zweiter Halbsatz dieses Gesetzes entfallen können.

Zu Buchstabe b

Doppelbuchstabe aa

Der Wortlaut des Gesetzentwurfs nennt als Sparquelle des Bundes zum Ausgleich der Belastung durch die Bundeszuweisungen an den Fonds „Deutsche Einheit“ nur teilungsbedingte Kosten. Tatsächlich erwachsen dem Bund — vor allem wegen der veränderten weltpolitischen Lage — erhebliche weitere Einsparpotentiale bei anderen Aufgaben, z. B. bei den Kosten der Verteidigung, deren Inanspruchnahme zum Ausgleich der Fondszuweisungen des Bundes ebenfalls geboten ist. Deshalb ist zumindest eine Relativierung des Gesetzeswortlauts geboten, die eine einseitige Festlegung auf die Inanspruchnahme von Einsparungen ausschließlich bei den Kosten der deutschen Teilung vermeidet.

Doppelbuchstabe cc

Nach der gegenwärtigen Fassung des Gesetzentwurfs ist die Kreditaufnahme des Fonds nicht dem Verfahren gemäß § 20 Abs. 2 Bundesbankgesetz unterworfen. Dieses sieht vor, daß Bund, Bundesbahn, Bundespost, Ausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen Anleihen, Schatzanweisungen und Schatzwechsel in erster Linie durch die Deutsche Bundesbank begeben sollen; andernfalls hat die Begebung im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank zu erfolgen.

Die Bundesbank hat darum gebeten, für den Fonds „Deutsche Einheit“ eine entsprechende Regelung vorzusehen, um jegliche Rechtsunklarheit zu vermeiden. Dieser Bitte kann gefolgt werden. Das Verfahren nach § 20 Abs. 2 Bundesbankgesetz hat sich bewährt. Es dient der Abstimmung der Kapitalmarktpolitik des Bundes und seiner Sondervermögen mit der Geldpolitik der Bundesbank bei der Inanspruchnahme der Finanzmärkte.

Doppelbuchstabe dd

Es ist erforderlich, daß die Emissionen des Fonds „Deutsche Einheit“ wie die sonstigen Bundesemissionen ausgestattet werden, um die Finanzierungskosten, insbesondere etwaige Renditenaufschläge gegenüber vergleichbaren Bundesemissionen, so gering wie möglich zu halten. Deshalb ist es notwendig, die für Bundesanleihen und Bundesobligationen an den deutschen Börsen durchgeführte Kurspflege auch für entsprechende Emissionen des Fonds „Deutsche Einheit“ vorzusehen. Die dafür erforderlichen Mittel müssen im Wege des Kredits beschafft werden. Dies entspricht der in § 2 Abs. 5 Haushaltsgesetz 1990 vorgesehenen Regelung.

Doppelbuchstabe ee

Folgeänderung.

Zu Buchstabe c

Doppelbuchstabe aa

Entsprechend einem Vorschlag des Bundesrates wird der Finanzierungsanteil der Länder durch eine Ergänzung des Gesetzes über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ auch in diesem Gesetz genannt; daneben ist eine entsprechende Bestimmung im Finanzausgleichsgesetz vorgesehen (Artikel 31 Nr. 2).

Doppelbuchstabe bb

Die Änderung entspricht einem Vorschlag des Bundesrates. Die Freistellung Berlins von der Finanzierungsbeteiligung am Fonds „Deutsche Einheit“ nach der Vereinigung beider Teile Berlins wird durch den Umstand gerechtfertigt, daß Berlin (West) mit der Vereinigung beider Teile Berlins die unmittelbare Finanzverantwortung für Berlin (Ost) zufällt. Durch die Freistellung Berlins ändert sich der Finanzierungsanteil weder der Ländergesamtheit noch des Bundes.

3. Zu Artikel 31 (Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern)

Änderungen

a) In Nummer 2 ist Absatz 2 wie folgt zu fassen:

„(2) Aus dem Anteil der Länder an der Umsatzsteuer erhält der Bund ab 1991 zusätzlich einen Betrag in Höhe von 50 vom Hundert der Bundeszuschüsse nach § 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über den Fonds „Deutsche Einheit“. Der Beitrag der Länder wird auf die einzelnen Länder zu 50 vom Hundert nach der Einwohnerzahl am 30. Juni des jeweiligen Jahres und zu 50 vom Hundert nach § 2 verteilt. Er wird in Monatsbeträgen mit den Einfuhrumsatzsteuerzahlungen des Bundes nach § 14 Abs. 2 vorläufig berechnet.“

b) Es ist folgende Nummer 3 anzufügen:

„3. Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Das Land Berlin wird nach der Vereinigung beider Teile Berlins von weiteren Beiträgen zur Finanzierung der Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ freigestellt.“

Begründung

Zu Buchstabe a

Der Bundesrat hat sich dafür ausgesprochen, die von den Ländern über die Minderung ihres Umsatzsteueranteils zu erbringende Beteiligung an den vom Bund zu leistenden Schuldendienstzuschüssen an den Fonds „Deutsche Einheit“ zur Hälfte bei der Umsatzsteuerverteilung und dem Finanzausgleich unter den Ländern zu berücksichtigen und zur Hälfte nach der Einwohnerzahl zu ver-

teilen. Der Vorschlag des Bundesrates beruht auf einem Kompromiß der Länder, der finanzschwächeren Ländern entgegenkommt. Es handelt sich um eine Frage der Lastenverteilung zwischen den Ländern, bei der der Bundestag dem Votum des Bundesrates folgen kann.

Zu Buchstabe b

Die Ergänzung ist eine Folgeänderung aus dem Vorschlag, in Artikel 30 § 6 einen Absatz 6 einzufügen, mit dem Berlin nach der Vereinigung beider Teile der Stadt von der weiteren Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ freigestellt wird. Infolge der Freistellung Berlins ändert sich die Finanzierungsbeteiligung der Ländergesamtheit nach Artikel 31 Nr. 2 nicht. Die übrigen Länder übernehmen den Anteil Berlins nach dem Maßstab der festgelegten Verteilungsregelung.

4. Zu Artikel 32 (Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes)

Änderung

§ 6 Abs. 2 a ist wie folgt zu fassen:

„(2 a) Der Vervielfältiger nach Absatz 2 wird zur Beteiligung der Gemeinden an den Beträgen, die die Länder gem. § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der Fassung des Artikels 31 des Gesetzes zu dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990 an den Bund leisten, um eine Erhöhungszahl angehoben. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Erhöhungszahl jährlich so festzusetzen, daß das Mehraufkommen der Umlage 50 vom Hundert der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden in Höhe von bundesdurchschnittlich rund 40 vom Hundert der nach Satz 1 zu erbringenden Länderleistungen entspricht. Das auf der Anhebung des Vervielfältigers beruhende Mehraufkommen an Gewerbesteuerumlage steht abweichend von der Verteilung nach Abs. 1 den Ländern zu und bleibt bei der Ermittlung der Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden im Sinne der §§ 7 und 8 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern unberücksichtigt. Die Rechtsverordnung kann nähere Bestimmungen über die Abführung der Umlage treffen. Die Feinabstimmung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden bis zur Höhe ihres jeweiligen Anteils an den Gesamtsteuereinnahmen (einschließlich der Zuweisungen im Rahmen der Steuerverbünde) in den einzelnen Ländern bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten.“

Begründung

Die Einfügungen der Worte „bundesdurchschnittlich rund“ im zweiten Satz und des letzten Satzes entsprechen dem Beschluß Nummer 18 in der Stellungnahme des Bundesrates. Beide Änderungen

präzisieren das von Bund und Ländern politisch Gewollte, die Gemeinden nur bis zur Höhe ihres jeweiligen Steueranteils an den Finanzierungslasten der Länder zum Fonds „Deutsche Einheit“ zu beteiligen.

Die Einfügung der Worte „und bleibt bei der Ermittlung der Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden im Sinne der §§ 7 und 8 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern unberücksichtigt“ im dritten Satz entspricht dem Beschluß Nummer 19 in der Stellungnahme des Bundesrates. Die Änderung stellt klar, daß die im Gesetzentwurf vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage bei der Umsatzsteuerverteilung und dem Finanzausgleich unter den Ländern unberücksichtigt bleibt. Ohne diese Klarstellung würde das länderweise unterschiedliche Mehraufkommen an Gewerbesteuerumlage im System des Länderfinanzausgleichs nivelliert. Mit dem Artikel 32 ist jedoch ausschließlich eine landesinterne Beteiligung der Gemeinden am jeweiligen Länderanteil für den Fonds „Deutsche Einheit“ beabsichtigt.

II. Interpretierende Hinweise

1. Zu Artikel 10 Abs. 4 des Staatsvertrags:

Auch in dem nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichteten kreditwirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland haben öffentlich-rechtliche Banken ihren Platz. Desgleichen führen Kreditinstitute Interventionsgeschäfte in öffentlichem Auftrag durch. Artikel 10 Abs. 4 des Staatsvertrags ist in diesem Sinne zu interpretieren.

2. Zu Anlage IV des Staatsvertrags:

Nach Anlage IV III. Nr. 2 bis 4 zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wird die Deutsche Demokratische Republik das Recht der besonderen Verbrauchssteuern, des Branntweinmonopols und der Besitz- und Verkehrsteuern entsprechend den Gesetzen und Verordnungen der Bundesrepublik Deutschland übernehmen. Bei Erlaß der entsprechenden Rechtsvorschriften kann vom Recht der Bundesrepublik Deutschland im Einvernehmen mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland abgewichen werden, soweit dies sachlich geboten ist.

Der Finanzausschuß ist der Auffassung, daß eine Abweichung von den Gesetzen und Verordnungen der Bundesrepublik Deutschland dann sachlich geboten ist, wenn und soweit

- redaktionelle und formelle Anpassungen erforderlich sind (z. B. gibt es in der Deutschen Demokratischen Republik keine Zollausschlüsse, so daß die Umschreibung des Erhebungsgebietes der Umsatzsteuer der Deutschen Demokratischen Republik von der Umschreibung des Erhebungsgebietes der Umsatzsteuer der Bundesrepublik Deutschland abweicht),

- Abweichungen im außersteuerlichen Recht bestehen, die abweichende Bezugnahmen oder Regelungen erfordern (z. B. ist die Zugewinnsgemeinschaft in der Deutschen Demokratischen Republik nicht gesetzlicher Güterstand, vgl. § 5 ErbStG),

- faktische Zwänge Anpassungen erforderlich machen,

- die Umsetzung gesetzlicher Vorschriften Vereinfachungen bei der Durchführung der Besteuerung erfordert oder

[Dieser Spiegelstrich wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion angenommen. Die SPD-Fraktion hat folgende Ergänzung dieses Spiegelstrichs nach dem Wort „erfordert“ beantragt: „(z. B. Ersatz des bürokratischen und undurchschaubaren Familienlastenausgleichs mit seinem Nebeneinander von steuerlichem Kinderfreibetrag, Kindergeldzuschlag und einkommensabhängigen Kürzungen des Kindergeldes durch ein einheitliches Kindergeld für jedes Kind)“. Diesen Antrag der SPD-Fraktion haben die Koalitionsfraktionen abgelehnt.]

- der Verzicht auf die Erhebung von Steuern in begrenztem Umfang und zeitlich befristet als Maßnahme zur Strukturanpassung im Sinne des Artikels 14 des Entwurfs des Staatsvertrags sinnvoll erscheint.

3. Zu Artikel 9 (Änderung des Umsatzsteuergesetzes)

Die neugefaßte Ermächtigung des § 26 Abs. 4 UStG schafft bis zum 31. März 1991 die Möglichkeit, daß für eine Übergangszeit der Absatz von DDR-Erzeugnissen in der Bundesrepublik Deutschland begünstigt werden kann. Im Hinblick auf die erheblichen Mißbrauchsmöglichkeiten, die damit verbundenen Haushaltsrisiken, die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen und geltendes EG-Recht ist eine Verlängerung der Befristung über den 31. März 1991 hinaus nur vertretbar, wenn auf die von der Deutschen Demokratischen Republik geplante Parallelmaßnahme einer Importsteuer verzichtet wird. Es muß zudem vermieden werden, daß die Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik an die Wirksamkeit dieser ungezielten Maßnahme zu hohe Erwartungen knüpfen.

[Nummer 3 wurde nur mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen.]

4. Zu Artikel 30 (Errichtung eines Fonds „Deutsche Einheit“)

Der Feststellung des Bundesrates zu § 5, daß die Höhe der Länderbeteiligung an den „Kosten der Einheit“ durch das Gesetz über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ abschließend geregelt ist und darüber hinausgehende Risiken vom Bund zu tragen sind, wird grundsätzlich zugestimmt.

Von dieser Risikoverteilung nicht erfaßt werden allerdings solche Kosten, die aufgrund neuer Initiativen der Länder im Zusammenhang mit dem Einigungsprozeß entstehen.

[Nummer 4 wurde nur mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen.]

5. Zu Artikel 31 (Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern)

Den Ländern wird die Finanzierungsbeteiligung am Fonds „Deutsche Einheit“ dadurch erleichtert, daß der Bund einer Festschreibung der Umsatzsteueranteile in Artikel 31 Nr. 1 des Gesetzes (§ 1 Abs. 1 Finanzausgleichsgesetz) für die Jahre 1991 und 1992 zugestimmt hat. Hiermit ist der Bund den Ländern zur Förderung des Einigungsprozesses erheblich entgegengekommen. Dies wird bei künfti-

gen Verhandlungen über Finanzfragen im Bund/Länder-Verhältnis zu berücksichtigen sein.

[Nummer 5 wurde nur mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen.]

6. Zu Artikel 27 des Staatsvertrags

Der Finanzausschuß hält Bürgschaftsprogramme insbesondere für kleine und mittlere Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik zur Betriebsmittelfinanzierung in der Zeit unmittelbar ab Inkrafttreten des Vertrags für unverzichtbar. Falls dies aus Zeitgründen im Rahmen der Treuhandanstalt nicht organisierbar ist, sollte ein entsprechendes Staatsprogramm geschaffen werden.

[Einstimmig angenommen bei einer Gegenstimme aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion.]

Die SPD-Fraktion hat folgenden Entschließungsantrag eingebracht:

„Umstellung der Schulden der Betriebe in der DDR im Zuge der Währungsunion

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine Regelung einzusetzen, die eine weitergehende bis völlige Übernahme der Betriebschulden auf den Staat DDR als den Eigentümer bzw. auf die staatliche Treuhandgesellschaft vorsieht, damit unnötige Betriebschließungen und Arbeitsplatzverluste vermieden werden.

Durch die Betriebschulden, die nicht das Ergebnis betriebswirtschaftlicher Entscheidungen der Vergangenheit sind, sondern auf willkürlichen Zuweisungen der Planungsbehörden beruhen, werden viele Betriebe der DDR in Existenznot geraten, obwohl sie ohne die Schuldenbelastung überlebensfähig wären. Dadurch wird in der DDR vermeidbare Arbeitslosigkeit verursacht, die dann über die höheren Kosten der Arbeitslosigkeit auch für die Bundesrepublik Deutschland vermeidbare Kosten bringt. Am besten wäre sicher eine individuelle Schuldenregelung für jeden einzelnen Betrieb, die dafür sorgt, daß jeder Betrieb nur soviel Schulden hat, wie er mit Zins und Tilgung bei Erhalt seiner Investitionsfähigkeit und Kreditwürdigkeit für die Banken bedienen kann. Da eine solche Einzelfallregelung aber für die vielen tausend Betriebe nicht innerhalb der kurzen Zeit vorgenommen werden kann, die zur Verfügung steht, wird zu einer Pauschalregelung gegriffen werden müssen. Auch die jetzt geplante Umstellung der Betriebschulden zum Kurs 2 : 1 ist eine Pauschalregelung. Sie wird aber dem Problem drohender Arbeitslosigkeit nicht gerecht.

Die vollständige Übertragung der Betriebschulden auf den Staatshaushalt der DDR bzw. die staatliche Treuhandgesellschaft führt auch nicht zu einer höheren Staatsverschuldung. Denn wenn die DDR ihre Betriebe vor der geplanten Privatisierung entschuldet, werden die Veräußerungserlöse entsprechend höher ausfallen. Mit diesen höheren Veräußerungserlösen können dann vom Staat die übernommenen Erlöse getilgt werden. Es entstehen allenfalls Kosten für die Zwischenfinanzierung, weil die Betriebe nicht alle gleich am 1. Juli privatisiert werden können. Diese Kosten sind jedoch wesentlich niedriger als die ansonsten entstehenden Kosten der Arbeitslosigkeit.“

Dieser Antrag wurde von der Mehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

H. Gattermann

Vorsitzender

A 8**Stellungnahme des Haushaltsausschusses**

vom 15. Juni 1990

Betr.: Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksachen 11/7350, 11/7351 –

Sehr verehrte Frau Kollegin,

der Haushaltsausschuß hat in seiner heutigen Sitzung den o. a. Gesetzentwürfen in der Mitberatung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt.

Der Haushaltsausschuß hat in der Einzelberatung die als Anlage beigefügten Anträge in den Ausschußdrucksachen 1430, 1431 und 1435 erörtert und mit dem auf der jeweiligen Vorlage vermerkten Abstimmungsergebnis beschlossen.

Der Haushaltsausschuß hat sich ferner darauf verständigt, den nach § 96 der Geschäftsordnung vorzulegenden Bericht auf der Grundlage der Beschlüsse des federführenden Ausschusses „Deutsche Einheit“ am kommenden Montag, dem 18. Juni 1990, abschließend zu beraten und stellt in Aussicht, die Vereinbarkeit der Gesetzentwürfe mit der Haushaltslage des Bundes dann festzustellen, wenn der federführende Ausschuß „Deutsche Einheit“ keine Änderungen mit weitgehenden haushaltsmäßigen Auswirkungen empfiehlt.

Mit freundlichen Grüßen

Rudi Walther

13. Juni 1990

Ausschuß-Drucksache 1430

Antrag der Haushaltsgruppen CDU/CSU und FDP

Zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Zu Artikel 30 § 5 Abs. 4 (Fonds „Deutsche Einheit“)

Stichwort: Emissionsverfahren nach § 20 Abs. 2 Bundesbankgesetz

Annahme im Haushaltsausschuß bei
Zustimmung der Koalitionsfraktionen
Zustimmung der Fraktion der SPD
Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN

1. *Änderung*

In Artikel 30 ist § 5 Abs. 4 wie folgt zu fassen:

„Die Kreditaufnahme erfolgt durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen nach dem in § 20 Abs. 2 Bundesbankgesetz vorgesehenen Verfahren oder durch Aufnahme von Darlehen gegen Schuldschein.“

2. *Begründung*

Nach der gegenwärtigen Fassung des Gesetzentwurfs ist die Kreditaufnahme des Fonds nicht dem Verfahren gemäß § 20 Abs. 2 Bundesbankgesetz unterworfen. Dieses sieht vor, daß Bund, Bundesbahn, Bundespost, Ausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen Anleihen, Schatzanweisungen und Schatzwechsel in erster Linie durch die Deutsche

Bundesbank begeben sollen; andernfalls hat die Begebung im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank zu erfolgen.

Die Bundesbank hat darum gebeten, für den Fonds „Deutsche Einheit“ eine entsprechende Regelung vorzusehen, um jegliche Rechtsunklarheit zu vermeiden.

Dieser Bitte kann gefolgt werden. Das Verfahren nach § 20 Abs. 2 Bundesbankgesetz hat sich bewährt.

Es dient der Abstimmung der Kapitalmarktpolitik des Bundes und seiner Sondervermögen mit der Geldpolitik der Bundesbank bei der Inanspruchnahme der Finanzmärkte.

Ausschuß-Drucksache 1431**Antrag der Haushaltsgruppen CDU/CSU und FDP****Zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik****Zu Artikel 30 § 5 Abs. 5 (Fonds „Deutsche Einheit“)****Stichwort: Kreditermächtigung für Zwecke der Marktpflege**

Annahme im Haushaltsausschuß bei
Zustimmung der Koalitionsfraktionen
Zustimmung der Fraktion der SPD
Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN

1. Änderung

- a) In Artikel 30 wird in § 5 nach dem Absatz 4 folgender Absatz eingefügt:

„Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zum Ankauf von Schuldtiteln des Fonds im Wege der Marktpflege Kredite bis zu 10 v. H. des Betrages der umlaufenden Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen des Fonds aufzunehmen.“

- b) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden Absätze 6 und 7.

2. Begründung

Es ist erforderlich, daß die Emissionen des Fonds „Deutsche Einheit“ wie die sonstigen Bundesemissionen ausgestattet werden, um die Finanzierungskosten, insbesondere etwaige Renditenaufschläge gegenüber vergleichbaren Bundesemissionen, so gering wie möglich zu halten. Deshalb ist es notwendig, die für Bundesanleihen und Bundesobligationen an den deutschen Börsen durchgeführte Kurspflege auch für entsprechende Emissionen des Fonds „Deutsche Einheit“ vorzusehen. Die dafür erforderlichen Mittel müssen im Wege des Kredits beschafft werden. Dies entspricht der in § 2 Abs. 5 HG 1990 vorgesehenen Regelung.

Ausschuß-Drucksache 1435**Haushaltsgruppe: DIE GRÜNEN 15. Juni 1990****Antrag**

- I. Artikel 30 des Begleitgesetzes wird gestrichen.

Begründung

Der Einrichtung eines Sondervermögens bedarf es nicht, da alle in Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung entstehenden Ausgaben auch mit dem üblichen Haushaltsverfahren bewältigt werden können.

- II. Sollte sich für diesen Antrag keine Mehrheit finden, so wird beantragt, den Aufbau und die Verantwortlichkeiten des Sondervermögens neu zu regeln.

Eine solche Neufassung ist aus mehreren Gründen erforderlich:

1. Das Budgetrecht des Parlaments wird ausgeschaltet. Das Parlament wird in eine Statistenrolle gedrängt.
2. Demgegenüber erhält der Bundesfinanzminister die Rolle eines „Finanzzaren“, der in absolutistischer Manier Höhe und Ausgabenzwecke willkürlich festlegen kann.
3. Die im Grundgesetz fixierte Aufgabenteilung und Beteiligung des Bundesrates wird durch ein „Geheimkabinett“ aus vier Personen ersetzt, über deren Wahl und Kompetenzen das Begleitgesetz keinerlei Bestimmungen enthält (vgl. Artikel 30 § 7).

Um dem Bundestag und dem Bundesrat wenigstens ein Minimum an Mitbestimmung und Kontrolle zu sichern, muß die Konstruktion des Sondervermögens „deutsche Einheit“ grundlegend geändert werden.

Als Vorbild könnte das Sondervermögen „Lastenausgleichfonds“ dienen, das als einziges der bereits bestehenden Sondervermögen mit der Zustimmung des Bundesrates errichtet wurde (vgl. Artikel 120a GG).

Folgende Änderungen im Begleitgesetz zum Staatsvertrag sind notwendig.

- III. 1. In Artikel 30 § 3 wird Satz 5 gestrichen.
2.

§ 3 a

(analog zu § 312 LAG in Verbindung mit § 8 Bundesbahngesetz)

- a) Das Sondervermögen wird von einem Vorstand geleitet. Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden und weiteren Mitglie-

dem. Über die Zahl der Mitglieder beschließt die Bundesregierung. Ein Mitglied hat insbesondere die personellen und sozialen Aufgaben vorzunehmen.

- b) Die Mitglieder des Vorstandes stehen in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis zum Bund. Sie werden vom BMF im Einvernehmen mit dem Kontrollausschuß für eine Amtszeit von längstens 5, mindestens jedoch für 2 Jahre vorgeschlagen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet die Bundesregierung.

§ 3 b**Kontrollausschuß**

(analog zu § 313 LAG)

- a) Bei dem Sondervermögen wird ein Kontrollausschuß von 22 Mitgliedern gebildet. 11 Mitglieder entsendet der Bundestag entsprechend der Mehrheitsverhältnisse der Fraktionen. Je ein Mitglied ernennen die Regierungen der Länder, einschließlich des Landes Berlin.
- b) Für jedes Mitglied des Kontrollausschusses ist zugleich eine StellvertreterIn zu wählen oder zu benennen.
- c) Der Kontrollausschuß wählt aus den vom Bundestag entsandten Mitgliedern eine Vorsitzende und eine StellvertreterIn. Er gibt sich eine Geschäftsordnung. Beschlüsse des Kontrollausschusses ergehen mit Stimmenmehrheit. Der Kontrollausschuß kann Arbeitsausschüsse einsetzen und ihm zustehende Befugnisse diesen übertragen.
- d) Die Bundesregierung kann Vertreter in den Kontrollausschuß entsenden, die an den Beratungen ohne Stimmrecht teilnehmen.

§ 3 c**Richtlinien der Bundesregierung**

(analog zu § 318 LAG)

Die Bundesregierung erläßt nach Anhörung des Vorstandes und mit Zustimmung des Bundesrates Richtlinien für die Verwaltung und für die Verwendung der Mittel des Sondervermögens.

§ 3 d**Aufgaben des Vorstandes**
(analog zu § 319 LAG)

- a) Der Vorstand verwaltet das Sondervermögen und verfügt über die Verwendung der Mittel.
- b) Der Vorstand ist verpflichtet dem Kontrollausschuß Auskunft über die Verwaltung, den Stand und die Verwendung der Mittel zu erteilen; er ist insbesondere verpflichtet, dem Kontrollausschuß jeweils für das bevorstehende Rechnungsjahr oder für Abschnitte eines solchen Rechnungsjahres einen Wirtschafts- und Finanzplan vorzulegen.

§ 3 e**Aufgaben des Kontrollausschusses**
(analog zu § 320 LAG)

- a) Der Kontrollausschuß überwacht die Verwaltung des Sondervermögens.
- b) Verfügungen des Vorstandes über die Verwendung von Mitteln des Sondervermö-

gens bedürfen der Zustimmung des Kontrollausschusses. Versagt der Kontrollausschuß einer vom Vorstand beabsichtigten Maßnahme die Zustimmung, so kann diese Maßnahme nur durchgeführt werden, wenn die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die Durchführung der Maßnahme anordnet.

Zu Ausschuß-Drucksache 1435:

- a) Ablehnung von Punkt I. des Antrags bei
 - Ablehnung der Koalitionsfraktionen,
 - Ablehnung der Fraktion der SPD,
 - Zustimmung der Fraktion DIE GRÜNEN
- b) Ablehnung von Punkt II. des Antrags bei
 - Ablehnung der Koalitionsfraktionen,
 - Zustimmung der Fraktion der SPD bei drei Enthaltungen,
 - Zustimmung der Fraktion DIE GRÜNEN

A 9**Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft**

vom 15. Juni 1990

zum

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksache 11/7171 —

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksache 11/7350 —

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksache 11/7350 —

hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung
— Drucksache 11/7351 —

Der Ausschuß für Wirtschaft schlägt dem federführenden Ausschuß Deutsche Einheit einstimmig in Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN vor, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Gesetzentwurfs — Drucksachen 11/7171, 11/7350, 11/7351 — in der Fassung der Stellungnahme des Bundesrates, soweit dieser die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zugestimmt hat, zu empfehlen.

Der Ausschuß hat den beiliegenden Antrag der Fraktion der SPD mit Mehrheit, nämlich den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, gegen die Stimmen der Mitglieder der antragstellenden Fraktion bei Abwesenheit von Mitgliedern der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dr. Unland

Vorsitzender

Anlage

14. Juni 1990

SPD-Bundestagsfraktion**Antrag der SPD****im Ausschuß für Wirtschaft des Deutschen Bundestages zum Staatsvertrag
Bundesrepublik Deutschland/DDR**

Der Ausschuß möge beschließen:

1.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der deutschen Vereinigung hängen wesentlich davon ab, wie die schwierige Übergangsphase von der alten Kommandowirtschaft in die soziale und ökologisch orientierte Marktwirtschaft bewältigt wird. Denn mit der Wirtschafts- und Währungsunion werden die Betriebe in der DDR ohne Übergang der harten Konkurrenz effizient arbeitender westlicher Betriebe ausgesetzt. In vielen Fällen wird sich herausstellen, daß ihre Produkte weder in preislicher noch in qualitativer Hinsicht wettbewerbsfähig sind. Die meisten der DDR-Betriebe werden kurzfristig Liquiditätsprobleme bei der Bezahlung von Löhnen und Gehältern, von Bezügen von Vorprodukten und von Zinsen bekommen. Darüber hinaus müssen sie sehr rasch ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit für ihre bisherigen Produkte steigern oder neue wettbewerbsfähige Produktlinien entwickeln. Anderenfalls werden sie vollständig vom Markt verdrängt.

Der Umbau der DDR zu einem tauglicheren Investitionsstandort für Produktionsbetriebe hätte seit Dezember 1989 intensiver vorangetrieben werden müssen. Die Bundesregierung hat ein halbes Jahr ungenutzt verstreichen lassen, statt schnell und nachhaltig die Modernisierung des Eisenbahn-, Straßen- und Telefonnetzes sowie die Qualifizierung der Arbeitskräfte vorzubereiten und zu leisten. Dies hätte auch als Signal für die übersiedelnden Bürgerinnen und Bürger gewirkt, daß es lohnt, in der DDR zu bleiben. Marktwirtschaft funktioniert nur bei ausreichender wirtschaftsnaher Infrastruktur und entsprechend ausgebildeten Fähigkeiten der Arbeitskräfte.

Bei der Bewältigung des bevorstehenden Anpassungsschocks brauchen die Betriebe der DDR die wirksame Unterstützung auch der Bundesregierung und der Regierung der DDR. Beide sind gefordert, heute die Weichen zu stellen, damit die schwierige Übergangsphase schnell überwunden, Massenarbeitslosigkeit vermieden, die erforderliche Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft sozial- und umweltverträglich vollzogen und die mittelfristigen wirtschaftlichen Chancen der Vereinigung Deutschlands verwirklicht werden können. Wirtschafts- und sozialpoli-

tische Versäumnisse zu Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion führen schon in kurzer Zeit zu hohen ökonomischen und politischen Belastungen in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik. Heute Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden und Beschäftigung in der DDR zu finanzieren, wird in jeder Hinsicht billiger, als in Zukunft Arbeitslosigkeit zu alimentieren.

Bundesregierung und Regierung der DDR tragen hier eine große Verantwortung.

Eine Verzögerung der Wirtschafts- und Währungsunion ist jetzt nicht mehr möglich. Sie würde zu einer weiteren Verunsicherung der Menschen in der DDR führen und ein unbeherrschbares Chaos in der DDR mit schwerwiegenden Folgen auch für die Bundesrepublik heraufbeschwören.

Das Staatsvertragswerk sieht eine grundlegende Änderung der Rahmendaten für die DDR vor. Die Reaktionen von Investoren, Konsumenten und Arbeitnehmern sind bei derartigen geschichtlich einmaligen Änderungen der Grundlagen des Wirtschaftens nicht mit hinreichender Sicherheit einzuschätzen. Die dem Vertragswerk zugrunde gelegten gesamt- und einzelwirtschaftlichen Daten sind weitgehend geschätzt und daher höchst unsicher. Bundesregierung und Regierung der DDR haben der vereinbarten Anschubfinanzierung für die Arbeitslosenversicherung unterstellt, daß die Zahl der Arbeitslosen bzw. Unterbeschäftigten in der DDR Mitte 1990 bei 100 000, im Durchschnitt des 2. Halbjahres 1990 bei 431 000 (= 5 % der Erwerbspersonen) und im Durchschnitt des Jahres 1991 bei 861 000 (= 10 % der Erwerbspersonen) liegt. Diese Erwartung ist bereits durch die tatsächlichen Arbeitslosenzahlen für den Mai 1990 überholt. Auch der Finanzierungsrahmen für Hilfen zur Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft orientiert sich an diesen Annahmen. Auch unter Berücksichtigung der Unzulänglichkeiten der verfügbaren Datenbasis erscheinen diese Annahmen ausgesprochen optimistisch. So geht selbst der Wirtschaftsminister der DDR davon aus, daß lediglich 30 % der DDR-Betriebe nach Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion ausreichend wettbewerbsfähig sind. Bei 40 % der DDR-Betriebe erwartet er erhebliche Wettbewerbs- und Beschäftigungsprobleme, hält sie aber mit entsprechenden Hilfen grundsätzlich für überlebensfähig. 30 % der DDR-Betriebe sind nach seiner Einschätzung

nicht sanierungsfähig und müssen kurzfristig ihren Betrieb einstellen.

Bundesregierung und Regierung der DDR haben in den letzten Wochen in großer Eile eine Reihe von Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft vereinbart. Sie sind damit den nachdrücklichen Forderungen der SPD, aber auch vieler Wirtschaftsexperten, nachgekommen. In den Gesprächen zwischen der Bundesregierung und der SPD sind die vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz und zur Umstrukturierung der Betriebe in der DDR laufend ergänzt und verbessert worden. Gleichwohl ist zu befürchten, daß die bisher getroffenen Vorkehrungen gegen kurzfristige Betriebszusammenbrüche und Massenarbeitslosigkeit immer noch lückenhaft und nicht ausreichend sind. Die Wirksamkeit der vereinbarten Maßnahmen erscheint zumindest ungewiß.

2.

Der Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, folgende Gesichtspunkte mit besonderem Nachdruck zu verfolgen:

2.1

Für eine ausreichende Übergangszeit bedarf die DDR-Wirtschaft partiell eines wirksamen Schutzes vor Importen westlicher Konsumgüter. Die Wirksamkeit der von der DDR-Regierung in Absprache mit der Bundesregierung geplanten Sondersteuer auf westliche Konsumgüter ist laufend zu überprüfen.

2.2

In der DDR muß eine aktive Arbeitsmarktpolitik, d. h. Maßnahmen der Qualifizierung, der Umschulung und der Arbeitsbeschaffung, eindeutig Vorrang vor reinen Unterhaltszahlungen an Arbeitslose erhalten. Die vorhandenen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere das Kurzarbeitergeld, sind so weiterzuentwickeln und einzusetzen, daß die Arbeitnehmer in ihren bisherigen Betrieben für neue, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze qualifiziert werden können. Die Finanzierung solcher Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften muß sichergestellt werden.

2.3

Alle Betriebe, die eine Überlebenschance besitzen, müssen von den ihnen in der Kommandowirtschaft aufgezwungenen Betriebsschulden frühzeitig entlastet werden, damit sie nicht wegen Überschuldung in ihrer Eröffnungsbilanz oder wegen Liquiditätsgenüssen auf Grund hoher Zinszahlungen ihren Betrieb einstellen müssen.

2.4

Zur Beschäftigungsstabilisierung, zur Umstrukturierung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sind gezielte Hilfen erforderlich, die nicht hinter denjenigen Hilfen zurückbleiben dürfen, die seit langem im Rahmen der bundesdeutschen Berlin- und Zonenrandförderung gewährt werden.

2.5

Existenzgründungen, Investitionen, Beratung und Information von kleinen und mittleren Unternehmen und Freien Berufen sowie Technologietransfer und Aus- und Weiterbildung sind verstärkt zu fördern. Für kleine und mittlere Unternehmen, bei denen ein hohes Potential für neue Arbeitsplätze vorhanden ist, müssen deutliche Präferenzvorsprünge vorgesehen werden.

2.6

Die bestehenden Liefer- und Abnahmeverpflichtungen der DDR-Wirtschaft gegenüber den übrigen RGW-Staaten sind wirksam abzusichern. Dies ist nicht nur zur Sicherung der Beschäftigung in der DDR, sondern auch für die Stabilisierung der Wirtschaft in den übrigen RWG-Staaten erforderlich. Hierfür muß u. a. eine befriedigende Regelung für den Umtausch der aus dem Export in RGW-Staaten erzielten Transfer-Rubel in D-Mark gefunden werden. Der zukünftige Handel mit den übrigen RGW-Staaten, der ab dem 1. Januar 1991 unter Weltmarktbedingungen und in konvertierbaren Währungen erfolgen soll, ist aktiv zu fördern und weiterzuentwickeln.

2.7

Die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur in der DDR ist nachhaltig zu steigern. Dies gilt sowohl für die wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur als auch für die allgemeine Infrastruktur. Dem zügigen Ausbau des Schienennetzes und der Telekommunikation ist dabei besonderes Gewicht beizumessen.

2.8

Durch Sanierung und Neubau von Wohnungen können kurzfristig die Beschäftigung in der DDR stabilisiert, die dortigen Lebensverhältnisse spürbar verbessert und zugleich Heizenergie gespart werden. Angesichts des hohen Bedarfs und der niedrigen Einkommen in der DDR sind hierfür öffentliche Hilfen an private Haushalte einzuführen.

2.9

Der wirtschaftliche Wiederaufbau der DDR hängt entscheidend davon ab, in welchem Ausmaß und in welcher Geschwindigkeit privates Kapital in arbeitsplatz-

schaffende Investitionen in der DDR fließt. Schädlich für einen raschen Wiederaufbau wäre, wenn statt dessen privates Kapital in Spekulationsobjekten gebunden würde. Deshalb sind wirksame Sicherungen zu schaffen, die verhindern, daß westliche Investoren Grund und Boden aus Spekulationsgründen und nicht für arbeitsplatzschaffende Investitionen erwerben.

2.10

Sichergestellt werden muß ein hohes Verbraucherschutzniveau durch rasche Übernahme aller grundlegenden verbraucherrelevanten Gesetze. Zu gewährleisten ist eine umfassende Beratung der DDR-Bevölkerung. Die bestehenden Verbraucherberatungsstellen in der DDR müssen gesichert und ausgebaut werden. Beschäftigungs- und Qualifikationspotentiale in

bestehenden verbrauchernahen Institutionen sind hierbei zu nutzen und ggf. im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zu stärken.

2.11

Angesichts der bestehenden Ungewißheiten über die künftige Entwicklung der DDR-Wirtschaft sowie über die Wirksamkeit der vorgesehenen Anpassungshilfen müssen ausreichend Vorkehrungen getroffen werden, die ein unverzügliches Handeln ermöglichen, wenn die bei Abschluß des Staatsvertrages erwartete stetige Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Bevölkerung in der DDR sich verzögert oder nicht in dem erwarteten Umfang eintritt.

A 10**Stellungnahme des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

vom 15. Juni 1990

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

– Drucksache 11/7350 –

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes . . . (s. oben)

hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

– Drucksache 11/7351 –

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat in seiner heutigen Sitzung den Artikel 15 im Kapitel III („Bestimmungen über die Wirtschaftsunion“) des o. a. Gesetzentwurfs beraten und mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN – zugestimmt.

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 11/7351 wurde zur Kenntnis genommen.

Rudi Müller (Schweinfurt)

Vorsitzender

Stellungnahme des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 15. Juni 1990

(83. Sitzung)

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

– Drucksache 11/7171 –

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den o. a. Gesetzentwurf in seiner heutigen Sitzung einstimmig für erledigt erklärt.

Rudi Müller (Schweinfurt)

Vorsitzender

A 11

Bonn, den 15. Juni 1990

Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksachen 11/7171, 11/7350, 11/7351 –

I.

1. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfiehlt – soweit seine Zuständigkeit berührt ist – mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN die Annahme des Gesetzentwurfs mit der Maßgabe folgender Änderung:

In Artikel 26 des Gesetzentwurfs (Änderung des Bundesvertriebenengesetzes)

wird Nummer 1 Buchstabe a bb wie folgt gefaßt:

„bb) Nummer 2 Buchstabe a und b wird wie folgt gefaßt:

„a) Ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost),

b) ein Vertriebener im Sinne des § 1 in den in § 1 Abs. 2 Nr. 3 genannten Gebieten“

Begründung

Die Neufassung verdeutlicht, daß Zeiten, in denen ein Übersiedler oder ein Aussiedler im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes aus politischen Gründen gehindert worden ist, eine Beschäftigung auszuüben, einer beitragspflichtigen Beschäftigung nach dem AFG gleichstehen und damit Leistungsansprüche nach diesem Gesetz begründen können.

Der vorstehende von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachte Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD angenommen.

2. Die als Anlage 1 beigefügten Änderungsanträge der Fraktion der SPD (A-Drucksache 1566) wurden abgelehnt. Dabei ergab sich folgendes Abstimmungsverhalten:

Den Anträgen zu Artikel 21, 22, 23 und 25 des Gesetzentwurfs stimmten die Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN zu, die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP lehnten sie ab.

Den Antrag, einen Artikel 25 a einzufügen, lehnten die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD ab.

Den Entschließungsantrag lehnten die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN ab.

3. Die als Anlage 2 beigefügten Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN (A-Drucksache 1592) wurden mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

II.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig folgende Stellungnahme beschlossen:

Zu Artikel 21 des Gesetzentwurfs

Der Ausschuß geht davon aus, daß die Regelung des Artikels 21 § 1 Abs. 3 so auszulegen ist, daß die Befreiung erst ab Eingang des Antrags wirkt, wenn in der gesetzlichen Krankenversicherung nach Beginn der Versicherungspflicht Leistungen in Anspruch genommen worden sind.

III.

Im Rahmen seiner Zustimmung zu Artikel 1 des Gesetzentwurfs hat der Ausschuß bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN zu Artikel 20 des Staatsvertrages einstimmig folgende Stellungnahme beschlossen:

Der Ausschuß geht davon aus, daß der Text in Artikel 20 Abs. 4 des Staatsvertrags so auszulegen ist, daß die Anpassung der Renten in der DDR an die Entwicklung der Nettolöhne auch in einem unterjährigem Turnus erfolgen kann.

Jürgen Egert

ANLAGE 1

**Antrag
der Mitglieder der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksache 11/7171 —**

Artikel 21 § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Organisatorische Hilfestellung
für Versicherungsträger
in der Deutschen Demokratischen Republik

Abweichend von § 30 Abs. 1 SGB IV können Versicherungsträger und ihre Verbände die Sozialversicherung der Deutschen Demokratischen Republik bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben unterstützen und dabei eigene Mittel einsetzen, wenn die Aufsichtsbehörde zustimmt. Sie hat die Zustimmung zu verweigern, wenn die Unterstützung und die dazu aufgewandten Mittel zugleich für die Vorbereitung der Aufnahme einer Tätigkeit der Versicherungsträger oder ihrer Verbände im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik dienen können.“

Begründung

Die Versicherungsträger der Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbände sind nach § 30 SGB IV nicht berechtigt, ihren Geschäftsbereich in die Deutsche Demokratische Republik auszudehnen, Vorkehrungen hierzu zu treffen oder neue Versicherungsträger neben den dort bestehenden Sozialversicherungsträgern aufzubauen. Dabei soll es bleiben. Allerdings soll es gestattet werden, den Sozialversicherungsträgern der Deutschen Demokratischen Republik organisatorische Hilfe für die Erfüllung von deren Aufgaben zu leisten. Weitergehende Aktivitäten sollen auch in Zukunft nicht zulässig sein, weil dies einem Fehleinsatz von Beitragsmitteln der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland gleichkäme.

**Antrag
der Mitglieder der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –**

zu Artikel 22 (Gesetzliche Rentenversicherung)

1. zu § 1

In Absatz 1 und in Absatz 2 werden jeweils die Worte „bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost)“ gestrichen.

Begründung

Das Fremdrentengesetz soll nicht nur für Übersiedler aus der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch für Aussiedler aus den anderen sogenannten „Vertreibungsgebieten“ aufgehoben werden (für alle Fälle der Wohnsitznahme in der Bundesrepublik Deutschland nach dem 18. Mai 1990). Andernfalls würden Deutsche aus der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Deutschen aus anderen osteuropäischen Ländern ungerecht-

fertigt bevorzugt. Zudem kann nach den politischen Veränderungen in diesen Ländern nicht mehr von „Vertreibungsdruck“ die Rede sein.

2. zu § 2

Absatz 1 Sätze 1 und 2 werden durch folgenden Satz ersetzt:

„Für die Erfüllung von Anspruchs- und Anrechnungsvoraussetzungen sowie von Voraussetzungen bei der besonderen Bewertung von Zeiten werden außer Zeiten nach Bundesrecht auch Zeiten, die bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) zurückgelegt sind, in folgendem Umfang berücksichtigt:“

Begründung

Redaktionelle Folgeänderung zur Änderung von § 1

**Antrag
der Mitglieder der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –**

zu Artikel 23 (Gesetzliche Unfallversicherung)

zu § 1

In Absatz 1 und Absatz 2 werden jeweils die Worte „im Zuständigkeitsbereich eines Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost)“ gestrichen.

Begründung

Wie im Bereich der Rentenversicherung soll auch für die gesetzliche Unfallversicherung das Fremdrentengesetz nicht nur für Übersiedler aus der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch für Aussiedler aus osteuropäischen Ländern aufgehoben werden (jeweils für Fälle der Wohnsitznahme in der Bundesrepublik Deutschland ab 18. Mai 1990). Damit soll Ungleichbehandlung von Deutschen je nach Herkunftsgebiet vermieden und außerdem der Tatsache Rechnung getragen werden, daß von „Vertreibungsdruck“ nicht mehr gesprochen werden kann.

**Antrag
der Mitglieder der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksache 11/7171 —**

zu Artikel 25 (Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes)

Artikel 25 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 3 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„Die Sätze 2 bis 4 werden gestrichen, nach Satz 1 werden folgende Sätze angefügt: „Die Leistungssätze der Arbeitslosenhilfe sind anzuwenden. Die Vorschriften des zweiten Unterabschnitts des vierten Abschnitts gelten entsprechend.“

2. Es wird folgende Nummer 9a eingefügt:

In § 193 Satz 1 werden nach dem Wort „Arbeitslosenhilfe“ die Worte „und des Eingliederungsgeldes“ eingefügt.

Begründung

zu Nummer 1

Die Änderung ist notwendig, um zu vermeiden, daß Aussiedler in Zukunft bessergestellt sind als Übersiedler.

zu Nummer 2

Die von den Aussiedlern verursachten Kosten zu tragen, ist eine gesamtgesellschaftliche Ausgabe, diese Kosten hat deshalb der Bund zu übernehmen.

**Antrag
der Mitglieder der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksache 11/7171 —**

zu Artikel 25 a (Sozialhilfe)

Nach Artikel 25 wird folgender Artikel 25a eingefügt:

„Artikel 25 a

Kostenerstattung für Sozialhilfeleistungen

Der Bund erstattet dem Träger der Sozialhilfe die Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt für Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) und für Aussiedler im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes, die

1. das 65. Lebensjahr vollendet haben,
2. berufs- oder erwerbsunfähig im Sinne der Bestimmungen der gesetzlichen Rentenversicherung sind

3. oder arbeitslos sind und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen,

wenn sie am 18. Mai 1990 ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes hatten und weder eine Rente von einem Rentenversicherungsträger der Bundesrepublik Deutschland noch Geldleistungen der Bundesanstalt für Arbeit erhalten. Satz 1 gilt nicht, wenn am 18. Mai 1990 ein gewöhnlicher Aufenthalt im Ausland vorlag und unmittelbar vor Beginn des Auslandsaufenthaltes ein gewöhnlicher Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes vorhanden war.

Begründung

Der Wegfall der bisherigen Leistungen nach dem Fremdretenengesetz und des Eingliederungsgeldes für Aus- und Übersiedler, die nach dem Stichtag 18. Mai 1990 ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik nehmen

bzw. bereits genommen haben, belastet die Sozialhilfe. Die Folgekosten der politischen Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik und Osteu-

ropa zu übernehmen, kann jedoch nicht Aufgabe der Gemeinden sein. Daher bedarf es in diesen Fällen einer Kostenerstattung durch den Bund.

**Entschließungsantrag
der Mitglieder der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, so schnell wie möglich mit der Regierung der Republik Polen eine Änderung des deutsch-polnischen Sozialversicherungsabkommens auszuhandeln. Mit den Regierungen der Sowjetunion, Ungarns, Rumäniens und der CSFR sind Verhandlungen zum Abschluß von Sozialversicherungsabkommen zu beginnen.

Ziel der Verhandlungen muß es sein, im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den genannten Ländern den wechselseitigen Export von Renten und die gegenseitige Anerkennung von Versicherungszeiten bei den Anspruchsvoraussetzungen für die Zahlungen von Renten zu vereinbaren.

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN**zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksache 11/7171 —**

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung möge beschließen (Automatische Anpassung der Sozialleistungen an die Preisentwicklung):

Der Staatsvertrag in seiner jetzigen Fassung wird abgelehnt. Der Ausschuß fordert die Bundesregierung auf, in Neuverhandlungen mit der DDR-Regierung einzutreten mit dem Ziel, folgende weitergehende Regelungen zu vereinbaren:

Im ersten Jahr nach Einführung der Währungsunion werden sämtliche sozialen Leistungen automatisch an die Preisentwicklung angepaßt, sobald eine Preissteigerung von mehr als 5% eintritt.

Begründung

Da im ersten Jahr nach der Währungsumstellung außergewöhnliche Steigerungen der Lebenshaltungskosten zu befürchten sind, muß ein vorübergehender Anpassungsmodus praktiziert werden, der garantiert, daß die Sozialleistungen mit der Preisentwicklung Schritt halten. Der erwerbstätige Teil der Bevölkerung kann in einer solchen Situation mit Lohnforderungen und Arbeitskämpfmaßnahmen reagieren. Diese Möglichkeit haben die EmpfängerInnen sozialer Leistungen nicht; ihre Interessen müssen darum auf anderem Wege gesichert werden.

Sollte eine Preisexplosion nicht eintreten, wird der Anpassungsautomatismus nicht in Anspruch genommen. In diesem Fall wird er sich als eine im nachhinein nicht erforderliche Rückversicherung herausstellen. Im anderen Fall sorgt er jedoch dafür, daß massenhafte Armut verhindert wird.

In der Annahme, daß die Preisbewegung sich bis dahin beruhigt hat, bleibt der Mechanismus vorerst auf ein Jahr beschränkt.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung möge beschließen (**Grundsicherung**):

Der Staatsvertrag in seiner jetzigen Fassung wird abgelehnt. Der Ausschuß fordert die Bundesregierung auf, in Neuverhandlungen mit der DDR-Regierung einzutreten mit dem Ziel, folgende weitergehende Regelungen zu vereinbaren:

1. In der DDR strukturell gewährte soziale Mindestsicherungen für RentnerInnen, Erwerbslose und Behinderte werden auf Dauer beibehalten und im Zuge der Vereinigung auf ganz Deutschland ausgedehnt.

2. Die Generationensubsidarität zwischen Erwachsenen wird abgeschafft.

Begründung

Bei der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands soll ein besseres Ganzes entstehen. Trotz vieler Hoffnungen auf eine bessere Zukunft wächst in der DDR gleichzeitig die soziale Verunsicherung und treten Ängste vor Verarmung auf. Neben der großen Gruppe der künftigen Erwerbslosen fürchten gerade alte und behinderte Menschen, zu den Verlierern der Vereinigung zu gehören.

Aufgrund der anderen Struktur des Sozialsystems existierten in der DDR bisher bestimmte soziale Mindestsicherungen. Schwerstbehinderte erhielten eine „Invalidenrente“, Rentnerinnen und Rentner nach Erwerbsjahren und Kinderzahl abgestufte Mindestrenten. Wenn auch die geleisteten Beträge sehr niedrig waren und nur einen äußerst bescheidenen Lebensstandard ermöglichten, war niemand auf Sozialhilfe angewiesen.

In Höhe eines Einheitsbetrages von 495 DM wird nunmehr eine Mindestsicherung vorübergehend beibehalten und auch Erwerbslosen gewährt. Diese Mindestsicherung wird jedoch nicht dynamisiert, d. h. nicht automatisch an die Entwicklung der Erwerbseinkommen angepaßt, sondern soll auf Dauer in das aufzubauende System einer Sozialhilfe nach bundesdeutschem Muster überführt werden. Diejenigen, die mit dem Übergang zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eine Mindestsicherung erhalten, stellen damit den Kreis der künftigen SozialhilfeempfängerInnen.

Der vorübergehende Charakter der Regelung zeigt, daß sie lediglich dazu dienen soll, den zu befürchtenden sozialen Protest aufzufangen, indem die betroffenen Personen nicht auf einmal, sondern schubweise in die Sozialhilfe überführt werden. Statt das drohende Armutsproblem zu lösen, wird es kaschiert.

Auf diese Weise werden die heutige Altersarmut und die entwürdigende Sozialamtsabhängigkeit von der Bundesrepublik Deutschland in die DDR übertragen. Gleichzeitig kommt die Subsidiaritätsregelung des Sozialhilfegesetzes zum Tragen, aufgrund derer erwachsene Kinder für ihre Eltern und betagte Eltern für ihre erwerbslosen erwachsenen Kinder in Anspruch genommen werden. Mindestens eine Viertelmillion alter Menschen, meistens Frauen, nehmen die ihnen zustehende Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland nicht in Anspruch, weil sie fürchten, daß

die familiären Beziehungen durch den Rückgriff des Sozialamts auf ihre Kinder in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie hungern lieber, als aufs Sozialamt zu gehen. Ähnliches steht jetzt auch in der DDR zu befürchten, wahrscheinlich noch in größerem Maßstab, weil hier Hunderttausende von Menschen zum ersten Mal in ihrem Leben in Abhängigkeit vom Sozialamt geraten.

Eine solche Entwicklung kann nicht Sinn der Einheit sein. Darum ist die Sozialunion so zu gestalten, daß die strukturell vorhandenen sozialen Sicherungsleistungen der DDR nicht als Auslaufmodell behandelt, sondern auf Dauer beibehalten werden. Mit der Herstellung der Einheit sind diese Leistungen darüber hinaus auf ganz Deutschland zu übertragen. Nur so ist sicherzustellen, daß die Einheit nicht von der Ausbreitung sozialer Ängste begleitet wird.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung möge beschließen (Versicherungspflicht und Organisationsstruktur der Rentenversicherung):

Der Staatsvertrag in seiner jetzigen Fassung wird abgelehnt. Der Ausschuß fordert die Bundesregierung auf, in Neuverhandlungen mit der DDR-Regierung einzutreten mit dem Ziel, folgende weitergehende Regelungen zu vereinbaren:

1. Die allgemeine Versicherungspflicht in der DDR wird beibehalten und im Zuge der Vereinigung auf ganz Deutschland ausgedehnt.
2. Die Rentenversicherung in der DDR erhält einen einheitlichen, regional bzw. dezentral organisierten Rentenversicherungsträger, der im Zuge der Vereinigung in ganz Deutschland eingerichtet wird, unter Zusammenfassung der bisher in der Bundesrepublik Deutschland getrennten Zweige der Arbeiter-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung.

Begründung

Zu 1.

Nur durch die Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in die gesetzliche Rentenversicherung ist zu gewährleisten, daß die Anforderungen an die Alterssicherung gemeinsam und solidarisch getragen werden und der Generationenvertrag gewahrt wird. In der DDR existiert eine allgemeine Versicherungspflicht bereits. Indem z. B. Selbständige daraus ausscheiden und berufsständische Versorgungswerke aufbauen können, verringert sich die Zahl der BeitragszahlerInnen zur gesetzlichen Rentenversicherung. Bei der Finanzierung der laufenden Renten entstehen Lücken; die Solidargemeinschaft wird geschwächt. Angesichts der unsicheren Finanzsituation in der Anfangsphase des Neuaufbaus einer eigenständigen Rentenversicherung in der DDR ist dies besonders unzumutbar. Statt dessen ist es angebracht, die allgemeine Versicherungspflicht beizubehalten und mit der Vereinigung auf ganz Deutschland auszudehnen.

Zu 2.

Die versicherungsrechtliche Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten ist ebenso wie die darauf beruhende Existenz eigener Versicherungsträger für Arbeiter und Angestellte – daneben noch für Knappschaftsangehörige – überholt und trägt zunehmend künstlichen Charakter. Die Aufrechterhaltung verschiedener Träger für die gesetzliche Rentenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland verursacht überflüssige Kosten; durch den Zuwachs der zentralisierten Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bei gleichzeitigem Bedeutungsrückgang der regionalen Landesversicherungsanstalten für Arbeiter wird außerdem das föderale Prinzip verletzt.

Eine Organisationsreform in der Bundesrepublik Deutschland ist darum überfällig. In dieser Situation ist es geradezu abwegig, der Rentenversicherung der DDR eine Organisationsstruktur zu geben, von der bereits jetzt feststeht, daß sie überholt ist und in wenigen Jahren reformiert werden muß. In einer Situation, die durch den Neuaufbau bereits schwer genug zu bewältigen ist, werden damit zusätzliche Kräfte gebunden und völlig überflüssige Mehrkosten verursacht. Statt dessen ist die Gelegenheit zu nutzen, um einen einheitlichen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung aufzubauen, zunächst in der DDR und im Zuge der Einheit in ganz Deutschland.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung möge beschließen (Arbeitsförderung):

Der Staatsvertrag in seiner jetzigen Fassung wird abgelehnt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Neuverhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aufzunehmen, mit dem Ziel, folgende Regelung zu vereinbaren:

1. Die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik – Fortbildung, Umschulung, Weiterbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – werden in voller Höhe SEPERAT über einen Bundeszuschuß finanziert.
2. Das Arbeitsförderungsgesetz wird im Geltungsbereich der DDR wie folgt modifiziert:

Unter Umgehung der im Arbeitsförderungsgesetz festgeschriebenen Förderungsvoraussetzungen erhalten die sog. Problemgruppen am Arbeitsmarkt in der DDR das Recht auf die Teilnahme an Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (siehe 1.) bei Zahlung von Unterhaltsgeld bzw. unter Anwendung der 100-Prozent-Förderung von AB-Maßnahmen.
3. Das Förderungskriterium der GEMEINNÜTZIGKEIT bei AB-Maßnahmen wird durch das der ökologischen und sozialen Sinnhaftigkeit ersetzt.

Begründung

Die spezifischen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt der DDR unterscheiden sich – sowohl qualitativ als auch quantitativ – so grundsätzlich von den arbeits-

marktpolitischen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland, daß die nahtlose Übertragung bundesrepublikanischer Gesetze und Instrumente auf die DDR nicht problemadäquat wäre.

Neben dem AFG sind zusätzliche Regelungen zu vereinbaren, die die Besonderheiten des wirtschaftlichen Umbauprozesses berücksichtigen.

Zu 1.

Nur eine separate Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik gewährleistet eine problemangemessene Finanzierung und den daraus resultierenden effektiven Einsatz der Instrumente der Arbeitsförderung.

Bei der vorgesehenen GLOBALfinanzierung würde hingegen eine kontraproduktive Konkurrenz von Arbeitslosenversicherung und ArbeitsFÖRDERUNG initiiert – auf Kosten der notwendigen Arbeitsförderung, auf die ja – im Gegensatz zur Arbeitslosenversicherung – kein Rechtsanspruch besteht.

Zu 2.

Der wirtschaftliche Umstellungsprozeß in der DDR und die daraus resultierende Massenerwerbslosigkeit ist nicht nur intra-ökonomische Notwendigkeit, sondern auch KONDITIO SINE QUA NON des Vereinigungsprozesses.

Die Verhinderung von Erwerbslosigkeit über Arbeitsförderung ist deshalb nicht nur Arbeitsmarktpolitik im klassischen Sinne, sondern auch konkrete Hilfe bei der Bewältigung von Anpassungsproblemen, die bei der Vereinigung beider deutscher Staaten auftreten müssen. Insofern und vor dem Hintergrund der Bundesfinanzierung (siehe 1.) erscheint es legitim, die Förderungsvoraussetzungen – zumindest für die Zeit des Anpassungsprozesses und für bestimmte Problemgruppen – nicht so restriktiv zu handhaben, wie dies u. U. bei Arbeitsförderungsmaßnahmen angebracht ist, die von der Solidar-Gemeinschaft der Beitragszahler finanziert werden.

Zu 3.

Angesichts des ohnehin überproportionalen Beschäftigungsanteils des öffentlichen Dienstes (8 Millionen) in der DDR, auf den sich hauptsächlich der Gemeinnützigkeitsaspekt anwenden ließe, kommt er als zusätzlicher Beschäftigungsfaktor kaum in Frage.

In der besonderen Situation ist es daher akzeptabel, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch im privatwirtschaftlichen Bereich zu fördern, wenn dort ökologisch relevante und sozial sinnvolle Tätigkeiten ausgeübt werden, die Maßnahmeträger nicht mehr als 20 ArbeitnehmerInnen beschäftigen und nicht mehr als 40 Prozent westdeutsche Kapitalbeteiligung aufweisen.

Die Maßnahme führt nicht nur zu arbeitsmarktpolitischen Entlastungseffekten. Sie ist auch ein wichtiger

Beitrag zur Lösung der brisanten ökologischen und sozialen Probleme in der DDR. Darüber hinaus würde durch die Subventionierung der Lohnkosten die schwierige Aufbauphase bei Betriebsgründungen im – beschäftigungspolitisch relevanten – Bereich der kleinen und mittleren Unternehmungen erheblich erleichtert werden.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung möge beschließen (Aufbau der Arbeitsverwaltung):

Der Staatsvertrag in seiner jetzigen Fassung wird abgelehnt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, NEUverhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aufzunehmen mit dem Ziel, folgende Regelung zu vereinbaren:

Die durch den Aufbau der Arbeitsverwaltung in der DDR entstehenden Kosten werden in voller Höhe über einen Bundeszuschuß SEPERAT finanziert.

Begründung

Die DDR verfügt über kein hinreichendes Mittelaufkommen, da eine Beitragspflicht bisher nicht bestanden hat. Das Volumen der Anschubfinanzierung ist ebenfalls nicht dazu angetan, wie geplant, die Kosten der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsförderung UND des Aufbaus der Arbeitsverwaltung zu decken.

Die GLOBALE, unspezifische Anschubfinanzierung wird eine kontraproduktive Konkurrenz der verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Aufgabenfelder initiieren.

Um einen SICKEReffekt zu verhindern, der aus der Konkurrenz unterschiedlicher arbeitsmarktpolitischer Handlungsfelder um knappe Mittel entstehen müßte, ist eine SEPERATE Finanzierung des Aufbaus der Arbeitsverwaltung notwendig und sinnvoll.

Eine Finanzierung aus Bundesmitteln ist vertretbar, da der Aufbau einer Arbeitsverwaltung, die – mittelfristig – in die Gliederungen der Bundesanstalt für Arbeit integriert werden soll, eine notwendige Anpassungsleistung zur administrativen Vereinigung beider deutschen Staaten darstellt. Insofern handelt es sich also um eine typische Gemeinschaftsaufgabe, die aus Bundesmitteln zu finanzieren ist.

Antrag der Abgeordneten Frau Schmidt (Hamburg), Frau Beck-Oberdorf, Hoss und der Fraktion DIE GRÜNEN

1. Der Ausschuß stellt fest:

Genau wie der Ablauf des Vereinigungsprozesses von Männern geplant und initiiert wird, so ist auch der Entwurf des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ein Werk von Männern, in dessen Rahmen Frauen nicht berücksichtigt werden. So ist nicht nur der Vertragstext durchweg männerspezifisch formu-

liert, auch die Interessen und Lebensumstände von Frauen werden völlig ausgeblendet. Angesichts der einschneidenden Veränderungen im Vereinigungsprozeß muß dieser Entwurf gerade unter frauenpolitischen Erwägungen zurückgewiesen werden. Durch die finanz-, währungs- und wirtschaftspolitischen Umstrukturierungen drohen Frauen gravierende soziale Risiken, die das Vertragswerk weder thematisiert noch abwehren kann.

Immerhin wurde in dem 40jährigen Bestehen der DDR erreicht, Frauen nahezu vollständig in das Erwerbsleben zu integrieren. Nicht zuletzt ist das einem bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebot sowie anderen Leistungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung zu verdanken. Ohne Sicherstellung von Strukturen, die die Erwerbsarbeit von Frauen ermöglichen, bedeutet der Staatsvertrag einen massiven Angriff auf die Lebensverhältnisse von Frauen. Er beinhaltet noch nicht einmal frauenpolitische Mindeststandards, geschweige denn perspektivische Regelungen zur Existenzsicherung von Frauen.

So verwundert es denn nicht, daß dieser Vertrag von Frauen aus allen politischen Richtungen kritisiert oder abgelehnt wird. Der Deutsche Frauenrat zum Beispiel kritisiert, daß „weder die Frauenministerinnen beider deutscher Staaten noch Vertreterinnen von Frauenorganisationen und -verbänden (sind) bei der Ausarbeitung des deutsch-deutschen Staatsvertrages beteiligt worden“ sind (Stellungnahme des Deutschen Frauenrates vom 21. Mai 1990).

Auch die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Rita Süßmuth, äußerte heftige Kritik (siehe TAZ v. 23. Mai 1990).

Es zeichnet sich schon heute ab, daß Frauen die Verliererinnen des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik Deutschland sein werden:

Bei Betriebsschließungen, betrieblichen Umstrukturierungen und Rationalisierungsmaßnahmen sind Frauen die ersten, die ihre Arbeitsplätze verlieren. Der Verdrängungsprozeß aus dem Erwerbsbereich setzt sich fort durch Schließungen von Betriebskindergärten und der Einsparung der Schulspeisungen, so daß es Frauen zunehmend erschwert wird, erwerbstätig zu sein und zu bleiben. Der Kostenfaktor „Kindergartenplatz“ droht künftig ohne entsprechende finanzielle Absicherung dem ökonomischen Kalkül der Betriebe zum Opfer zu fallen.

Frauen in der DDR werden vor die gleiche Situation wie Frauen in der Bundesrepublik Deutschland gestellt sein: Sie werden im Vergleich zu Männern überdurchschnittlich hoch von Erwerbslosigkeit betroffen sein. Als Alternative wird ihnen der Beruf „Hausfrau“ angeboten. Die systematische Benachteiligung bei der Einstellung wird sie zudem vergleichsweise länger aus dem Erwerbsbereich ausschließen. Die Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, werden sich gerade für Frauen mit längerer Erwerbsunterbrechung drastisch verschlech-

tern oder sie werden auf dequalifizierte Arbeitsplätze verwiesen.

Geringere Erwerbsarbeitszeiten mit geringer Bezahlung führen auch zu verminderter Alterssicherung. Frauen werden mit niedrigen Rentenanwartschaften „bestraft“. In der DDR konnten Frauen bisher – wenn auch auf niedrigem Niveau – im Alter mit einer Mindestrente rechnen. Den Erwerbsstrukturen ist es zwar geschuldet, daß zu 80 % Frauen diese Mindestrente in Anspruch nehmen mußten. Doch nach Überstülpung des Rentensystems der Bundesrepublik Deutschland werden sie in gravierendem Ausmaß von Altersarmut betroffen sein. Noch im Alter werden sie erneut abhängig von einem zusätzlichen Versorgungssystem. Auf die Beibehaltung der Mindestrente kann daher nicht verzichtet werden.

Regelungen zur Sicherung der Frauenerwerbsarbeit, die mit flankierenden Maßnahmen zur Einrichtung und zum Ausbau eines Kinderbetreuungsangebots einhergehen müssen, werden für die gesellschaftliche Gleichberechtigung von Frauen ausschlaggebend sein. Das gilt für die Situation in beiden deutschen Staaten. Der Staatsvertrag wirkt nicht nur auf die Strukturen in der DDR ein, sondern wird auch Einfluß auf die Lebensbedingungen von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland nehmen.

Darüber hinaus wird die in der DDR jetzt geltende Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch von bundesdeutscher Seite in Frage gestellt. Die auch im europäischen Vergleich antiquierte, restriktive Indikationenregelung des § 218 soll nach Regierungsvorstellungen auch in der jetzigen DDR geltendes Recht werden. Damit würde die Entscheidungsfreiheit von Frauen über das Austragen einer Schwangerschaft weiter eingeschränkt.

Um zu verhindern, daß der Vereinigungsprozeß auf dem Rücken von Frauen ausgetragen wird, hätte es der Umsetzung etlicher frauenpolitischer Forderungen bedurft:

- Die Chance zur Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit muß für jede Person gewährleistet werden. Daher sind (qualifizierte) Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen. Für den Fall von Betriebsschließungen und Entlassungen dürfen Frauen höchstens im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbelegschaft gekündigt werden.
- Die Quotierung bei Neueinstellung und Beförderung ist in allen Hierarchiestufen in der Form einzurichten, daß Frauen so lange bevorzugt werden, bis sie mindestens 50 % der Betriebsangehörigen sowohl im Bereich der öffentlichen Verwaltung als auch in der Privatwirtschaft ausmachen.
- Ausbildungsplätze sowie Angebote zu Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sind an Frauen und Männer in gleichem Maße zu vergeben.

- Die Erteilung von Subventionen wird von der Einhaltung der oben genannten Quotierung abhängig gemacht.
 - Existenzgründungen von Frauen sind bevorzugt zu fördern.
 - Eine Mindestrente ist für den Bereich der DDR beizubehalten und für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland einzuführen.
 - Kinderbetreuungseinrichtungen sind zu erhalten und – soweit noch nicht vorhanden – bedarfsorientiert einzurichten sowie staatlich zu finanzieren.
- Die Entscheidung von Frauen gegen eine Schwangerschaft darf nicht Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung sein, da dies ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ist.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert,
- den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (BR-Drucksache 350/90) aus dem Ratifizierungsverfahren zurückzuziehen.

Fraktion DIE GRÜNEN

A 12**Stellungnahme des Verteidigungsausschusses**

vom 15. Juni 1990

zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– BT-Drucksache 11/7171 –

und der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7350 –

hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung
– BT-Drucksache 11/7351 –

Der Verteidigungsausschuß empfiehlt, dem Gesetzentwurf nach Maßgabe der Gegenäußerung der Bundesregierung auf die Stellungnahme des Bundesrates zuzustimmen. Der Beschluß in der Sitzung vom 15. Juni 1990 wurde einstimmig in Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN gefaßt.

Uwe Ronneburger

Vorsitzender

A 13

Stellungnahme des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

vom 15. Juni 1990

zu dem

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksache 11/7171 —

Dem Entwurf wird zugestimmt (Mehrheitsentscheidung).

Die anliegenden Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD wurden mehrheitlich abgelehnt.

Heike Wilms-Kegel

Vorsitzende

Bonn, den 15. Juni 1990

Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion

Votum

des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

— Drucksache 11/7171 —

Der Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit fordert den federführenden Ausschuß Deutsche Einheit auf, den Gesetzentwurf wie folgt zu ändern:

1. In Artikel 30 § 2 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Insbesondere ist aus den zur Verfügung gestellten Mitteln bis zur Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage die Finanzierung der bisherigen Kinderbetreuungseinrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik (Kindergärten, -krippen und -horte) sowie der bisherigen Sozialleistungen für Frauen und Familien (insbesondere Leistungen für Alleinerziehende, Mütter und die Betreuung erkrankter Kinder) sicherzustellen.“

Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen sind für Frauen in dem Umfang vorzusehen und zu finan-

zieren, der ihrem Anteil an den Beschäftigten in der Deutschen Demokratischen Republik entspricht.“

2. Nach Artikel 25 wird folgender Artikel 25 a eingefügt:

„Artikel 25 a

Kündigungsschutzgesetz

Bei Übernahme des Kündigungsschutzgesetzes der Bundesrepublik Deutschland durch die Deutsche Demokratische Republik finden die §§ 54 und 58 b des Arbeitsgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik weiter Anwendung. Es ist sicherzustellen, daß Personen, die unter Verletzung der §§ 54 und 58 b des Arbeitsgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik ihren Arbeitsplatz verloren haben, Kündigungsschutzklage

erheben können, auch wenn sie die Klageerhebungsfrist versäumt haben."

3. In Artikel 24 wird folgender § 5 angefügt:

„§ 5

Das bisherige Recht der Deutschen Demokratischen Republik zum Schwangerschaftsabbruch gilt weiter. Ziel ist es, nach einer Übergangszeit von bis zu fünf Jahren eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die Hilfen mit Rechtsanspruch für Frauen in Schwangerschaftskonflikten, ein verbindliches Aufklärungskonzept, ein plurales Beratungsangebot und die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten bei Straffreiheit der Frauen enthält."

4. In Artikel 24 § 1 Abs. 1 wird im letzten Halbsatz nach dem Wort „Mutterschaft“ eingefügt:

„und bei Schwangerschaftsabbrüchen, soweit sie nach dem Recht der DDR oder der Bundesrepublik Deutschland straffrei gestellt sind“.

Begründung

Der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR enthält lediglich die Formulierung, daß „die Belange der Frauen und Behinderten berücksichtigt (werden)“. Eine Konkretisierung dieses Satzes und seine tatsächliche Berücksichtigung wurde nicht vorgenommen.

Zu 1.

Der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR enthält keine Absicherung der sozialen Bedingungen in der DDR, die bisher eine Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern ermöglichen. Die Finanzierung dieser Leistungen über bisherige soziale Sicherungssysteme ist ausdrücklich ausgeschlossen. Es ist daher zu befürchten, daß der Staatshaushalt der DDR diese bisherigen Regelungen nicht finanzieren kann bzw. sie einem Veto des Bundesministers der Finanzen bei Überschreiten des Kreditrahmens zum Opfer fallen können.

Der Fortbestand von Kindergärten und Kinderkrippen ist in der DDR nicht gesichert. Betriebe müssen diese Einrichtungen aus Wettbewerbsgründen schließen, Kommunen oder freie Träger haben keine Mittel für die Übernahme. Damit wird es Frauen unmöglich gemacht, erwerbstätig zu sein oder sich qualifizieren zu lassen.

Die Übernahme der Vorschriften des AFG der Bundesrepublik Deutschland wird zur Folge haben, daß ein Großteil der Frauen Ansprüche auf Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen, Einarbeitungszuschüsse

etc. nicht realisieren können. Die Folge wird — vor dem Hintergrund der überdurchschnittlich hohen Frauenerwerbstätigkeit in der DDR — ein dramatisches Absinken der Familieneinkommen sein.

Zu 2.

In überdurchschnittlichem Maße haben in den vergangenen Monaten Frauen in der DDR ihren Arbeitsplatz verloren, häufig ohne daß der in der DDR geltende Kündigungsschutz eingehalten wurde. Die Bestimmung dient dazu, die Reduzierung des Kündigungsschutzes für berufstätige Frauen im Mutterjahr zu verhindern, den bisherigen Kündigungsschutz für alleinerziehende Mütter und Väter aufrechtzuerhalten und bereits vorgenommene Kündigungen rückgängig machen zu können.

Zu 3.

In der DDR gilt seit 1972 für den Schwangerschaftsabbruch die Fristenregelung, Frauen werden generell bei Abtreibungen nicht mit Strafe bedroht.

Die Koalitionsparteien der DDR-Regierung haben eindeutig vereinbart, daß diese Regelung ihrem Sinn nach auch in einem vereinten Deutschland erhalten bleiben soll. Dies entspricht auch dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Frauen in der DDR.

Internationale Erhebungen haben erwiesen, daß das Strafgesetzbuch kein Mittel ist, werdendes Leben zu schützen. Das Ziel möglichst weniger Schwangerschaftsabbrüche wird dort am besten erreicht, wo Hilfen mit Rechtsanspruch, verbindliche Aufklärungskonzepte, gute Beratungsangebote und eine liberale Gesetzgebung zusammentreffen.

Der Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik enthält keine Absicherung der derzeitigen Regelung der DDR und berücksichtigt die o. g. Erkenntnisse nicht.

Im Gegenteil: Es sollen Bundesbürgerinnen, die ihren Hauptwohnsitz vorübergehend in der DDR nehmen, die dortigen Regelungen verwehrt werden und auch die Kosten eines nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland legalen Schwangerschaftsabbruchs — sogar bei medizinischer und eugenischer Indikation — nicht übernommen werden.

Zu 4.

Ist die Konsequenz aus Punkt 3 dieses Antrages.

Bonn, den 15. Juni 1990

Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion

Votum**des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik**

– Drucksache 11/7171 –

Der Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit fordert den federführenden Ausschuß Deutsche Einheit auf, den Gesetzentwurf wie folgt zu ändern:

zu Artikel 22 a (Sozialhilfe)

Nach Artikel 22 wird folgender Artikel 22 a eingefügt:

„Artikel 22 a

Kostenerstattung für Sozialhilfeleistungen

Der Bund erstattet dem Träger der Sozialhilfe die Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt für Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) und für Aussiedler im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes, die

1. das 65. Lebensjahr vollendet haben,
2. berufs- oder erwerbsunfähig im Sinne der Bestimmungen der gesetzlichen Rentenversicherung sind oder
3. arbeitslos sind und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen,

wenn sie am 18. Mai 1990 ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes hatten und weder eine Rente von einem Rentenversicherungsträger der Bundesrepublik Deutschland noch Geldleistungen der Bundesanstalt für Arbeit erhalten. Satz 1 gilt nicht, wenn am 18. Mai 1990 ein gewöhnlicher Aufenthalt im Ausland vorlag und unmittelbar vor Beginn des Auslandsaufenthaltes ein gewöhnlicher Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes vorhanden war.

Begründung

Der Wegfall der bisherigen Leistungen nach dem Fremdrentengesetz und des Eingliederungsgeldes für Aus- und Übersiedler, die nach dem Stichtag 18. Mai 1990 ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland nehmen bzw. bereits genommen haben, belastet die Sozialhilfe. Die Folgekosten der politischen Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik und Osteuropa zu übernehmen, kann jedoch nicht Auf-

gabe der Gemeinden sein. Daher bedarf es in diesen Fällen einer Kostenerstattung durch den Bund.

Antrag der Abgeordneten Frau Schmidt (Hamburg), Frau Beck-Oberdorf, Hoss und der Fraktion DIE GRÜNEN

1. Der Ausschuß stellt fest:

Genau wie der Ablauf des Vereinigungsprozesses von Männern geplant und initiiert wird, so ist auch der Entwurf des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ein Werk von Männern, in dessen Rahmen Frauen nicht berücksichtigt werden. So ist nicht nur der Vertragstext durchweg mänderspezifisch formuliert, auch die Interessen und Lebensumstände von Frauen werden völlig ausgeblendet. Angesichts der einschneidenden Veränderungen im Vereinigungsprozeß muß dieser Entwurf gerade unter frauenpolitischen Erwägungen zurückgewiesen werden. Durch die finanz-, währungs- und wirtschaftspolitischen Umstrukturierungen drohen Frauen gravierende soziale Risiken, die das Vertragswerk weder thematisiert noch abwehren kann.

Immerhin wurde in dem 40jährigen Bestehen der DDR erreicht, Frauen nahezu vollständig in das Erwerbsleben zu integrieren. Nicht zuletzt ist das einem bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebot sowie anderen Leistungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung zu verdanken. Ohne Sicherstellung von Strukturen, die die Erwerbsarbeit von Frauen ermöglichen, bedeutet der Staatsvertrag einen massiven Angriff auf die Lebensverhältnisse von Frauen. Er beinhaltet noch nicht einmal frauenpolitische Mindeststandards, geschweige denn perspektivische Regelungen zur Existenzsicherung von Frauen.

So verwundert es denn nicht, daß dieser Vertrag von Frauen aus allen politischen Richtungen kritisiert oder abgelehnt wird. Der Deutsche Frauenrat zum Beispiel kritisiert, daß „weder die Frauenministerinnen beider deutscher Staaten noch Vertreterinnen von Frauenorganisationen und -verbänden (sind) bei der Ausarbeitung des deutsch-deutschen Staatsvertrages beteiligt worden“ sind (Stellungnahme des Deutschen Frauenrates vom 21. Mai 1990).

Auch die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Rita Süßmuth, äußerte heftige Kritik (siehe TAZ v. 23. Mai 1990).

Es zeichnet sich schon heute ab, daß Frauen die Verliererinnen des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik Deutschland sein werden:

Bei Betriebsschließungen, betrieblichen Umstrukturierungen und Rationalisierungsmaßnahmen sind Frauen die ersten, die ihre Arbeitsplätze verlieren. Der Verdrängungsprozeß aus dem Erwerbsbereich setzt sich fort durch Schließungen von Betriebskindergärten und der Einsparung der Schulspeisungen, so daß es Frauen zunehmend erschwert wird, erwerbstätig zu sein und zu bleiben. Der Kostenfaktor „Kindergartenplatz“ droht künftig ohne entsprechende finanzielle Absicherung dem ökonomischen Kalkül der Betriebe zum Opfer zu fallen.

Frauen in der DDR werden vor die gleiche Situation wie Frauen in der Bundesrepublik Deutschland gestellt sein: Sie werden im Vergleich zu Männern überdurchschnittlich hoch von Erwerbslosigkeit betroffen sein. Als Alternative wird ihnen der Beruf „Hausfrau“ angeboten. Die systematische Benachteiligung bei der Einstellung wird sie zudem vergleichsweise länger aus dem Erwerbsbereich ausschließen. Die Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, werden sich gerade für Frauen mit längerer Erwerbsunterbrechung drastisch verschlechtern oder sie werden auf dequalifizierte Arbeitsplätze verwiesen.

Geringere Erwerbsarbeitszeiten mit geringer Bezahlung führen auch zu verminderter Alterssicherung. Frauen werden mit niedrigen Rentenansparungen „bestraft“. In der DDR konnten Frauen bisher – wenn auch auf niedrigem Niveau – im Alter mit einer Mindestrente rechnen. Den Erwerbsstrukturen ist es zwar geschuldet, daß zu 80 % Frauen diese Mindestrente in Anspruch nehmen mußten. Doch nach Überstülpung des Rentensystems der Bundesrepublik Deutschland werden sie in gravierendem Ausmaß von Altersarmut betroffen sein. Noch im Alter werden sie erneut abhängig von einem zusätzlichen Versorgungssystem. Auf die Beibehaltung der Mindestrente kann daher nicht verzichtet werden.

Regelungen zur Sicherung der Frauenerwerbsarbeit, die mit flankierenden Maßnahmen zur Einrichtung und zum Ausbau eines Kinderbetreuungsangebots einhergehen müssen, werden für die gesellschaftliche Gleichberechtigung von Frauen ausschlaggebend sein. Das gilt für die Situation in beiden deutschen Staaten. Der Staatsvertrag wirkt nicht nur auf die Strukturen in der DDR ein, sondern wird auch Einfluß auf die Lebensbedingungen von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland nehmen.

Darüber hinaus wird die in der DDR jetzt geltende Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch

von bundesdeutscher Seite in Frage gestellt. Die auch im europäischen Vergleich antiquierte, restriktive Indikationenregelung des § 218 soll nach Regierungsvorstellungen auch in der jetzigen DDR geltendes Recht werden. Damit würde die Entscheidungsfreiheit von Frauen über das Austragen einer Schwangerschaft weiter eingeschränkt.

Um zu verhindern, daß der Vereinigungsprozeß auf dem Rücken von Frauen ausgetragen wird, hätte es der Umsetzung etlicher frauenpolitischer Forderungen bedurft:

- Die Chance zur Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit muß für jede Person gewährleistet werden. Daher sind (qualifizierte) Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen. Für den Fall von Betriebsschließungen und Entlassungen dürfen Frauen höchstens im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbelegschaft gekündigt werden.
- Die Quotierung bei Neueinstellung und Beförderung ist in allen Hierarchiestufen in der Form einzurichten, daß Frauen so lange bevorzugt werden, bis sie mindestens 50 % der Betriebsangehörigen sowohl im Bereich der öffentlichen Verwaltung als auch in der Privatwirtschaft ausmachen.
- Ausbildungsplätze sowie Angebote zu Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sind an Frauen und Männer in gleichem Maße zu vergeben.
- Die Erteilung von Subventionen wird von der Einhaltung der oben genannten Quotierung abhängig gemacht.
- Existenzgründungen von Frauen sind bevorzugt zu fördern.
- Eine Mindestrente ist für den Bereich der DDR beizubehalten und für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland einzuführen.
- Kinderbetreuungseinrichtungen sind zu erhalten und – soweit noch nicht vorhanden – bedarfsorientiert einzurichten sowie staatlich zu finanzieren.
- Die Entscheidung von Frauen gegen eine Schwangerschaft darf nicht Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung sein, da dies ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ist.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (BR-Drucksache 350/90) aus dem Ratifizierungsverfahren zurückzuziehen.

A 14

Stellungnahme des Ausschusses für Verkehr

vom 15. Juni 1990

zu dem

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksache 11/7171 —

Der Ausschuß für Verkehr hat der oben angegebenen Vorlage mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

Dr. Dionys Jobst

Vorsitzender

A 15**Stellungnahme des Ausschusses für Post und Telekommunikation**

vom 15. Juni 1990

zum

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –

und der

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7350 –

hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung
– Drucksache 11/7351 –

Der Ausschuß für Post und Telekommunikation empfiehlt, dem Gesetzentwurf nach Maßgabe der Gegenäußerung der Bundesregierung auf die Stellungnahme des Bundesrates zuzustimmen. Der Beschluß in der Sitzung vom 15. Juni 1990 wurde einstimmig in Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN gefaßt.

Paterna

Vorsitzender

A 16**Stellungnahme des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

vom 15. Juni 1990 (75. Sitzung)

zu dem

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

– Drucksache 11/7171 –

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

– Drucksache 11/7350 –

Dazu Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

– Drucksache 11/7351 –

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat die oben genannten Vorlagen am 30. Mai und 15. Juni 1990 beraten. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN hat er folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Der Ausschuß begrüßt den Staatsvertrag als die Grundlage der von beiden Staaten angestrebten Vereinigung.
2. Der Ausschuß begrüßt im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit die Vereinbarung, das raumordnungs- und städtebauliche Planungsrecht der Bundesrepublik Deutschland baldmöglichst auch in der DDR gesetzlich zu verankern. Für die Wirksamkeit dieser Rechtsangleichung bilden der Aufbau einer föderalistischen Verwaltungsstruktur mit einer darauf abgestellten Landesplanung und die Herstellung einer kommunalen Selbstverwaltung mit örtlicher Planungshoheit jedoch wesentliche Voraussetzungen. Um Gefahren irreversibler Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, wird es in der nicht vermeidbaren Übergangszeit bis zur vollen Funktionsfähigkeit neuer Bauverwaltungen erforderlich sein, daß die DDR zur Zeit noch in andere staatliche Gremien eingebundene personelle Planungsressourcen rasch umsetzt; die Bundesrepublik Deutschland ist hier zur Mithilfe aufgerufen.

Der Ausschuß hält darüber hinaus eine kurzfristige Anpassung der vergaberechtlichen und technischen Standards an die VOB und DIN/CEN-Normen für unerläßlich, um der erwünschten Mobilisierung von privatem Investitionskapital für die DDR die notwendige Planungssicherheit zu gewährleisten.

3. Mit dem Staatsvertrag müssen die notwendigen Voraussetzungen für private Investitionen auch in der Wohnungswirtschaft geschaffen werden. Wesentliche Voraussetzungen für eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung und die Sanierung der Städte in der DDR ist der Aufbau einer leistungsfähigen Bauwirtschaft in der DDR. Nur wenn Baugewerbe und Baustoffwirtschaft ungehinderte Entwick-

lungsmöglichkeiten erhalten, kann ein schneller Wiederaufbau gelingen. Der Erfolg hängt aber wesentlich von geeigneten Rahmenbedingungen für eine freie privatwirtschaftliche Betätigung und der Einrichtung geeigneter Finanzierungsinstitutionen und Bausparkassen in der DDR selbst ab.

4. Der Ausschuß vertritt die Auffassung, daß die im Staatsvertrag mit der DDR vereinbarte Übernahme der Sozialen Marktwirtschaft auch für den Bereich des Wohnungs- und Mietwesens notwendig ist. Ziel ist die Schaffung von breit gestreutem privatem Wohneigentum. Für die Akzeptanz in der Bevölkerung wird dabei eine wesentliche Rolle spielen, die Sozialbindung des privaten Eigentums durch Miet- und Kündigungsschutzregelungen, die Anbindung von Mietanpassungen an Verbesserungen in der Wohnungsversorgung und -qualität sowie im Wohnumfeld, die soziale Ausrichtung staatlicher Förderungsprogramme und individueller Beihilfen wie Wohngeld rechtlich durchzusetzen.
5. Der Ausschuß vertritt ferner die Auffassung, daß die in der Anlage IX zum Staatsvertrag präzierte Garantie für privates Eigentum an Grund und Boden über die Förderung gewerblicher arbeitsplatzschaffender Investitionen hinaus auch die freie Übertragbarkeit und Nutzung von Grund- und Hausbesitz mit einschließen muß. Anderenfalls würden die Erwartungen an den Beitrag von Investoren aus der Bundesrepublik Deutschland wie aus der DDR am wohnungs- und städtebaulichen Aufschwung in der DDR enttäuscht. Dabei können in der DDR Maßnahmen zur Ausschließung spekulativen Grunderwerbs ergriffen werden.
6. Der Ausschuß bittet die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß Vereinbarungen getroffen werden, die der vordringlichen Aufgabe einer Erhaltung und Modernisierung des Wohnungsbestandes, historischer Stadtteile und Baudenkmäler einen finanziellen und rechtlichen Handlungsspielraum sichern. Nach den Vereinbarungen über die Verwendung der Mittel aus dem Reisedevisenfonds war bei Bauern, Handwerkern und Kommunen in der DDR eine Aufbruchstimmung zu verzeichnen, dem drohenden Verfall der Bausubstanz konzertiert entgegenzuwirken. Die durch die Schritte zur Wirtschafts- und Währungsunion weitgehend hoffällig gewordene Finanzierungslösung bedarf nun dringend Anschlußregelungen, um Attentismus zu verhindern.

Der aus der Anlage ersichtliche Antrag der Fraktion der SPD ist mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt worden.

Dr. Möller

Vorsitzender

Anlage

15. Juni 1990

SPD-Bundestagsfraktion
Arbeitskreis Wirtschaftspolitik
Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Antrag**zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990
über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Ausschuß wolle beschließen:

1. In der Präambel des Staatsvertrages wird der Verfassungsgrundsatz der Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Artikel 14 Abs. 2 GG) nicht erwähnt. Der Ausschuß fordert die Bundesregierung auf, diesem Verfassungsgrundsatz bei den zukünftigen Verhandlungen mit der DDR die notwendige Beachtung zu gewähren und ihn ausdrücklich zu nennen.
2. Im Staatsvertrag wird das Recht der DDR-Bürgerinnen und -Bürger auf sicheres Wohnen nicht erwähnt. Der Ausschuß erwartet, daß DDR-Volkskammer und -Regierung rasch wirksame Gesetze zur Sicherung des Wohnens in der DDR, insbesondere zum Schutz der DDR-Mieterinnen und -Mieter, vor Vertreibung und unangemessenen Mietersteigerungen beschließen.
3. Die ungeklärten Eigentumsfragen, insbesondere das Problem der Enteignung von Gebäuden und Grundstücken, werden im Staatsvertrag nicht erwähnt. Das schafft Unsicherheit für die heutigen Mieter, Eigentümer und Nutzer in der DDR und für westliche Investoren, die nicht wissen, ob die ihnen angebotenen Grundstücke mit Rechten Dritter belastet sind. Der Ausschuß erwartet, daß Bundesregierung und DDR-Regierung hierzu alsbald gemeinsame Grundsätze beschließen als Grundlage für ein Gesetz der Volkskammer, das einen gerechten und sozialen Ausgleich zwischen den Interessen der heutigen Eigentümer und den auf dem enteigneten Grundstück wohnenden und arbeitenden Menschen und andererseits dem ehemaligen Eigentümer ermöglicht. Im Regelfall sollen die am 9. November 1989 geltenden Eigentumsverhältnisse bestätigt oder in Erbbaurecht umgewandelt werden. Soweit es sich bei den enteigneten Grundstücken um Volkseigentum im Sinne der DDR-Gesetze handelt, sollen diese Grundstücke kommunalisiert bzw. privatisiert oder in Erbbaurecht umgewandelt werden.
4. Aus ökonomischen Gründen ist es notwendig, daß die DDR den Wert der volkseigenen Industrie-Grundstücke bei westlichen Investitionen einbringt. Solange es in der DDR keinen Bodenmarkt und keine Wertermittlung für Grundstücke und Gebäude gibt, fehlen verlässliche Daten für gerechte Kaufpreise. Der Ausschuß erwartet, daß die DDR-Volkskammer und -Regierung gesetzliche Regelungen treffen, die die in der Anlage IX Ziffer 4 zum Staatsvertrag vorgesehene nachträgliche Überprüfung und Anpassung der Verkaufspreise zwingend vorschreiben.
5. Das Volksvermögen der DDR soll entsprechend Artikel 26 Abs. 4 des Staatsvertrages vorrangig zur Strukturverbesserung der Wirtschaft und zur Sanierung des Staatshaushalts eingesetzt werden. Es liegt deshalb gleichermaßen im Interesse der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, daß dieses Volksvermögen nicht unter Wert verkauft wird. Der Ausschuß erwartet, daß DDR-Volkskammer und -Regierung rasch ein wirksames Grundstücksverkehrsgesetz beschließen, das eine nachträgliche Überprüfung aller seit dem 9. November 1989 getätigten Bodenverkäufe in der DDR auf ihre rechtliche Zulässigkeit und den angemessenen Preis vorschreibt.
6. Für den Verkauf von Industrie- und Gewerbegrundstücken sind in Anlage IX Ziffer 1 zum Staatsvertrag Nutzungsbindungen genannt. Der Ausschuß erwartet, daß DDR-Volkskammer und -Regierung gesetzliche Vorkehrungen dafür treffen, daß diese Grundstücke an die Gemeinden fallen, wenn die Nutzungsbindungen nicht in angemessener Zeit erfüllt sind. Zur Sicherung gegen Bodenspekulationen muß außerdem ein Vorkaufsrecht der Gemeinde zum Verkaufswert gesetzlich festgelegt werden.
7. Auch für den Verkauf innerstädtischer Grundstücke gemäß Anlage IX Ziffer 2 des Staatsvertrages sind Nutzungsbindungen, insbesondere die

Bindung an vorhandene Stadtplanungen, unerlässlich. Hier ist die Gefahr von Bodenspekulation besonders groß. Der Ausschuß erwartet, daß DDR-Volkskammer und -Regierung auch für diese Grundstücke die in Ziffer 6 genannten Instrumente schafft.

8. Durch Sanierung und Neubau von Wohnungen können kurzfristig die Beschäftigung in der DDR stabilisiert, die dortigen Lebensverhältnisse spürbar verbessert und zugleich Heizenergie gespart werden. Angesichts des hohen Bedarfs und der niedrigen Einkommen in der DDR sind hierfür öffentliche Hilfen einzuführen.

A 17

Stellungnahme des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

vom 15. Juni 1990

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen hat in seiner heutigen Sitzung den

**Gesetzentwurf
der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer
Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutsch-
land und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –**

in Verbindung mit der

**Unterrichtung
durch die Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer
Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutsch-
land und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7350 –**

**hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung
– Drucksache 11/7351 –**

beraten.

Er schlägt bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig vor, dem Deutschen Bundestag Annahme des Gesetzentwurfs in Drucksache 11/7171 zu empfehlen.

Hans-Günter Hoppe

A 18**Stellungnahme des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung**

vom 12. Juni 1990

zur

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

— Drucksache 11/7350 —

hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

— Drucksache 11/7351 —

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 30. Mai 1990 den

Gesetzentwurf**der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

— Drucksache 11/7171 —

einvernehmlich zur Kenntnis genommen und festgestellt, daß aus der Sicht der Forschungs- und Technologiepolitik kein besonderer Beratungsbedarf besteht.

Dies gilt sinngemäß auch für die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 11/7351.

Wolf-Michael Catenhusen

Vorsitzender

A 19**Stellungnahme des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft**

vom 15. Juni 1990

zu dem

a) Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7350 –

hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung
– Drucksache 11/7351 –

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat in seiner heutigen Sitzung die o. a. Vorlagen beraten.

Zu a)

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat folgenden Beschluß gefaßt:

I.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft stimmt dem Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Deutschen Demokratischen Republik zu.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft begrüßt es, daß mit der Einrichtung der gemeinsamen Bildungskommission als Beratungs- und Koordinierungsorgan auf politischer Ebene für die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten für die gegenseitige Orientierung ihrer Bildungspolitiken und für die schrittweise Zusammenführung der Bildungs- und Wissenschaftssysteme eine geeignete Einrichtung geschaffen worden ist. Der Ausschuß erwartet, daß er über die Arbeit dieser Kommission regelmäßig unterrichtet wird.

II.

Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR enthält wichtige bildungspolitische Aspekte, die der konkreten Interpretation und Ausgestaltung bedürfen. Dazu gehören insbesondere die Artikel 19 und 26 sowie die Anlage VI. Wichtige Bereiche in der bildungspolitischen Zuständigkeit des Bundes werden im vorliegenden Entwurf nicht geregelt. Dazu gehört auch die Ausbildungsförderung für Studierende.

III.

1. Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hält es für erforderlich, daß die in Artikel 19 genannten „Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie berufliche Bildung und Umschulung“ nach dem AFG, auch die Sicherung betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildungskapazitäten sowie die Förderung von Beschäftigungsgesellschaften zur Arbeitsbeschaffung und Umschulung von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen umfassen. Die im gleichen Artikel genannten „Belange der Frauen“ müssen bei allen Maßnahmen nach Artikel 19 besonders berücksichtigt werden, um neu entstehende Benachteiligungen von Frauen zu verhindern.
2. Die in Artikel 26 Abs. 3 unter „Anstrengungen zur Defizitbegrenzung“ genannte „Strukturverbesserung des Bildungswesens sowie vorbereitende Aufteilung nach föderativer Struktur (einschließlich Forschungsbereich)“ wird vom Ausschuß für Bildung und Wissenschaft in Übereinstimmung mit der Bundesregierung so interpretiert, daß hiermit insbesondere der Abbau von Überkapazitäten in einzelnen Fächern in Hochschulen und Forschungseinrichtungen gemeint ist. Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft schließt sich der Auffassung der Kultusministerkonferenz an, daß der Ausbaustand und die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in der DDR soweit zu verbessern sind, daß an die Stelle der einseitigen Abwanderung von Studenten und Wissenschaftlern aus der DDR ein Austausch tritt, wie er zwischen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen eines Landes üblich ist. Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft sieht für das Bildungs- und Wissenschaftssystem der DDR insgesamt einen eher wachsenden Finanzbedarf, der durch die zu erwartende Bildungsexpansion und den notwendigen Ausbau des Systems der beruflichen Bildung begründet ist.
3. Die nach der Anlage VI (Abschnitt II Ziffer 4) von der DDR im Verlauf der Errichtung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion anzustrebende Einführung des Ordnungsrahmens und der Berufsstruktur der Bundesrepublik Deutschland im Bereich berufliche Bildung muß um die übrigen Teile bzw. Abschnitte des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung ergänzt werden. Es sollte jetzt dafür Sorge getragen werden, daß die pädagogischen Einrichtungen der Betriebe so lange weitergeführt werden können, bis sich neue Trägerstrukturen entwickelt haben.
4. Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hält eine Erhöhung der Ausbildungsförderung für Studierende in der DDR im Zusammenhang mit den nach dem 1. Juli durch die Streichung von Subventionen zu erwartenden Preissteigerungen für erforderlich, um das Existenzminimum für die Studierenden zu sichern und zusätzliche Anreize für einen Wechsel des Studienorts in Richtung Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden.

Abschnitt I wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Die Abschnitte II bis III wurden einstimmig angenommen.

Zu b)

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 11/7351 – nahm der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft einstimmig zur Kenntnis.

Dietrich Wetzel

Vorsitzender

A 20

**Stellungnahme des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit
vom 15. Juni 1990**

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat in seiner heutigen Sitzung **den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik**
– Drucksache 11/7171 –

beraten und empfiehlt dem federführenden Ausschuß „Deutsche Einheit“ aus entwicklungspolitischer Sicht einstimmig bei Abwesenheit der Fraktion der FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

1. Der Ausschuß unterstreicht den im Staatsvertrag ausgedrückten Wunsch, daß die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion als Beitrag zur europäischen Einigung verstanden wird (Präambel). Der Ausschuß betont auch, daß der im Staatsvertrag verankerte Vertrauensschutz für bestehende außenwirtschaftliche Beziehungen und völkerrechtliche Verträge (Artikel 13 und 35) auch für Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung ist.
2. Der Ausschuß stellt fest:
 - a) Eine schnelle deutsche Einigung ist auch aus entwicklungspolitischer Sicht vorteilhaft, weil sie
 - die Grundlagen für die wirtschaftliche Erholung der DDR legt und damit auch die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung erhöht, internationale Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen;
 - damit den Grundstein legt für ein Europa mit weniger Rüstung und mehr Ressourcen für weltweite Entwicklungsaufgaben;
 - durch den zu erwartenden Aufschwung in der DDR auch die Entwicklungsländer ermutigt, ebenfalls den Weg politischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen zu beschreiten.
 - b) Die mit dem Staatsvertrag verbundenen zusätzlichen finanziellen Aufwendungen dürfen auf keinen Fall zu Lasten der künftigen entwicklungspolitischen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland gehen. Diese müssen in 1991 vielmehr gegenüber 1990 erhöht werden.
 - c) Der Ausschuß stellt fest, daß im Staatsvertrag keine spezifischen Regelungen getroffen wurden, die entwicklungspolitische Leistungen der DDR betreffen, insbesondere ihre Zusagen und Verträge hinsichtlich personeller, technischer und finanzieller Zusammenarbeit (z. B. hinsichtlich der Behandlung von Entwicklungshilfeschulden). Diese Fragen müssen unverzüglich geklärt werden.

Prof. Dr. Uwe Holtz

A 21**Stellungnahme des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

vom 15. Juni 1990

zum

a) Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –

b) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksachen 11/7350, 11/7351 –

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit kam in seiner 82. Sitzung am 15. Juni 1990 zu folgenden Beschlüssen:

1. einstimmig

dem federführenden Ausschuß Deutsche Einheit die Annahme der o. g. Gesetzentwürfe zu empfehlen;

2. mehrheitlich bei einer Gegenstimme

folgende EntschlieÙung gefaÙt:

„Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit geht davon aus, daß zeitgleich mit dem Staatsvertrag das Umweltrahmengesetz der DDR zum 1. Juli 1990 in Kraft treten wird.“

Dr. Reinhard Göhner

Vorsitzender

Anhang II

Im Ausschuß Deutsche Einheit nicht angenommene Anträge

**Antrag der Fraktion der SPD
betr. Artikel 21 § 5**

Abgedruckt in der Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (A 11)

**Antrag der Fraktion der SPD
betr. Artikel 22 §§ 1 und 2 (gesetzliche Rentenversicherung)**

Abgedruckt in der Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (A 11)

**Antrag der Fraktion der SPD
betr. Artikel 22 a**

Abgedruckt in der Stellungnahme des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (A 13)

**Antrag der Fraktion der SPD
betr. Artikel 30 § 2 Abs. 1; Artikel 25 a; Artikel 24 §§ 5, 1 Abs. 1**

Abgedruckt in der Stellungnahme des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (A 13)

**Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betr. wirtschaftliche Auswirkungen
des Staatsvertrages**

Abgedruckt in der Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft (A 9)

**Antrag
der Mitglieder der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung
einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
— Drucksache 11/7171 —**

Der Ausschuß wolle beschließen:

- I. Die Eigentumsfragen an land- und forstwirtschaftlichem Grund und Boden in der DDR sind weitgehend ungeklärt. Das schafft Unsicherheit für die heutigen Eigentümer und Bewirtschafter von land- und forstwirtschaftlichem Grund und Boden und behindert den erforderlichen Umstrukturierungsprozeß in der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Gartenbau.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, daß nachfolgende Regelungen bzw. Festlegungen zum Eigentum an land- und forstwirtschaftlichem Grund und Boden vorgesehen werden:
 1. Das Eigentum der Bauern und ihrer Vereinigungen sowie aller Eigentümer land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke wird gewährleistet.
Eigentum und Freizügigkeit sind darauf gerichtet, auf dem Lande ein Wirtschaften unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu sichern und landwirtschaftlichen Unternehmen aller Wirtschaftsformen chancengleiche Tätigkeit zu ermöglichen.
Das Bodenrecht hat zu gewährleisten, daß land- und forstwirtschaftliches Bodeneigentum in Übereinstimmung mit dem Wohl der Allgemeinheit ausgeübt wird.
Alle Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden — gleich ob durch Landwirtschaft, Gartenbau, Waldwirtschaft oder andere genutzt — sind deutlich auszuweisen und sicher zu dokumentieren.
 2. Die Eigentumsverhältnisse an land- und forstwirtschaftlichem Grund und Boden, die im Ergebnis der Bodenreform auf dem Territorium der DDR entstanden sind, werden nicht in Frage gestellt.
Grund und Boden, der außerhalb der Bodenreform widerrechtlich enteignet wurde, ist auf Antrag der Betroffenen unter Berücksichtigung der jeweiligen Eigentumsverhältnisse zurückzugeben bzw. zu entschädigen. Interessen der DDR-Bürger, die in Treu und Glauben auf bzw. an derartigem Grund und Boden Rechte erworben haben, sind zu wahren.
 3. Es wird garantiert, daß jeder Landwirt einerseits über sein Grundeigentum verfügen, andererseits

mit anderen Bauern kooperieren kann. Genossenschaftlich organisierte Betriebe land- und forstwirtschaftlicher Eigentümer und einzelbäuerliche Privatbetriebe sind gleichberechtigt in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.

4. Das bisherige Volkseigentum an land- und forstwirtschaftlichem Grund und Boden wird im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung grundsätzlich innerhalb geeigneter Rechtsformen privatisiert oder in begründeten Fällen in Staatseigentum oder das Eigentum von Ländern bzw. Gebietskörperschaften überführt. Die Regierung der DDR überträgt diese Aufgaben einer speziellen Treuhandgesellschaft Land- und Forstwirtschaft.
5. Mit Ausnahme für Gewerbestandorte ist der Erwerb von land- und forstwirtschaftlich genutztem Grund und Boden durch natürliche Personen und Körperschaften, die vor dem 7. Oktober 1989 ihren Sitz nicht in der DDR hatten, während einer Übergangszeit nicht möglich. Natürliche Personen und Körperschaften, die vor dem 7. Oktober 1989 ihren Sitz in der DDR hatten, ist grundsätzlich ein Vorkaufsrecht einzuräumen. Hinsichtlich eintretender Wertsteigerungen ist entsprechend Anlage IX Ziffer 4 zu verfahren, wobei allerdings die vorgesehene nachträgliche Überprüfung und Anpassung der Verkaufspreise zwingend vorzuschreiben ist.

Begründung

Eine Klärung der Eigentumsfragen an land- und forstwirtschaftlichem Grund und Boden ist mit Beginn der Währungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltunion für die künftige Entwicklung der DDR-Landwirtschaft unerlässlich. Andernfalls ist eine Behinderung des erforderlichen Strukturwandels in der DDR-Landwirtschaft zu befürchten, die eine zusätzliche Schwächung der Wettbewerbsstellung der Landwirtschaft der DDR bedeuten würde.

Der Antrag entspricht bis auf kleine Änderungen in Ziffer 5 einem einstimmig vom Ausschuß für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft der Volkskammer verabschiedeten Antrag.

**Antrag
der Mitglieder der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung
einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –**

Der Ausschuß wolle beschließen:

1. In der Präambel des Staatsvertrages wird der Verfassungsgrundsatz der Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Artikel 14 Abs. 2 Satz 2 GG) nicht erwähnt. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, diesem Verfassungsgrundsatz bei den zukünftigen Verhandlungen mit der DDR die notwendige Beachtung zu gewähren und ihn ausdrücklich zu nennen.
2. Im Staatsvertrag wird das Recht der DDR-Bürgerinnen und -Bürger auf sicheres Wohnen nicht erwähnt. Der Ausschuß erwartet, daß DDR-Volkskammer und -Regierung rasch wirksame Gesetze zur Sicherung des Wohnens in der DDR, insbesondere zum Schutz der DDR-Mieterinnen und -Mieter, vor Vertreibung und unangemessenen Mietsteigerungen beschließen.
3. Die ungeklärten Eigentumsfragen, insbesondere das Problem der Enteignung von Gebäuden und Grundstücken, werden im Staatsvertrag nicht erwähnt. Das schafft Unsicherheit für die heutigen Mieter, Eigentümer und Nutzer in der DDR und für westliche Investoren, die nicht wissen, ob die ihnen angebotenen Grundstücke mit Rechten Dritter belastet sind. Der Ausschuß erwartet, daß Bundesregierung und DDR-Regierung hierzu alsbald gemeinsame Grundsätze beschließen als Grundlage für ein Gesetz der Volkskammer, das einen gerechten und sozialen Ausgleich zwischen den Interessen der heutigen Eigentümer und den auf dem enteigneten Grundstück wohnenden und arbeitenden Menschen und andererseits dem ehemaligen Eigentümer ermöglicht. Im Regelfall sollen die am 9. November 1989 geltenden Eigentumsverhältnisse bestätigt oder in Erbbaurecht umgewandelt werden. Soweit es sich bei den enteigneten Grundstücken um Volkseigentum im Sinne der DDR-Gesetze handelt, sollen diese Grundstücke kommunalisiert bzw. privatisiert oder in Erbbaurecht umgewandelt werden.
4. Aus ökonomischen Gründen ist es notwendig, daß die DDR den Wert der volkseigenen Industrie-Grundstücke bei westlichen Investitionen einbringt. Solange es in der DDR keinen Bodenmarkt und keine Wertermittlung für Grundstücke und Gebäude gibt, fehlen verlässliche Daten für gerechte Kaufpreise. Der Ausschuß erwartet, daß die DDR-Volkskammer und -Regierung gesetzliche Regelungen treffen, die die in der Anlage IX Ziffer 4 zum Staatsvertrag vorgesehene nachträgliche Überprüfung und Anpassung der Verkaufspreise zwingend vorschreiben.
5. Das Volksvermögen der DDR soll entsprechend Artikel 26 Abs. 4 des Staatsvertrages vorrangig zur Strukturverbesserung der Wirtschaft und zur Sanierung des Staatshaushalts eingesetzt werden. Es liegt deshalb gleichermaßen im Interesse der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, daß dieses Volksvermögen nicht unter Wert verkauft wird. Der Ausschuß erwartet, daß DDR-Volkskammer und -Regierung rasch ein wirksames Grundstücksverkehrsgesetz beschließen, das eine nachträgliche Überprüfung aller seit dem 9. November 1989 getätigten Bodenverkäufe in der DDR auf ihre rechtliche Zulässigkeit und den angemessenen Preis vorschreibt.
6. Für den Verkauf von Industrie- und Gewerbe-Grundstücken sind in Anlage IX Ziffer 1 zum Staatsvertrag Nutzungsbindungen genannt. Der Ausschuß erwartet, daß DDR-Volkskammer und -Regierung gesetzliche Vorkehrungen dafür treffen, daß diese Grundstücke an die Gemeinden fallen, wenn die Nutzungsbindungen nicht in angemessener Zeit erfüllt sind. Zur Sicherung gegen Bodenspekulationen muß außerdem ein Vorkaufsrecht der Gemeinde zum Verkaufswert gesetzlich festgelegt werden.
7. Auch für den Verkauf innerstädtischer Grundstücke gemäß Anlage IX Ziffer 2 des Staatsvertrages sind Nutzungsbindungen, insbesondere die Bindung an vorhandene Stadtplanungen, unerlässlich. Hier ist die Gefahr von Bodenspekulation besonders groß. Der Ausschuß erwartet, daß DDR-Volkskammer und -Regierung auch für diese Grundstücke die in Ziffer 6 genannten Instrumente schafft.
8. Durch Sanierung und Neubau von Wohnungen können kurzfristig die Beschäftigung in der DDR stabilisiert, die dortigen Lebensverhältnisse spürbar verbessert und zugleich Heizenergie gespart werden. Angesichts des hohen Bedarfs und der niedrigen Einkommen in der DDR sind hierfür öffentliche Hilfen einzuführen.

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betr. Umstellung der Schulden der Betriebe in der DDR

Abgedruckt in der Stellungnahme des Finanzausschusses (A 7)

**Antrag
der Mitglieder der Fraktion der SPD****zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
– Drucksache 11/7171 –**

1. Der Ausschuß Deutsche Einheit geht davon aus, daß zeitgleich mit dem Staatsvertrag das Umweltrahmengesetz der DDR zum 1. Juli 1990 in Kraft treten wird.
2. Er begrüßt, daß im Umweltrahmengesetz der DDR folgende umweltrelevanten Regelungen aus der Bundesrepublik Deutschland, die über die Anlage VI des Staatsvertrages hinausgehen, übernommen werden:
 - Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung
 - Bundesnaturschutzgesetz und Regelungen zum Artenschutz
 - Abwasserabgabengesetz
 - Rechtsvorschriften zur Abgasreinigung und Lärmgrenzwerten von Kraftfahrzeugen
3. Er betrachtet Artikel 16 des Staatsvertrages und das Umweltrahmengesetz der DDR sowie weitere von der DDR zu übernehmende Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland (z. B. Pflanzenschutz- und Düngemittelrecht, Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz, Gentechnikrecht, Recht der Trinkwasserqualität) als ein geschlossenes Gesamtkonzept, mit dem die Vertragsparteien eine Umweltunion zeitgleich, gleichwertig und gleichrangig mit der Wirtschafts- und Währungsunion herstellen wollen.
4. Er begrüßt die Absicht der Regierung der DDR, zur Sanierung von Altlasten und Altanlagen auch das volkseigene Vermögen gemäß Kapitel II Artikel 10 des Staatsvertrages im Rahmen der „Strukturanpassung der Wirtschaft“ heranzuziehen. Er sieht darin einen wichtigen Eigenbeitrag der DDR zur Herstellung einer Umweltunion.
5. Er begrüßt die Stilllegung der Blöcke I bis IV des Kernkraftwerkes Greifswald.
 - Er geht davon aus, daß eine Wiederinbetriebnahme dieser Blöcke allenfalls dann erfolgen kann, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 des Atomgesetzes erfüllt sind. Der § 18 des Atomgesetzes findet keine Anwendung.
 - Er geht davon aus, daß für fertiggestellte oder im Bau befindliche Kernkraftwerksblöcke in der DDR Betriebsgenehmigungen nur dann erteilt werden dürfen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 des Atomgesetzes erfüllt sind.
 - Der Ausschuß bittet die Regierung der DDR, im Zusammenwirken mit der Bundesregierung auch die Kernkraftwerke in Rheinsberg, das Endlager in Morsleben und die Anlagen zur Urangewinnung und -verarbeitung in Aue einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen und die bestehenden atomrechtlichen und strahlenschutzrechtlichen Genehmigungen bis zum Vorliegen der Ergebnisse dieser Überprüfung auszusetzen.
6. Der Ausschuß begrüßt die im Umweltrahmengesetz aufgenommenen Regelungen zum Export kerntechnischer Materialien sowie die Absicht der DDR-Regierung mit Inkrafttreten des Vertragswerkes, das Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf den Export sensibler Anlagen sofort anzuwenden.

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betr. Kulturpolitische Maßnahmen für ein gemeinsames Deutschland

Abgedruckt in der Stellungnahme des Innenausschusses (A 4)

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betr. Änderung des deutsch-polnischen Sozialversicherungsabkommens

Abgedruckt in der Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (A 11)